



Die Stunde der Populisten?

Populistische Einstellungen
bei Wählern und Nichtwählern
vor der Bundestagswahl 2017

Robert Vehrkamp und Christopher Wratil

Die Stunde der Populisten?

Populistische Einstellungen
bei Wählern und Nichtwählern
vor der Bundestagswahl 2017

Robert Vehrkamp und Christopher Wratil

Autoren

Dr. Robert Vehrkamp

ist Director im Programm „Zukunft der Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung und derzeit Gastwissenschaftler der Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“ am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB).

robert.vehrkamp@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Christopher Wratil

ist derzeit Thyssen Postdoc Fellow der Cologne Graduate School am Cologne Center for Comparative Politics der Universität zu Köln.

c.wratil@uni-koeln.de

Über die Studie

Dieser Studie liegt eine Online-Panel-Umfrage zugrunde. Die Stichprobe der Befragten ist repräsentativ für die zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2013 wahlberechtigten deutschen Bevölkerung. Die Umfrage wurde im Auftrag der Bertelsmann Stiftung von infratest dimap in drei Befragungswellen zwischen Juli 2015 und März 2017 durchgeführt. Für die erste Befragung im Juli 2015 wurden insgesamt 2.101 Befragte interviewt, 1.049 Wähler und 1.052 Nichtwähler, die auf Grundlage von Nachwahlbefragungen im Rahmen der Bundestagswahl 2013 als Wähler und Nichtwähler identifiziert worden waren und aus einem repräsentativen Pool von ca. 20.000 Nachwahl-Befragten stammen. Die zweite Befragung im April 2016 komplettierten insgesamt 1.684 der 2.101 Panel-Befragten. Die dritte Befragung im März 2017 vervollständigten 1.464 Panel-Befragte sowie weitere 907 Neubefragte, die bei einer Stammdatenbefragung des Panel-Betreibers im Jahr 2016 als Parteianhänger auf Basis der Sonntagsfrage identifiziert worden waren. Die Stichprobe von 2.371 Befragten in der dritten Befragung orientiert sich damit am Verhältnis von Wählern und Nichtwählern in der deutschen wahlberechtigten Bevölkerung bei der Bundestagswahl 2013. Gleichzeitig wurden Anhänger der AfD sowie von Die Linke in der Stichprobe überrepräsentiert (je über 330 Befragte in dritter Befragung), um genauere Aussagen über diese Gruppen tätigen zu können. Für alle Ergebnisse dieser Studie wurden die Antworten von Befragten auf der Basis des Mikrozensus und der repräsentativen Wahlstatistik zur Bundestagswahl 2013 so gewichtet, dass Unterschiede zwischen der Stichprobe und der deutschen wahlberechtigten Bevölkerung in Hinblick auf Bundesland, Alter, Bildung und Geschlecht korrigiert wurden. Die Ergebnisse sind damit repräsentativ für die deutsche wahlberechtigte Bevölkerung zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2013. Zudem gleicht ein Designgewicht die bewusste Überrepräsentation von Linken- und AfD-Wählern in der Stichprobe aus. Die statistische Unsicherheit der Ergebnisse variiert je nach Analyse und ist in Teilen der Studie in Form von Konfidenzintervallen direkt ausgewiesen.

Inhalt

| | |
|--|----|
| Vorwort | 7 |
| Im Fokus – Bundestagswahl 2017: Die Stunde der Populisten? | 8 |
| 1. Wie populistisch sind die Deutschen? | |
| Reichweite und Profil populistischer Einstellungen in der wahlberechtigten Bevölkerung vor der Bundestagswahl 2017 | 12 |
| 2. Populismus im Wahlkampf | |
| Themen und Sachpositionen der populistischen und unpopulistischen Wählermobilisierung im Bundestagswahlkampf 2017 | 31 |
| 3. Populismus an der Wahlurne | |
| Parteipräferenzen und Wahlabsichten von populistisch und unpopulistisch eingestellten Wahlberechtigten vor der Bundestagswahl 2017 | 53 |
| Methodischer Anhang | 67 |
| Abbildungsverzeichnis | 72 |
| Literaturverzeichnis | 74 |
| Impressum | 79 |

Vorwort

Seit der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA sprechen viele Beobachter von einem neuen „Zeitalter des Populismus“. Auch in Europa werden populistische Politiker und Parteien stärker, fordern die etablierten politischen Parteien heraus und gewinnen erste Wahlen und Referenden. Prominente Beispiele dafür sind populistische und Anti-Establishment-Bewegungen wie *Ciudadanos* in Spanien oder *Movimento 5 Stelle* in Italien, die sich ideologisch als weder „links“ noch „rechts“ sehen, sowie linkspopulistische Parteien wie *Podemos* in Spanien und *Syriza* in Griechenland und rechtspopulistische Parteien wie der *Front National* in Frankreich, die *UK Independence Party* in Großbritannien oder die *Partij voor de Vrijheid* in den Niederlanden. Mit der 2013 neu gegründeten *Alternative für Deutschland (AfD)* ist auch in Deutschland eine rechtspopulistische Partei entstanden, die bei der Bundestagswahl 2017 antritt und die etablierten Parteien herausfordert.

Wird das Jahr der Bundestagswahl 2017 auch in Deutschland zu einer „Stunde der Populisten“? Wie populistisch sind die Deutschen? Und wie wirken sich populistische Einstellungen der Wählerinnen und Wähler auf ihre Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl aus? Wie können und sollten die etablierten Parteien im Wahlkampf auf die Herausforderung des Populismus reagieren?

Mit diesen Fragen beschäftigt sich unsere Studie. Sie wertet dafür die Ergebnisse eines für Deutschland repräsentativen Umfrage-Panels aus, das die Bertelsmann Stiftung in den Jahren 2015 bis 2017 gemeinsam mit infratest dimap durchgeführt hat.

Die Ergebnisse zeigen, dass populistische Einstellungen auch in Deutschland weit verbreitet sind, politisch aber vergleichsweise moderat bleiben. Von einer „Stunde der Populisten“ ist das politische Klima im Jahr der Bundestagswahl weit entfernt. Dennoch zeigt sich auch in Deutschland das Dilemma, vor der viele westliche Demokratien stehen: Zum einen erfüllt Populismus für Demokratien die wichtige Funktion, politische Unzufriedenheit der Bürger und demokratische Defizite frühzeitig sichtbar zu machen. Gleichzeitig kann er die Stabilität und Grundwerte unserer liberalen Demokratien gefährden. In jedem Fall ist er eine Herausforderung für die etablierten demokratischen Kräfte und Institutionen, auch und gerade im Jahr einer Bundestagswahl. Das zu verdeutlichen und Wege aufzuzeigen, der populistischen Herausforderung in einem wichtigen Wahljahr zu begegnen, ist das Ziel der vorliegenden Studie.



Aart De Geus

Vorsitzender des Vorstands der Bertelsmann Stiftung

Im Fokus

Bundestagswahl 2017: Die Stunde der Populisten?

Populismus ist in der öffentlichen Diskussion ein schillernder und vieldeutiger Begriff. Politiker, Parteien und Wähler werden wahlweise als Populisten, Rechtspopulisten oder Linkspopulisten bezeichnet. Seit der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA wird sogar von einem neuen „Zeitalter des Populismus“ gesprochen. Auch den liberalen, repräsentativen Demokratien des Westens wird eine populistische Zukunft vorhergesagt. Populismus scheint zur Signatur der Demokratie im 21. Jahrhundert zu werden.

Aber was ist Populismus? Wie lässt er sich inhaltlich definieren und empirisch messen? Wie populistisch sind die Deutschen? Und welche Rolle spielt der Populismus im Wahlkampf und für die Wahlentscheidung im Jahr der Bundestagswahl 2017?

Was ist Populismus?

Populismus hat drei wesentliche Dimensionen: „Anti-Establishment“, „Anti-Pluralismus“ und „Pro-Volkssouveränität“. Kennzeichnend für Populisten ist deshalb ihre Kritik am personellen und institutionellen Establishment der Gesellschaft. Im Fokus der Populisten stehen dabei die etablierten Parteien, Parlamente und Politiker, als typische Repräsentanten des politischen Establishments. Auch kritische Einstellungen gegenüber den Medien, der Europäischen Union (EU) oder gegenüber dem Rechtsstaat zählen zu dieser Anti-Establishment-Dimension. Kennzeichnend für die zweite Dimension von Populismus sind anti-pluralistische Einstellungen. Ausgehend von einem behaupteten allgemeinen Volkswillen, werden dabei die Institutionen und Verfahren pluralistischer Willensbildung und Entscheidungsfindung abgelehnt. Stattdessen fordert Populismus seiner dritten Dimension folgend, dass Politik ein unmittelbarer Ausdruck des Volkswillens sein sollte.

Populismus ist also zunächst weder „links“ noch „rechts“. Er begreift gesellschaftliche Auseinandersetzungen als Konflikte zwischen dem „einen“ Volk und den „korrupten“ politischen Eliten. Radikale Populisten erkennt man daran, dass sie die Entmachtung der herrschenden Politik fordern, um den Einfluss des Volkswillens zu stärken. Dazu fordern sie radikale Reformen des politischen Systems, und behaupten, dass sie alleine den wahren Bürgerwillen repräsentieren. In seiner moderaten Variante setzt sich Populismus kritisch mit den etablierten demokratischen Institutionen auseinander, und wünscht sich mehr direkte Beteiligung der Bürger und eine bessere Berücksichtigung ihrer Interessen bei politischen Entscheidungen.

Radikaler Populismus stellt die etablierten Institutionen der liberalen Demokratie in Frage und kann zu einer Gefährdung der Demokratie werden. Moderater Populismus ist ein ständiger Begleiter der Demokratie, kann ihre Responsivität erhöhen und ihr Funktionieren verbessern.

Wie populistisch sind die Deutschen nach diesen Kriterien? Wie radikal oder wie moderat ist ihr Populismus, und wie „links“ oder „rechts“ ist er?

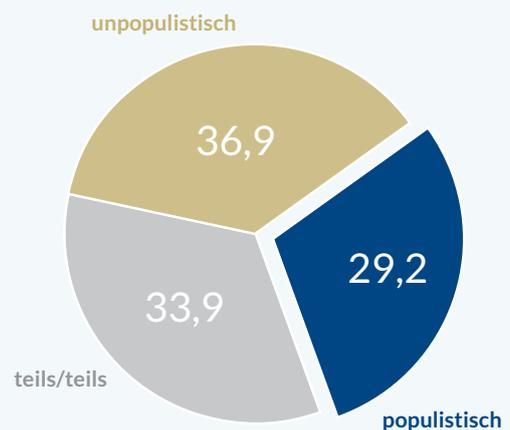
Wie populistisch sind die Deutschen?

Populistische Einstellungen sind in Deutschland zwar weit verbreitet, aber sie verbinden sich nicht mit einer radikalen Systemkritik; in Umfragen werden sie tendenziell übertrieben. Insgesamt stimmen knapp drei von zehn (29,2 Prozent) der Wahlberechtigten populistischen Aussagen grundsätzlich zu und sind damit populistisch eingestellt. Die Verteilung populistischer Einstellungen in der deutschen Wahlbevölkerung ist – wie die Wahlbeteiligung – sozial gespalten: Je geringer der formale Bildungsstand und je geringer das Einkommen, umso größer ist der Anteil populistisch eingestellter Menschen. Deshalb sind auch Nichtwähler (36,4 Prozent der Nichtwähler) häufiger populistisch eingestellt als Wähler (26,3 Prozent der Wähler).

Populistische Einstellungen sind entlang des gesamten ideologischen Links-Rechts-Spektrums zu finden. Mehr als ein Drittel aller populistisch eingestellten Wähler in Deutschland (11,2 Prozent aller Wahlberechtigten) verorteten sich selbst in der politischen Mitte. Anteilig sind Menschen mit rechten politischen Einstellungen jedoch häufiger populistisch eingestellt als Menschen aus dem linken Teil des Spektrums oder aus der politischen Mitte. Populistisch eingestellte Wähler vertreten auch bei uns die für den Populismus typischen „Pro-Volkssouveränität“- , „Anti-Establishment“- und „Anti-Pluralismus“-Positionen. Sie lehnen in ihrer großen Mehrheit aber weder die Demokratie als System noch die EU ab, sondern kritisieren ihr derzeitiges Funktionieren. Die meisten Populisten in Deutschland sind keine Feinde der Demokratie, sondern enttäuschte Demokraten.

Wie populistisch sind die Deutschen?

In Prozent



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2013.

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Darüber hinaus übertreiben viele Menschen ihren Populismus. Gerade Menschen mit hoher Bildung äußern sich in Umfragen populistischer als es ihren wahren Einstellungen entspricht. Der „wahre“ Populismus scheint damit vor der Bundestagswahl 2017 geringer ausgeprägt als der „expressive“ Populismus, den Umfragen messen.

Populismus im Wahlkampf

Im Durchschnitt aller Wahlberechtigten haben die Positionen „mehr Europa“, „mehr Umverteilung“ und „weniger Flüchtlinge“ derzeit das größte Potenzial, Wähler von politischen Kandidaten zu überzeugen. Bei den Schwerpunktthemen fallen die in Wahlkämpfen häufig populären Themen wie „Umweltschutz“ oder „Wirtschaftswachstum“ deutlich zurück. Auch die Globalisierung ist im Wahljahr in Deutschland kein mobilisierendes Thema für die Wähler. Ebenso sind typisch allgemein-populistische Prioritäten wie „Korruptionsbekämpfung“ und „mehr direkte Demokratie“ für die meisten Wähler nicht wahlentscheidend.

Der typisch populistische Ruf nach einer „Entmachtung der politischen Eliten“ wirkt sich in Deutschland sogar deutlich negativ auf die Chancen politischer Kandidaten bei den Wählern aus. Von einer „Stunde der Populisten“ ist das politische Klima vor der Bundestagswahl somit weit entfernt.

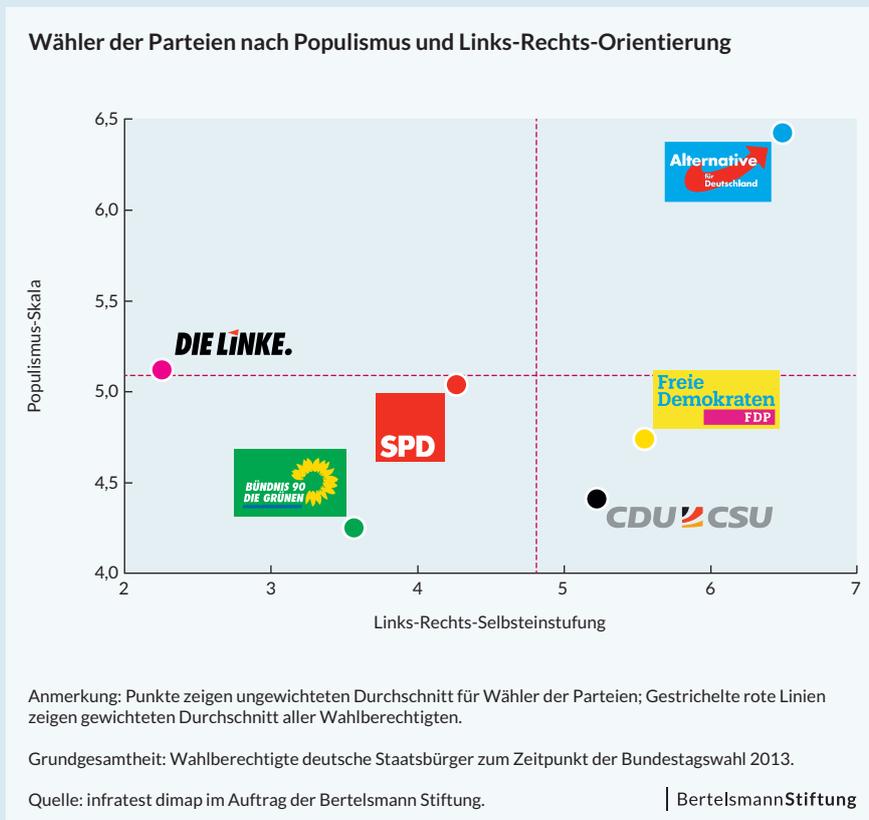
In der für alle Wähler auch im Wahljahr 2017 noch sehr wahlentscheidenden Flüchtlingspolitik gilt für die Volksparteien CDU/CSU und SPD ebenso wie für die Grünen, die Linke und die FDP: Ihre Wähler sind zwar gegen die Aufnahme „sehr vieler“ Flüchtlinge, aber die Forderung nach einer weiteren Beschränkung der derzeit moderaten Zuwanderung führt bei den eigenen Wählern nicht zu mehr Sympathien. Die Wähler beider Volksparteien reagieren auf die Aufnahme nur noch „einiger“ Flüchtlinge fast ebenso positiv wie auf die Forderung nach Abschiebungen. Eine Übernahme rechtspopulistischer Abschiebeforderungen würde also die eigene Wählerschaft der CDU/CSU ebenso wenig binden wie die der SPD.

Ganz anders dagegen die AfD-Wähler. Ihr Mobilisierungsprofil ist so einseitig fokussiert wie bei den Wählern keiner anderen Partei: Rechtspopulistisch gegen Flüchtlinge, das ist die Formel der AfD-Wählermobilisierung für das Wahljahr 2017.

Populismus an der Wahlurne

Populistische Einstellungen sind im Wahljahr 2017 auch mit dem Wahlverhalten der Deutschen verbunden. Populistische und unpopulistische Wähler sympathisieren und identifizieren sich sehr unterschiedlich mit den Parteien. Und sie wählen auch unterschiedlich.

Die Partei mit den unpopulistischsten Wählern ist die CDU, auch in ihrer Wahlverbindung mit der CSU. Bei vollkommen unpopulistischen Wählern erreicht die Union einen Wähleranteil von bis zu 60 Prozent. Bei den unpopulistischen Wählern rechts von der Mitte erreicht die Union sogar eine Zwei-Drittel-Mehrheit.



Die SPD ist im Unterschied zur Union bei Populisten und Nichtpopulisten in etwa gleich stark. Ihre besten Ergebnisse erzielt sie mit um die 50 Prozent gleichermaßen bei Populisten und Nichtpopulisten links von der politischen Mitte. Auch die Linke ist bei den Populisten ebenso stark wie bei den Nichtpopulisten, wird aber fast ausschließlich von Wählern links der Mitte gewählt. Die Linke ist damit zwar nach ihrer Wählerschaft eine typisch linke, aber keine eindeutig linkspopulistische Partei.

Die AfD ist dagegen eine eindeutig rechtspopulistische Partei. Im extrem rechts-populistischen Segment erreicht sie um die 60 Prozent der Wähler. Das ist ihr Alleinstellungsmerkmal und das entspricht ihrem Programm und ihren Kandidaten. Unter den extrem rechts orientierten Nichtpopulisten kommt sie zwar auch auf immerhin noch zehn bis 20 Prozent, aber schon in der politischen Mitte sowie links davon wählt so gut wie niemand mehr AfD.

Das klare Gegenbild dazu sind die Grünen. Sie sind am stärksten bei unpopulistischen Wählern links der Mitte. Dort erreichen sie um die 15 Prozent aller Wähler, während sie von Populisten weniger gewählt werden. Die FDP wird überdurchschnittlich häufig von unpopulistischen Wählern rechts von der politischen Mitte gewählt, weniger von eher rechtsorientierten Populisten.

1. Wie populistisch sind die Deutschen?

Reichweite und Profil populistischer Einstellungen in der wahlberechtigten Bevölkerung vor der Bundestagswahl 2017

Populistische Einstellungen sind in Deutschland zwar weit verbreitet, aber sie verbinden sich nicht mit einer radikalen Systemkritik; in Umfragen werden sie tendenziell übertrieben. Insgesamt stimmen knapp drei von zehn (29,2 Prozent) der Wahlberechtigten populistischen Aussagen grundsätzlich zu und sind damit populistisch eingestellt. Die Verteilung populistischer Einstellungen in der deutschen Wahlbevölkerung ist – wie die Wahlbeteiligung – sozial gespalten: Je geringer der formale Bildungsstand und je geringer das Einkommen, umso größer ist der Anteil populistisch eingestellter Menschen. Deshalb sind auch Nichtwähler (36,4 Prozent der Nichtwähler) häufiger populistisch eingestellt als Wähler (26,3 Prozent der Wähler).

Populistische Einstellungen sind entlang des gesamten ideologischen Links-Rechts-Spektrums zu finden. Mehr als ein Drittel aller populistisch eingestellten Wähler in Deutschland (11,2 Prozent

aller Wahlberechtigten) verorten sich selbst in der politischen Mitte. Anteilig sind Menschen mit rechten politischen Einstellungen jedoch häufiger populistisch eingestellt als Menschen aus dem linken Teil des Spektrums oder aus der politischen Mitte. Populistisch eingestellte Wähler vertreten auch bei uns die für den Populismus typischen „Pro-Volkssouveränität“- „Anti-Establishment“- und „Anti-Pluralismus“-Positionen. Sie lehnen in ihrer großen Mehrheit aber weder die Demokratie als System noch die Europäische Union (EU) ab, sondern kritisieren ihr derzeitiges Funktionieren.

Darüber hinaus übertreiben viele Menschen ihren Populismus. Gerade Menschen mit hoher Bildung äußern sich in Umfragen populistischer als es ihren wahren Einstellungen entspricht. Der „wahre“ Populismus scheint damit vor der Bundestagswahl 2017 geringer ausgeprägt als der „expressive“ Populismus, den Umfragen messen.

Was ist Populismus?

Populismus ist in der öffentlichen Diskussion ein schillernder Begriff, vieldeutig und von zahlreichen Zuschreibungen überlagert. Politiker, Parteien und Wähler werden wahlweise als Populisten, Rechtspopulisten oder Linkspopulisten bezeichnet. Seit der Wahl von Donald Trump wird von einem neuen „Zeitalter des Populismus“ gesprochen. Auch den liberalen, repräsentativen Demokratien des Westens wird eine populistische Zukunft vorhergesagt. Populismus scheint zur Signatur der Demokratie im 21. Jahrhundert zu werden.

Aber was ist Populismus überhaupt? Wie lässt er sich inhaltlich definieren? Und (wie) lässt sich Populismus empirisch messen? Wie lässt sich durch Umfragen messen, wie populistisch die Deutschen sind?

Der Populismus-Forscher Cas Mudde definiert Populismus als „eine Ideologie, welche die Gesellschaft letztlich in zwei homogene und antagonistische Gruppen unterteilt, ‚das reine Volk‘ gegen die ‚korrupte Elite‘, und die argumentiert, dass Politik ein Ausdruck des *volonté générale* (des allgemeinen Willens) des Volkes sein sollte“ (Mudde 2004: 543, übersetzt aus dem Englischen). Im Zentrum dieser Populismus-Definition steht das „Volk“ (Englisch: „the people“) und die Forderung nach seiner direkten und unmittelbaren Herrschaft, der sogenannten „Volkssouveränität“ (Mair 2002; Meny und Surel 2002). Sie ist die zentrale Idee des Populismus. Ein zweiter Aspekt ist die Kritik an politischen Eliten, dem „Establishment“, wie beispielsweise den etablierten Parteien und Politikern als den typischen politischen Eliten, die der Populismus als korrumpiert ansieht (z. B. Müller 2016).

Ein dritter Aspekt ist die Vorstellung von Homogenität, sowohl der politischen Elite als auch des Volkes, die jeweils als Einheiten ohne Differenzierung nach Gruppen oder Individuen gesehen werden (z. B. Müller 2016; Mudde 2007). Populismus begreift gesellschaftliche Auseinandersetzungen als Konflikte zwischen dem „einen“, guten Volk und dem „einen“, korrupten Establishment.

Die Zustimmungen zu diesen drei Aspekten lassen sich als populistische Einstellungen auch in Umfragen messen. Je stärker Wähler Aussagen und Positionen vertreten, die „Pro-Volkssouveränität“, „Anti-Establishment“ und „Anti-Pluralismus“ sind, umso populistischer sind sie. Radikale Populisten fordern die Entmachtung der herrschenden Politiker, um den Einfluss des Volkswillens zu stärken. Sie propagieren weitreichende Reformen des politischen Systems und als Politiker behaupten sie, dass sie alleine den wahren Bürgerwillen repräsentieren. In seiner moderaten Variante setzt sich Populismus kritisch mit den etablierten demokratischen Institutionen auseinander und wünscht sich mehr direkte Beteiligung der Bürger sowie eine bessere Berücksichtigung ihrer Interessen bei politischen Entscheidungen.

Populismus beschäftigt sich also vor allem mit dem politischen System und seiner Umstrukturierung und zunächst nicht mit „klassischen“ Politiken, „linken“ oder „rechten“ politischen Forderungen. Vielmehr lässt sich Populismus als „dünne Ideologie“ mit verschiedenen politischen Programmen verbinden (Mudde und Rovira Kaltwasser 2013; Stanley 2008).

Wie populistisch sind die Deutschen nach diesen Kriterien? Wie radikal oder wie moderat ist ihr Populismus und verbinden sie ihn mit linken oder rechten Politikpräferenzen?

Der Grad populistischer Einstellungen wird in dieser Studie anhand der Zustimmung zu den folgenden acht typisch populistischen Einstellungen gemessen:

ABBILDUNG 1 Was ist Populismus?

Nachstehend einige Aussagen zu Politik und Gesellschaft. Bitte geben Sie für jede Aussage an, inwieweit Sie dieser zustimmen:

| | | | | | |
|---|---|-------------------------|----------------|----------------------|---------------------------|
| Die Bürger sind sich oft einig, aber die Politiker verfolgen ganz andere Ziele. |  | stimme voll und ganz zu | stimme eher zu | stimme eher nicht zu | stimme überhaupt nicht zu |
| Mir wäre es lieber, von einem einfachen Bürger politisch vertreten zu werden als von einem Politiker. |  | stimme voll und ganz zu | stimme eher zu | stimme eher nicht zu | stimme überhaupt nicht zu |
| Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht. |  | stimme voll und ganz zu | stimme eher zu | stimme eher nicht zu | stimme überhaupt nicht zu |
| Die politischen Differenzen zwischen den Bürgern und Politikern sind größer als die Differenzen der Bürger untereinander. |  | stimme voll und ganz zu | stimme eher zu | stimme eher nicht zu | stimme überhaupt nicht zu |
| Wichtige Fragen sollten nicht von Parlamenten, sondern in Volksabstimmungen entschieden werden. |  | stimme voll und ganz zu | stimme eher zu | stimme eher nicht zu | stimme überhaupt nicht zu |
| Die Politiker im Bundestag sollten immer dem Willen der Bürger folgen. |  | stimme voll und ganz zu | stimme eher zu | stimme eher nicht zu | stimme überhaupt nicht zu |
| Die Bürger in Deutschland sind sich im Prinzip einig darüber, was politisch passieren muss. |  | stimme voll und ganz zu | stimme eher zu | stimme eher nicht zu | stimme überhaupt nicht zu |
| Was man in der Politik „Kompromiss“ nennt, ist in Wirklichkeit nichts Anderes als ein Verrat der eigenen Prinzipien. |  | stimme voll und ganz zu | stimme eher zu | stimme eher nicht zu | stimme überhaupt nicht zu |

Anmerkung: Eigene Items sowie Items aus Hawkins et al. (2012) und Akkerman et al. (2013).

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Diese und ähnliche Aussagen wurden in einer Reihe von Studien entwickelt und bereits zur Messung populistischer Einstellungen in verschiedenen Ländern genutzt (z. B. Akkerman et al. 2013; Hawkins et al. 2012). Die ersten vier Aussagen stehen für den Gegensatz zwischen politischer Elite und Bürgern. Sie bilden den „Anti-Establishment“-Aspekt populistischer Einstellungen ab. Die vier letzten Aussagen stehen dagegen für die Idee der Bürger als homogene Einheit. Sie bilden den „Anti-Pluralismus“-Aspekt des Populismus ab. Die Aussagen 2, 5 und 6

(von oben gezählt) betonen zusätzlich den Wunsch nach direkter Volksherrschaft durch Referenden oder Repräsentation durch „einfache Bürger“. Sie spielen auf den „Pro-Volkssouveränität“-Aspekt des Populismus an.

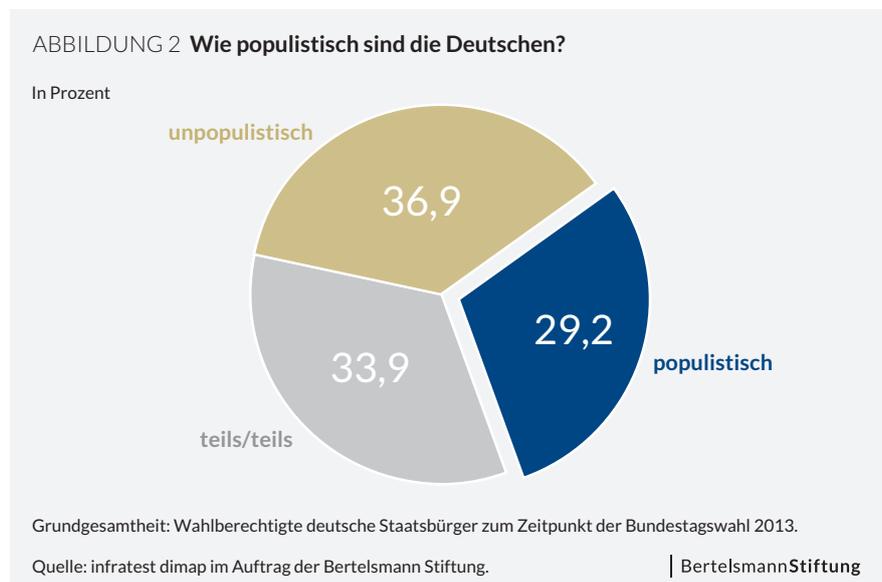
Als populistisch eingestellt werden in dieser Studie Befragte bezeichnet, die allen acht Aussagen „voll und ganz“ oder „eher“ zustimmen. Befragte, die mindestens einer Aussage „überhaupt nicht“ zustimmen oder alternativ der Hälfte der acht Aussagen „eher nicht“ zustimmen, werden dagegen als unpopulistisch eingestellt bezeichnet. Alle anderen Befragten sind weder populistisch noch unpopulistisch eingestellt und fallen in die Kategorie „teils/teils“. Diese Definition bezeichnet nur solche Befragte als Populisten, die allen Aspekten des Populismus tendenziell zustimmen.

Ergänzend dazu wird auch die ideologische Orientierung der Befragten gemessen. Dazu wird auf die Selbsteinschätzung der Befragten auf einer Links-Rechts-Skala zurückgegriffen, bei der sie ihren persönlichen Standpunkt auf einer Skala von 0 bis 10 verorten konnten, wobei „0“ für „links“ und „10“ für „rechts“ steht.

Entlang dieser Messkonzepte lassen sich die Reichweite und das Profil populistischer Einstellungen im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 genauer beschreiben.

Populistische Einstellungen sind weit verbreitet

Viele Wähler in Deutschland sind populistisch eingestellt. Fast drei von zehn (29,2 Prozent) aller Wahlberechtigten stimmen allen populistischen Aussagen entweder „voll und ganz“ oder „eher“ zu. Die relative Mehrheit aller Wahlberechtigten (36,9 Prozent) ist dagegen unpopulistisch eingestellt. Ein weiteres Drittel der Wahlberechtigten ist in Bezug auf seine populistischen Einstellungen keiner der beiden Gruppen zuzuordnen, also weder explizit populistisch noch explizit unpopulistisch eingestellt („teils/teils“).

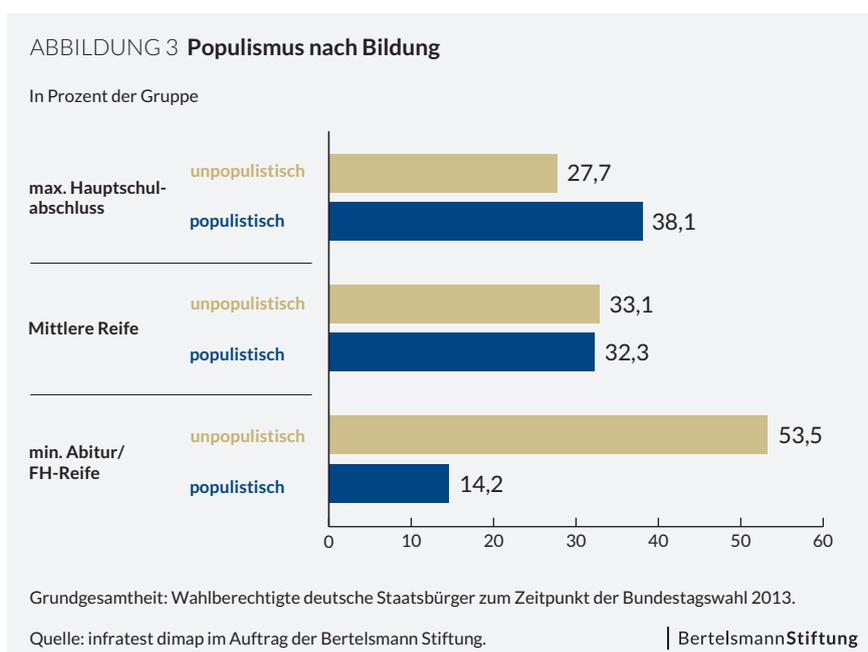


Damit zeigt sich: Populistische Einstellungen sind in der Wahlbevölkerung zwar weit verbreitet, mehr als zwei Drittel aller Wahlberechtigten sind aber entweder eher nicht oder nur zum Teil populistisch eingestellt. Die Wähler in Deutschland sind damit mehrheitlich im Sinne unserer Definition als unpopulistisch zu beschreiben oder zumindest als nicht explizit populistisch eingestellt. Dennoch stimmen fast 30 Prozent aller Wahlberechtigten bei der Bundestagswahl 2013 der allgemein-populistisch formulierten Kritik an den etablierten Parteien und Politikern zu und stehen der Idee des „einen“ Volkswillens sowie unmittelbarer Volksherrschaft positiver gegenüber als den repräsentativen Institutionen.

Damit ist wohlgermerkt noch nichts über die ideologische Verortung der populistisch eingestellten Wähler auf der Skala der Links-Rechts-Orientierung gesagt. Unsere allgemein-populistischen Aussagen messen weder Rechts- noch Linkspopulismus. Sie messen alleine auch noch nicht, ob populistische Einstellungen sich mit eher moderaten oder radikalen politischen Forderungen verbinden. Sie zeigen zunächst lediglich, dass ein knappes Drittel aller Wahlberechtigten in Deutschland allgemein formulierte populistische Positionen gegenüber dem etablierten politischen System vertritt. Dieses Drittel der Wahlberechtigten geht von einem tendenziellen Gegensatz zwischen Bürgern sowie den Parteien und Politikern aus, es hält die Politik in Deutschland für zu wenig responsiv und wünscht sich mehr direkte politische Einflussnahme und Entscheidungen der Bürger.

Sozial gespaltener Populismus

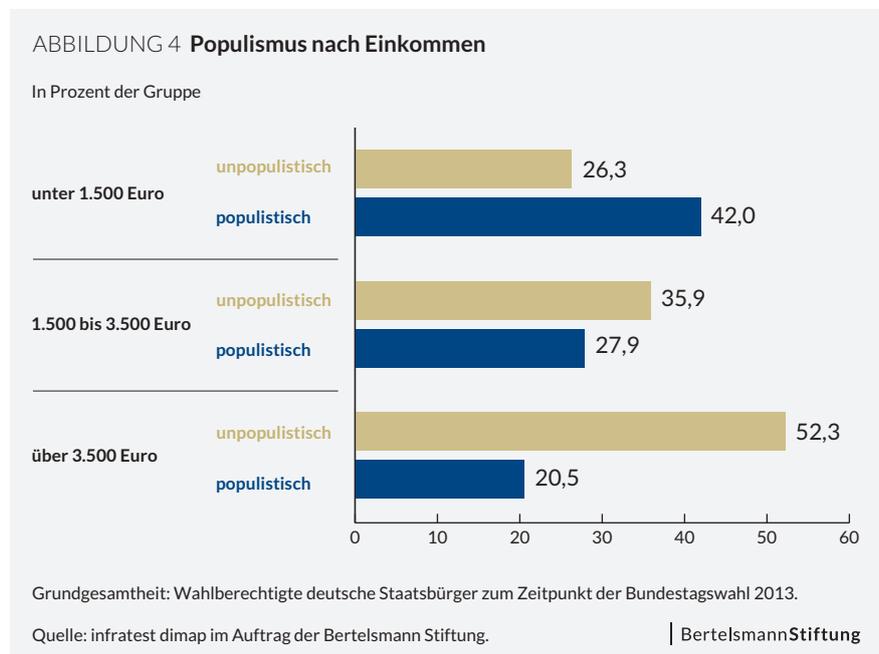
Wie verteilen sich die populistischen Einstellungen über die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen nach Bildungsstand, Einkommen, Alter und Geschlecht? Zusammenfassend zeigt sich, dass die Häufigkeit populistischer Einstellungen mit dem Bildungsstand und dem Einkommen der Befragten abnimmt, sich nach Alter und Geschlecht aber keine deutlichen bzw. nur geringe Unterschiede zeigen.



Am deutlichsten sind die Unterschiede nach dem formalen Bildungsniveau der Befragten. Während Wahlberechtigte mit Abitur oder einem Hochschulabschluss nur sehr selten (14,2 Prozent) und weit unterdurchschnittlich häufig populistisch eingestellt sind, ist dies bei Wahlberechtigten mit einem geringeren formalen Bildungsstand deutlich häufiger der Fall. Schon bei den mittleren Bildungsabschlüssen liegt der Anteil populistisch eingestellter Menschen mit 32,2 Prozent leicht über dem Durchschnitt aller Wahlberechtigten (29,2 Prozent). Unter den Wahlberechtigten mit dem geringsten formalen Bildungsstand sind dann schon fast vier von zehn Wahlberechtigten (38,1 Prozent) populistisch eingestellt.

Spiegelbildlich zeigt sich der Zusammenhang bei den jeweiligen Anteilen unpopulistisch eingestellter Menschen in den drei Bildungsgruppen: Während mehr als fünf von zehn (53,5 Prozent) der formal Hochgebildeten unpopulistisch sind, ist der Anteil unpopulistisch eingestellter Menschen in der Gruppe der mittleren Bildungsabschlüsse mit lediglich 32,3 Prozent bereits leicht unterdurchschnittlich, und fällt in der Gruppe mit dem geringsten formalen Bildungsstand auf nur noch etwas mehr als ein Viertel (27,7 Prozent).

Ein ähnlich sozial gespaltenes Bild zeigt sich beim Vergleich der verschiedenen Einkommensgruppen. Während der Anteil populistisch eingestellter Menschen mit steigendem Einkommen deutlich abnimmt, zeigt sich der umgekehrte Zusammenhang für den Anteil unpopulistisch eingestellter Menschen: Je höher das Einkommen, umso höher auch der Anteil unpopulistisch eingestellter Menschen.



Während in der obersten Gruppe der Haushaltsnettoeinkommen über 3.500 Euro mehr als die Hälfte (52,3 Prozent) unpopulistisch sind, ist der Anteil der populistisch eingestellten Menschen in dieser Einkommensgruppe mit nur 20,5 Prozent um ein Drittel niedriger als bei allen Wahlberechtigten (29,2 Prozent). Bereits in

der mittleren Einkommensgruppe mit Haushaltsnettoeinkommen zwischen 1.500 und 3.500 Euro liegt der Anteil unpopulistisch eingestellter Menschen bei nur noch gut einem Drittel (35,9 Prozent), während der Anteil populistisch eingestellter Personen mit 27,9 Prozent nur noch leicht unterdurchschnittlich ist.

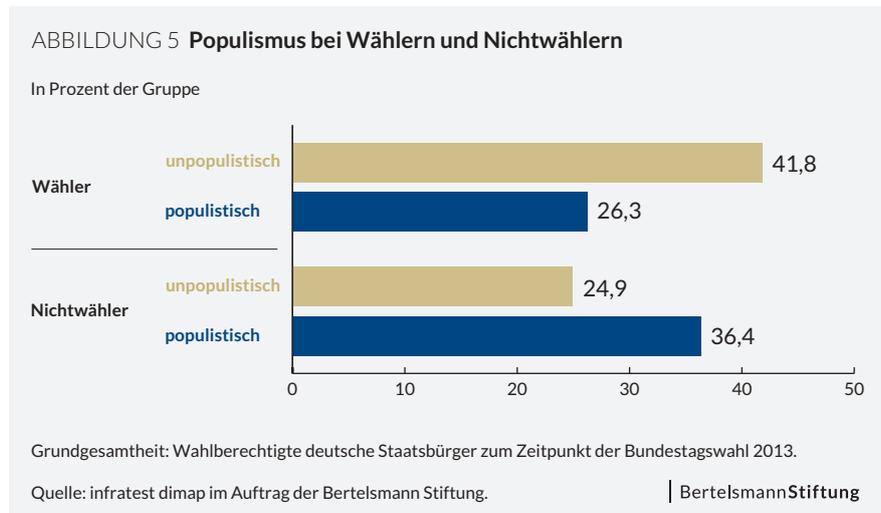
Deutlich wird die soziale Spaltung populistischer Einstellungen dann bei Betrachtung der Gruppe der Geringverdiener mit Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 1.500 Euro. In dieser Gruppe ist der Anteil unpopulistisch eingestellter Personen mit gut einem Viertel (26,3 Prozent) nur etwa halb so groß wie in der obersten Einkommensgruppe. Gleichzeitig zeigen sich mehr als vier von zehn Geringverdienern (42 Prozent) populistisch, gegenüber nur halb so vielen in der höchsten Einkommensgruppe.

Anders als beim Bildungsstand und beim Einkommen zeigen sich beim Alter und Geschlecht der Befragten keine wesentlichen Unterschiede in der Verteilung populistischer Einstellungen. Zwar sind Frauen (31,2 Prozent) etwas populistischer als Männer (27,1 Prozent) und umgekehrt Männer etwas häufiger unpopulistisch (39,8 Prozent) als Frauen (34,2 Prozent). Nach Altersgruppen zeigen sich die 40- bis 64-Jährigen (31,2 Prozent) leicht populistischer als die Älteren, ab 65-Jährigen (28,2 Prozent), sowie die Jüngeren, bis 39-Jährigen (26,6 Prozent), bzw. umgekehrt zeigen sich die Jüngeren (40,5 Prozent) etwas häufiger unpopulistisch als die mittlere Altersgruppe (36,8 Prozent) und die Älteren (34,6 Prozent). Diese Unterschiede nach Alter und Geschlecht erweisen sich jedoch als statistisch nicht signifikant, könnten in den Umfrageergebnissen also auch zufällig zustande gekommen sein.

Als Gesamtbild zeigt sich ein sozial gespaltener Populismus in Deutschland: Je geringer der formale Bildungsstand und je geringer das Einkommen, umso größer ist der Anteil populistisch eingestellter Menschen. Und je höher der formale Bildungsstand und je höher das Einkommen, umso größer ist der Anteil unpopulistisch eingestellter Menschen. Ähnlich wie es frühere Studien (z. B. Studien der Bertelsmann Stiftung: „Gesplante Demokratie“ und „Prekäre Wahlen“) für die Wahlbeteiligung gezeigt haben, ist auch die Verteilung populistischer Einstellungen in Deutschland sozial gespalten.

Nichtwähler sind häufiger populistisch als Wähler

Dieses Muster einer sozial gespaltenen Wahlbeteiligung und eines sozial gespaltenen Populismus bestätigt sich auch in der Verteilung populistischer Einstellungen unter Wählern und Nichtwählern. Wähler sind auch unabhängig von ihrem sozialen Status seltener populistisch eingestellt als Nichtwähler. Die sozial gesplante Wahlbeteiligung trägt darüber hinaus zu einem noch deutlicheren Unterschied bei der Verteilung populistischer Einstellungen bei: Wähler sind deutlich häufiger unpopulistisch eingestellt als Nichtwähler. Die vorliegenden Zahlen dazu sind besonders aussagekräftig, weil ein Großteil unserer Befragten direkt nach der Bundestagswahl 2013 zu ihrer Wahlteilnahme befragt wurde und deutlich mehr Nichtwähler befragt wurden als üblicherweise in vergleichbaren Umfragen. Mit großer Wahrscheinlichkeit handelt es sich bei den zahlreichen befragten Nichtwählern deshalb tatsächlich um Wahlberechtigte, die sich an der Bundestagswahl 2013 nicht beteiligt haben, also um „echte“ Nichtwähler in ausreichender Zahl.



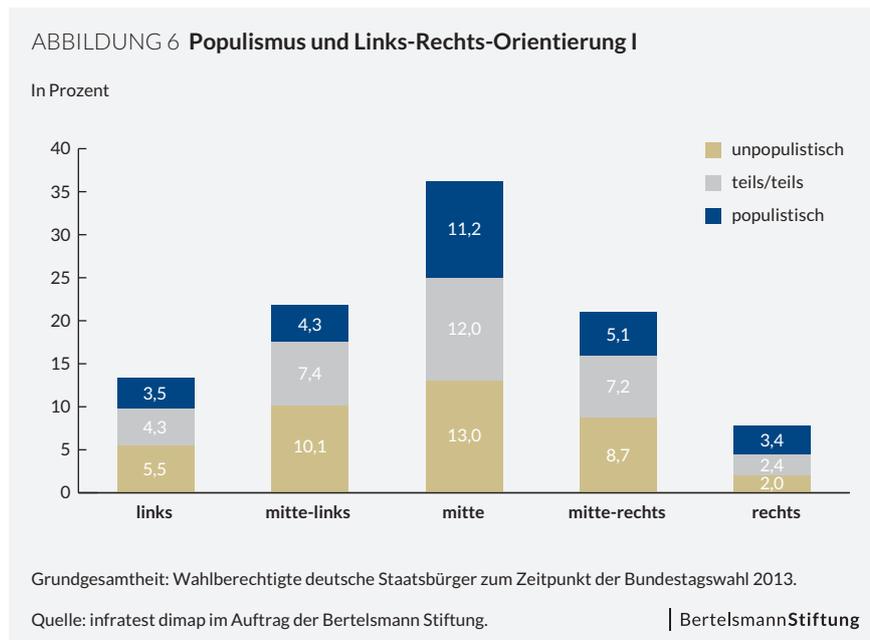
Während mehr als vier von zehn Wählern (41,8 Prozent) unpopulistisch sind, liegt dieser Anteil bei den Nichtwählern bei lediglich einem Viertel (24,9 Prozent). Spiegelbildlich stehen den 36,4 Prozent populistisch eingestellten Nichtwählern nur gut ein Viertel (26,3 Prozent) populistisch eingestellter Wähler gegenüber. Populistische Einstellungen sind also mit dem Wahlverhalten verbunden, wobei nicht gesagt werden kann, ob populistische Einstellungen die Wahlverweigerung, oder ob die Wahlverweigerung die Herausbildung populistischer Einstellungen befördert. Beide Wirkungsrichtungen sind denkbar und plausibel. Unsere Zahlen zeigen jedoch eindeutig: Es gibt einen Zusammenhang und die Nichtwähler sind in Deutschland deutlich öfter populistisch als die Wähler.

Wie populistisch ist die politische Mitte?

Obwohl in der wissenschaftlichen Literatur Populismus als Konzept zunächst unabhängig von ideologischen Links-Rechts-Orientierungen diskutiert wird (Mudde und Rovira Kaltwasser 2013; Stanley 2008), ist in der öffentlichen Diskussion häufig von „Rechtspopulismus“, „Linkspopulismus“ oder einem „Populismus der politischen Mitte“ die Rede. Aber wie unterscheidet man populistische Einstellungen nach der ideologischen Orientierung ihrer Träger? Und wie verhält sich das in der deutschen Wahlbevölkerung? Sind Wahlberechtigte mit populistischen Einstellungen häufiger „links“, „rechts“, oder aus der politischen „Mitte“? Zur Beantwortung dieser Fragen nutzen wir in dieser Studie die Selbsteinschätzung der Befragten auf einer ideologischen Links-Rechts-Skala. Konkret haben wir alle Teilnehmer gefragt: „In der Politik spricht man von links und rechts. Welche Position haben Sie? Bitte geben Sie Ihren persönlichen Standpunkt auf einer Skala von 0 bis 10 an. ‚0‘ bedeutet ‚links‘ und ‚10‘ bedeutet ‚rechts‘. Welche Zahl gibt am besten Ihren Standpunkt wieder?“

Zur einfachen Betrachtung der Zusammenhänge zwischen dieser Selbsteinschätzung und populistischen Einstellungen unterteilen wir die Links-Rechts-Skala in fünf Gruppen: Befragte mit 0, 1 oder 2 als Selbsteinschätzung bezeichnen wir als „links“, solche mit 3 oder 4 als „mitte-links“, solche mit 5 als „mitte“, sol-

che mit 6 oder 7 als „mitte-rechts“ und Befragte mit 8, 9 oder 10 als „rechts“. Nun können wir analysieren, wie viele Befragte in den verschiedenen Kategorien populistisch oder unpopulistisch eingestellt sind. Die folgende Abbildung 6 zeigt zunächst die Links-Rechts-Verteilung für alle Wahlberechtigten:



Dabei zeigt sich, dass Menschen mit populistischen Einstellungen entlang des gesamten ideologischen Links-Rechts-Spektrums zu finden sind. Populistische Einstellungen sind bei den Wahlberechtigten weder exklusiv „links“, „rechts“ oder „in der Mitte“, sondern lagerübergreifend in allen fünf ideologischen Kategorien von ganz links über die politische Mitte bis ins ganz rechte Lager hinein vorhanden. Die zahlenmäßig meisten populistischen Wahlberechtigten verorten sich selbst in der politischen Mitte: Mehr als jeder zehnte Wahlberechtigte (11,2 Prozent) ist populistisch eingestellt und zählt sich selbst zur politischen Mitte.

Fasst man jeweils die beiden Gruppen links und rechts von der Mitte zusammen, ergeben sich dort nahezu identisch große Anteile mitte-links und links orientierter Populisten (7,8 Prozent) sowie mitte-rechts und rechts orientierter Populisten (8,5 Prozent). Auch die Anteile ideologisch klar positionierter Linkspopulisten (3,5 Prozent) und der ideologisch klar rechts positionierten Rechtspopulisten (3,4 Prozent) sind nahezu gleich groß.

In der politischen Mitte finden sich aber nicht nur die zahlenmäßig meisten Populisten, sondern auch die zahlenmäßig größte Gruppe unpopulistischer Wähler: 13 Prozent aller Wahlberechtigten sind unpopulistisch und weitere zwölf Prozent lediglich zu einem Teil. Bei fast einem Viertel aller Wahlberechtigten handelt es sich damit zumindest um nicht-populistische Wahlberechtigte der politischen Mitte.

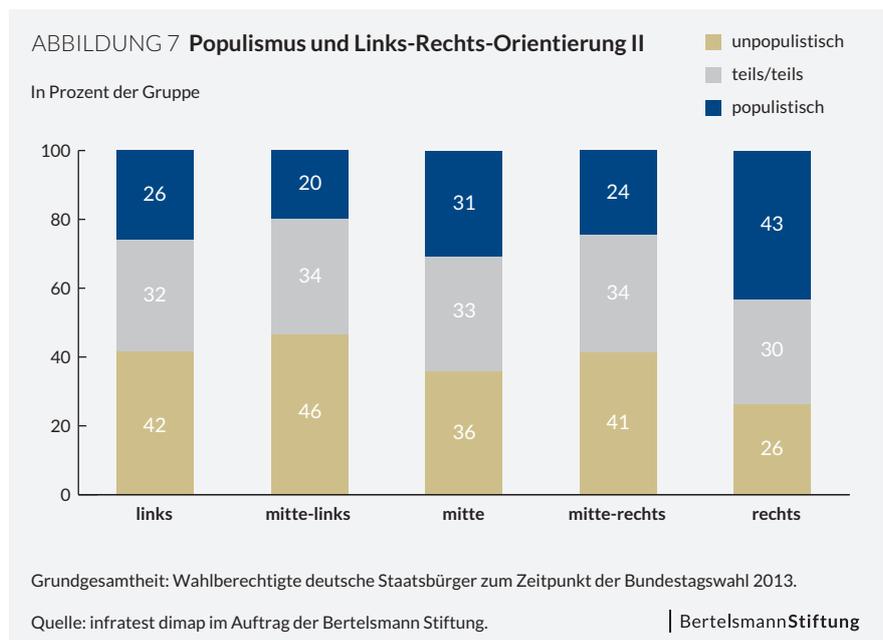
Es bleibt festzuhalten: Der zahlenmäßig größte Anteil populistisch eingestellter Menschen sieht sich selbst in der politischen Mitte. Es gibt also in Deutschland auch in der politischen Mitte weit verbreitete allgemein-populistische Einstellungen. Allerdings muss man bei der Interpretation dieser Zahlen bedenken, dass sich die Befragten selbst auf dem ideologischen Spektrum verorten und ihr Verständnis dafür, was die einzelnen Skalenpunkte tatsächlich bedeuten, wahrscheinlich variiert.

Ebenso gibt es in Deutschland womöglich ein negatives, öffentliches Bild von „Rechten“ oder „Rechtsextremen“, weshalb sich Befragte eventuell ungern weit rechts verorten und sich selbst deshalb in Befragungen lieber der politischen Mitte zuordnen. Ein weiterer wichtiger Punkt bei der Interpretation des zahlenmäßig hohen Anteils populistisch eingestellter Mitte-Wähler sind deshalb auch die absoluten Größenverhältnisse der fünf ideologischen Gruppen im Vergleich. Etwas mehr als ein Drittel aller Wahlberechtigten verortet sich politisch in der Mitte. Die Gruppen ganz links (13,3 Prozent) und ganz rechts (7,8 Prozent) sind dagegen vergleichsweise klein.

Betrachtet man nun nicht die absoluten Zahlen und Anteile an allen Wahlberechtigten, sondern die relativen Anteile populistisch eingestellter Menschen in den einzelnen ideologischen Gruppen, ergibt sich ein anderes Bild.

Wie populistisch sind „Linke“ und „Rechte“?

Dann zeigt sich, dass die Anteile populistischer Wähler im politisch ganz rechten Spektrum deutlich größer sind als im linken Spektrum und in der politischen Mitte. Während in der Mitte nur drei von zehn Wahlberechtigten (31 Prozent) populistisch eingestellt sind, ist dies ganz links nur bei jedem vierten Wahlberechtigten (26 Prozent) der Fall. Im ganz rechten Spektrum der Links-Rechts-



Skala liegt der Anteil der Populisten jedoch bei mehr als vier von zehn (43 Prozent) aller Menschen in dieser Gruppe. Gleichzeitig ist der Anteil unpopulistisch eingestellter Personen im rechten Spektrum mit nur gut einem Viertel (26 Prozent) ebenfalls deutlich kleiner als der Anteil der Nicht-Populisten in der Mitte (36 Prozent) und ganz links (42 Prozent).

Damit zeigt sich eine überproportionale Häufung populistischer Einstellungen bei Menschen mit politisch-ideologischer Rechtsorientierung. Diese verstärkte Verbindung politisch-ideologischer Rechtsorientierung mit populistischen Einstellungen zeigt sich auch in einem leicht höheren statistischen Mittelwert der Links-Rechts-Selbsteinstufung für populistisch eingestellte Wahlberechtigte (5,0) gegenüber unpopulistisch eingestellten Wahlberechtigten (4,6). Dieser numerisch zwar nur geringe Unterschied erweist sich dennoch als statistisch signifikant. Die Tendenz, dass in Deutschland populistische Einstellungen eher mit politisch-ideologisch rechten Orientierungen verbunden sind, ist damit zwar nicht besonders stark ausgeprägt, statistisch aber nachweisbar.

„Moderater“ Populismus überwiegt

Aus der Links-Rechts-Orientierung, mit denen sich bei den Deutschen populistische Einstellungen verbinden, lassen sich aber noch keine Schlussfolgerungen darüber ziehen, wie moderat oder wie radikal der Populismus in Deutschland ausgeprägt ist. Wichtige Indizien dafür sind der Grad der Zustimmung zum politischen System der Demokratie auf der einen Seite und deren Funktionieren in der Realität auf der anderen Seite.

Ein radikaler Populismus leitet aus seiner Kritik am Funktionieren der Demokratie auch eine Grundsatzkritik am System der Demokratie ab. Ein moderater Populismus unterscheidet stärker zwischen einer eher aktualitätsbezogenen Kritik am Funktionieren der Demokratie und einer davon unabhängigen Zustimmung zum System der Demokratie. Denn mit dem Fokus des Populismus auf Volkssouveränität setzt sich dieser im Kern auch für ein wichtiges Versprechen der Demokratie ein, nämlich für die Idee einer direkten und spontanen Selbstherrschaft des Volkes „*demos*“, unmittelbar und frei von Restriktionen (Canovan 1999, 2002).

Dieses Versprechen steht in starker Spannung mit einer „pragmatischen“ Perspektive auf die Demokratie als ein System von Institutionen und Praktiken, das zwar die friedliche Lösung von Konflikten ermöglicht, aber durch seine Institutionen die Bürger auch von politischen Entscheidungen trennt (Canovan 1999: 10). Moderater Populismus begrüßt deshalb die Demokratie als Herrschafts- oder Staatsform, in der die Macht vom Volk ausgeht, kritisiert aber das defizitäre Funktionieren der Demokratie, deren Institutionen die Volkssouveränität (scheinbar) beschränken.

Um über die Ausprägung des Populismus in Deutschland mehr zu erfahren, betrachten wir deshalb die Einstellungen populistischer und unpopulistischer Wähler zur Demokratie. Wir unterscheiden dabei nach der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland und der Unterstützung für das politische System der Demokratie („Demokratie als bestes politisches System“). Beide Orientierungen sind Formen von Systemunterstützung (Easton 1975; Norris 2011) und sollten als solche zur Legitimation des politischen Systems beitragen: Eine

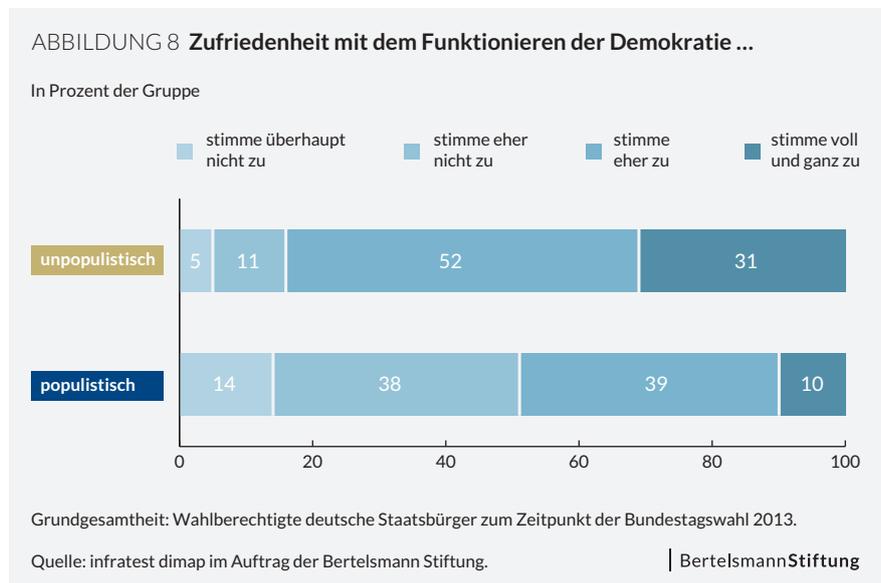
hohe Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie und die Unterstützung der Demokratie als politisches System führen dazu, dass Bürger die Herrschaft des politischen Systems als rechtmäßig akzeptieren und ansehen.

Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie wird dabei oft als die „spezifischere“ Form der Systemunterstützung angesehen, die sich zu großen Teilen aus Bewertungen aktueller Performanz des Systems speist. Demgegenüber ist die Unterstützung für die Demokratie als System eine „diffusere“ Form der Systemunterstützung, die länger wirkt und im Zeitverlauf stabiler ist, d. h. weniger abhängig von aktueller Performanz und z. B. durch Sozialisation in der Kindheit determiniert ist (Easton 1975; Norris 2011).

Populisten sind enttäuschte Demokraten, aber keine Feinde der Demokratie

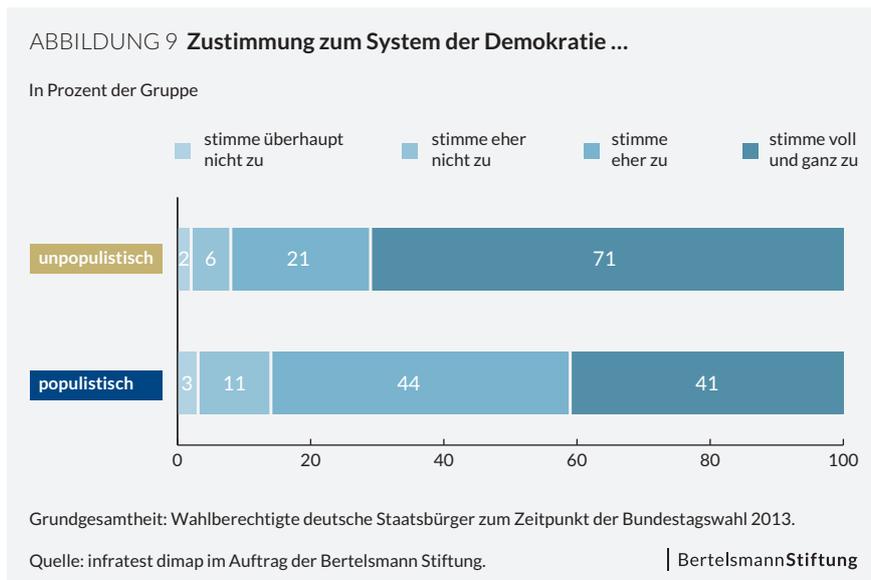
Unterstützen Populisten die Demokratie als politisches System weniger als Nicht-Populisten? Wie stark fällt ihre Kritik am Funktionieren der Demokratie aus? Und wie ihre Systemkritik?

Dazu betrachten wir zunächst die Zufriedenheit mit dem derzeitigen Funktionieren der Demokratie in Deutschland. Wie unterscheiden sich dazu die Urteile von Wahlberechtigten mit und ohne populistische Einstellungen?



Hier zeigt sich deutlich, dass die populistisch eingestellten Wahlbürger sehr viel unzufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie sind als die unpopulistischen. Während mehr als acht von zehn (83 Prozent) aller unpopulistischen Wahlberechtigten mit dem Funktionieren der Demokratie „eher“ oder sogar „voll und ganz“ zufrieden sind, gilt das nur für die Hälfte (49 Prozent) aller Populisten. Eine knappe Mehrheit der populistisch eingestellten Menschen ist „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ zufrieden mit dem derzeitigen Funktionieren der Demokratie.

Bei der Unterstützung für Demokratie als „*bestes politisches System*“ zeigt sich jedoch ein ganz anderes Bild. Zwar zeigen die Populisten hier eine ebenfalls geringere Systemunterstützung als die Nicht-Populisten. Aber die Unterschiede zwischen den Menschen mit populistischen und den Menschen ohne populistische Einstellungen sind deutlich geringer als bei der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie und sie sind statistisch nicht signifikant.



Insgesamt zeigt sich auch unabhängig von populistischen Einstellungen in beiden Gruppen eine sehr hohe Unterstützung für die Demokratie als das beste politische System. Etwas mehr als neun von zehn (92 Prozent) unpopulistisch eingestellter und deutlich mehr als acht von zehn (85 Prozent) populistisch eingestellter Wahlberechtigter in Deutschland stimmen der Demokratie zu und bezeichnen es als das beste politische System. Unterschiede zeigen sich dabei nur im Grad der Zustimmung: Während bei den unpopulistisch eingestellten Menschen 71 Prozent „voll und ganz“ und 21 Prozent „eher“ zustimmen, stimmen von den Populisten nur 41 Prozent „voll und ganz“ und 44 Prozent „eher“ zu.

Trotz dieser Unterschiede im Detail ergibt sich jedoch bei der Systemzufriedenheit ein deutlich anderes Bild als bei den aktuellen Funktionsdefiziten. Bemerkenswert ist auch, dass nur eine verschwindend kleine Minderheit von zwei Prozent aller unpopulistisch eingestellten und drei Prozent aller populistisch eingestellten Wahlberechtigten der Aussage, die Demokratie sei das beste politische System, „überhaupt nicht“ zustimmen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Die meisten Populisten in Deutschland sind keine Feinde der Demokratie, sondern enttäuschte Demokraten. Die populistische Kritik an der Demokratie ist mitnichten eine radikale Systemkritik. Vielmehr ist sie eine eher moderate Kritik an wahrgenommenen Funktionsdefiziten der real existierenden Demokratie in Deutschland. Populisten sind zwar deutlich unzufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie, sie haben sich in Deutsch-

land – zumindest bisher – aber noch nicht von der Demokratie als politischem System abgewendet.

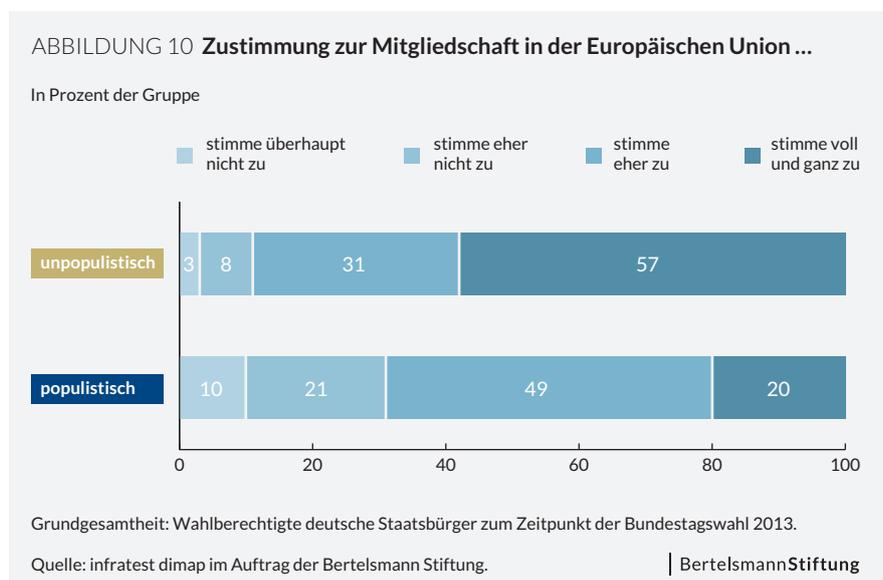
Dies ist weniger verwunderlich, wenn man bedenkt, dass Populismus und Demokratie die – wenn auch unscharf definierte – Kernidee der Volkssouveränität teilen. Ein moderater Populismus muss deshalb für eine lebendige Demokratie weder gefährlich noch schädlich sein. Als kritischer Begleiter der Demokratie kann Populismus auch wie ein Frühwarnsystem auf Probleme und Funktionsdefizite (z. B. Korruption, Mangel an Responsivität) einer Demokratie verweisen und zu entsprechenden Korrekturen führen (Canovan 1999: 14–16).

Populisten wollen weniger Europa, aber keinen Austritt aus der EU

Ein ähnliches Bild ergibt sich auch beim Blick auf die Zustimmung zur Europäischen Union (EU) und die Zufriedenheit mit ihrem Funktionieren. Auch hier ist die Ansicht sehr verbreitet, Populisten seien per se gegen die europäische Integration und würden am liebsten aus der EU austreten. Für einige der radikal-populistischen Bewegungen in anderen europäischen Ländern, wie z. B. den *Front National* in Frankreich und die *UK Independence Party* in Großbritannien, mag das auch stimmen.

Aber gilt das auch für den Populismus in Deutschland? Lehnen populistisch eingestellte Menschen in Deutschland die EU als System ab? Oder bestätigt sich auch hier das Bild eines eher moderaten Populismus, der sich stärker auf das aktuelle Funktionieren und die Intensität der Europäischen Integration bezieht?

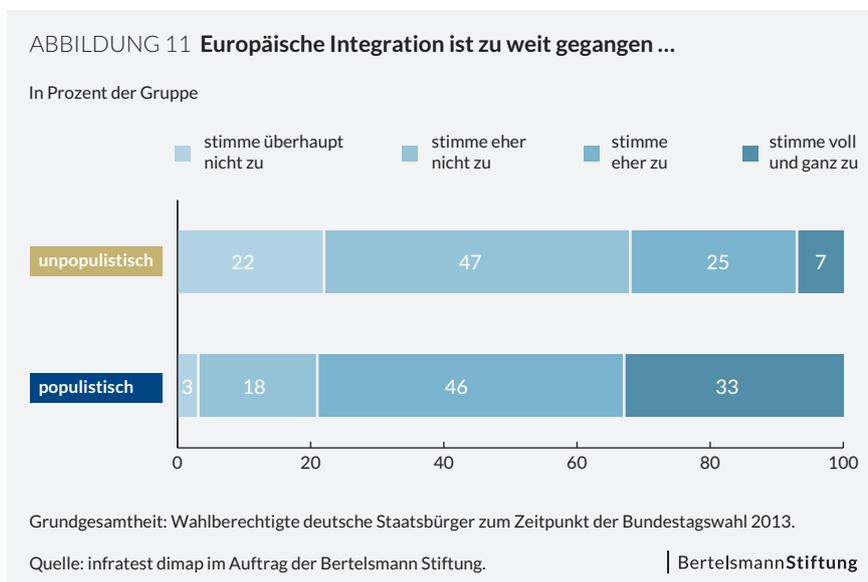
Um diese Frage für Deutschland zu klären, betrachten wir einerseits die Unterstützung für die Mitgliedschaft in der EU und andererseits die Meinung der Befragten zu einer weiteren Vertiefung des Integrationsprozesses. Beide Betrachtungsweisen zeigen klar, dass die Populisten in Deutschland der europäischen Integration



zwar deutlich skeptischer gegenüberstehen als die Nicht-Populisten. Dennoch ist die Europakritik der Populisten in Deutschland keine Grundsatzkritik an der EU als solcher. Auch die Populisten sehen mit großer Mehrheit die EU-Mitgliedschaft Deutschlands als eine gute Sache an.

Während bei den unpopulistisch eingestellten Wahlberechtigten fast neun von zehn (88 Prozent) die EU-Mitgliedschaft Deutschlands für „voll und ganz“ oder zumindest „eher“ eine gute Sache halten, sehen das auch bei den Populisten fast sieben von zehn (69 Prozent) so. Nur weniger als ein Drittel aller populistisch eingestellten Wahlberechtigten stimmen der Aussage, die EU-Mitgliedschaft Deutschlands sei eine gute Sache, „überhaupt nicht“ oder „eher nicht“ zu. Die Hauptunterschiede liegen erneut im Grad der Zustimmung: Von den Nicht-Populisten stimmen der Aussage 57 Prozent „voll und ganz“ und 31 Prozent nur „eher“ zu. Bei den Populisten stimmen nur 20 Prozent „voll und ganz“, dafür aber 49 Prozent nur „eher“ zu. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass auch die Populisten in Deutschland in ihrer großen Mehrheit die EU-Mitgliedschaft Deutschlands befürworten.

Ein anderes Bild zeigt sich allerdings bei der Frage nach der Tiefe des europäischen Integrationsprozesses. Hier sind die meisten Populisten in Deutschland der Meinung, die europäische Vereinigung sei zu weit gegangen, während die unpopulistisch eingestellten Wahlberechtigten das nicht so sehen.



Während nur ein knappes Drittel (32 Prozent) der nicht populistisch eingestellten Wahlberechtigten der Aussage, die europäische Einigung sei zu weit gegangen und in der Zukunft wünsche man sich eher „weniger“ als „mehr“ Europa, „voll und ganz“ oder „eher“ zustimmen, sieht das bei den Populisten gänzlich anders aus. Hier teilen fast acht von zehn (79 Prozent) diese Einschätzung. Die populistische Kritik an der europäischen Integration richtet sich in Deutschland also eindeutig gegen die Tiefe der Integration und (noch) nicht gegen die EU als solche. Auch die

Europakritik der Populisten zeigt sich in Deutschland, ähnlich wie ihre Demokratiekritik, derzeit noch eher moderat. Die Populisten fordern nicht den Austritt Deutschlands aus der EU, sondern kritisieren lediglich die Tiefe und Intensität der Integration, wünschen sich also häufiger etwas weniger Vergemeinschaftung in Europa, ohne deshalb die EU als solche in Frage zu stellen.

Wie sozial (un)erwünscht sind populistische Einstellungen?

Unsere bisherigen Ergebnisse zeigen: Populistische Einstellungen sind auch in Deutschland weit verbreitet. Nicht nur am rechten und linken Rand des politisch-ideologischen Spektrums, sondern auch und gerade in der politischen Mitte. Bei genauerer Betrachtung ist diese breite Zustimmung zum Populismus nicht verwunderlich: Populismus verbindet sich mit vielen „populären“ Forderungen und Thesen – mit der Stärkung der Volkssouveränität und des Einflusses der Bürger auf Politik, mit der Bekämpfung korrupter Eliten und mit der verheißungsvollen Idee, zu einem größeren Ganzen, dem „Volk“, zu gehören.

All dies wird gesellschaftlich keineswegs verachtet. Ganz im Gegenteil: Ist es sozial angemessen, wenn man zugibt, lieber von Berufspolitikern als von einfachen Bürgern vertreten zu werden oder gegen Volksabstimmungen zu sein? Kann man offen bekennen, dass man meint, Politiker sollten nicht dem Willen der Bürger folgen? Die Popularität des Populismus könnte dazu führen, dass Befragte in Umfragen populistischen Aussagen in dem Glauben zustimmen, dies sei „sozial erwünscht“ und lasse sie „gut aussehen“ (z. B. Krumpal 2013). Um vermuteten Erwartungen zu entsprechen, könnten Befragte ihren ausgedrückten („expressiven“) Populismus gegenüber ihren „wahren“ populistischen Überzeugungen übertreiben.

Die Umfrageforschung kennt solche Effekte sozialer Erwünschtheit z. B. aus Fragen zur Wahlbeteiligung (Bernstein 2001; Holbrook und Krosnick 2010; Silver et al. 1986) oder zu Einstellungen gegenüber Migranten (Janus 2010). „Nichtwahl“ und „Migrantenfeindlichkeit“ gelten vielen bei uns als sozial unerwünscht. Gerade gut Gebildete durchschauen diese Zusammenhänge und antworten in Umfragen strategisch, während Menschen mit geringerer Bildung ehrlicher ihre wahren Einstellungen und Verhaltensweisen offenbaren (Bernstein 2001; Janus 2010; Silver et al. 1986). Finden sich solche Effekte sozialer Erwünschtheit auch für populistische Einstellungen? Gibt es Gruppen, die sich eventuell in Umfragen populistischer oder weniger populistisch geben, weil sie dies für strategisch angemessen halten? Diesen Fragen sind wir in dieser Studie mit Listenexperimenten nachgegangen (Blair und Imai 2012; Corstange 2009; Glynn 2013). Ein Listenexperiment ermöglicht eine bessere Annäherung an die wahren Präferenzen und Einstellungen, weil die Befragten nicht offen ihre Zustimmung zu einer populistischen Aussage angeben wie in einer normalen Umfrage. Stattdessen präsentieren wir den Befragten neben der populistischen Aussage auch noch eine Reihe weiterer Aussagen und fragen sie nur, wie vielen Aussagen sie zustimmen.

Somit müssen die Befragten in einem Listenexperiment einer populistischen Aussage nicht offen zustimmen, sondern nur verdeckt als abstrakte und pauschalisierte Zustimmung zu einem ganzen Bündel von Aussagen, in dem sich neben der populistischen auch weitere Aussagen zu anderen Themen befinden. Trotzdem

können wir die Zustimmung zu der populistischen Aussage statistisch berechnen, da wir einer zweiten Gruppe von Befragten nur die Aussagen zu anderen Themen ohne die populistische Aussage zur Bewertung vorlegen und daher wissen, welcher Anteil der Zustimmung zu dem Aussagen-Bündel auf die Aussagen zu anderen Themen entfällt.

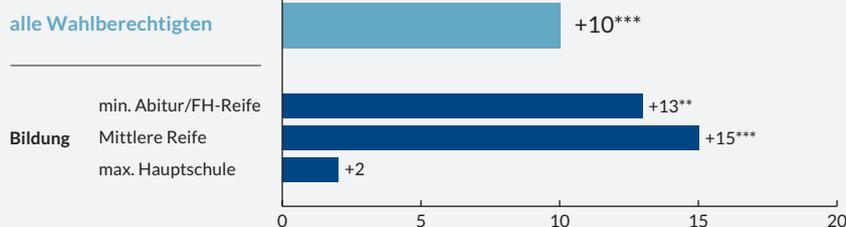
Die Form der indirekten, verdeckten Zustimmung ist deutlich besser geeignet, Effekte sozialer Erwünschtheit offenzulegen bzw. zu vermeiden.

Populismus wird in Umfragen übertrieben

Die Ergebnisse unserer Listenexperimente zeigen, dass populistische Einstellungen in Umfragen übertrieben werden (Neuner und Wrátil 2017). Dies trifft vor allem auf gut Gebildete zu. Ihr „wahrer“ Populismus ist signifikant geringer als ihr in Umfragen offen geäußelter „expressiver“ Populismus. Dieser Effekt nimmt allerdings mit dem Grad formaler Bildung ab. In der Gruppe der Menschen mit der formal geringsten Bildung verschwindet der Übertreibungseffekt so gut wie vollständig. In der Gruppe der Geringgebildeten entspricht also der „expressive“ dem „wahren“ Populismus, während dies bei formal höher Gebildeten nicht der Fall ist.

ABBILDUNG 12 **Populärer Populismus – soziale Erwünschtheit populistischer Einstellungen**

In Prozentpunkten



Anmerkung: Werte sind durchschnittliche Abweichung zwischen Zustimmung zu einem Item aus direkter Frage und Listen-Experiment (gemittelt über drei Items).

Methode: Werte für „wahren“ Populismus sind ermittelt durch lineare Regressionen der Zählungen aus Listen-Experiment mit Dummy-Variablen für „treatment list“; Statistische Signifikanz des Unterschieds basiert auf „difference-in-means“-Test; * $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.01$.

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2013.

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Zur Stärke der Übertreibung zeigt sich über alle Wahlberechtigten ein Übertreibungseffekt in Höhe von zehn Prozentpunkten. Etwa ein Zehntel der Wahlberechtigten stimmt in Umfragen einer populistischen Aussage zu, der sie verdeckt nicht zustimmen würden. Differenziert nach den drei Bildungsgruppen zeigt sich: Während in der Gruppe mit der geringsten formalen Bildung so gut wie kein Befragter (zwei Prozent, statistisch nicht signifikant) seinen „wahren“ Populismus in Umfragen übertreibt, tun dies in der mittleren Bildungsgruppe 15 Prozent und

in der Gruppe mit den höchsten Bildungsabschlüssen 13 Prozent aller Befragten. Aufgrund unterschiedlicher Befragungssystematiken und Fragebatterien können diese Ergebnisse zwar nicht eins zu eins auf unsere oben präsentierten Zahlen über die Verbreitung populistischer Einstellungen angerechnet oder übertragen werden. Klar und statistisch signifikant ist jedoch der Effekt und seine Richtung: Je höher der formale Bildungsstand, umso stärker fällt die Übertreibung des eigenen Populismus in Umfragen aus. Damit zeigt sich auch: Da Hochgebildete in Umfragen ihren Populismus tendenziell übertreiben, dürfte die soziale Spaltung des „wahren“ Populismus noch stärker sein als die des „expressiven“ Populismus, die wir am Anfang dieses Kapitels dokumentiert haben. Populistische Einstellungen sind definitiv unter Menschen mit hoher Bildung deutlich weniger zu finden als unter Menschen mit niedriger Bildung.

Schlägt nun die Stunde der Populisten?

Wie lassen sich diese Ergebnisse interpretieren? Populistische Einstellungen sind in Deutschland weit verbreitet und sie gelten eher als sozial erwünscht denn unerwünscht. Dies könnte oberflächlich als Hinweis auf eine hohe Wichtigkeit populistischer Einstellungen und Themen für die Wahlentscheidung der Deutschen interpretiert werden und Erinnerungen an die Präsidentschaftswahlen in den USA oder das Brexit-Referendum wecken. Aber ist dies eine zulässige Interpretation? Schlägt in Deutschland nun auch die „Stunde der Populisten“? Beeinflussen diese weit verbreiteten populistischen Einstellungen die Wahlentscheidungen im Wahljahr 2017?

Diesen Fragen gehen wir im zweiten Kapitel dieser Studie nach, das sich explizit mit der Wirkung verschiedener populistischer Positionen und Themen auf das Wahlverhalten der Deutschen vor der Bundestagswahl 2017 beschäftigt.

2. Populismus im Wahlkampf

Themen und Sachpositionen der populistischen und unpopulistischen Wählermobilisierung im Bundestagswahlkampf 2017

Im Durchschnitt aller Wahlberechtigten haben die Positionen „mehr Europa“, „mehr Umverteilung“ und „weniger Flüchtlinge“ derzeit das größte Potenzial, Wähler von politischen Kandidaten zu überzeugen. Bei den Schwerpunktthemen fallen die in Wahlkämpfen häufig populären Themen wie „Umweltschutz“ oder „Wirtschaftswachstum“ deutlich zurück. Auch die Globalisierung ist im Wahljahr in Deutschland kein mobilisierendes Thema für die Wähler. Ebenso sind typisch allgemein-populistische Prioritäten wie „Korruptionsbekämpfung“ und „mehr direkte Demokratie“ für die meisten Wähler nicht wahlentscheidend.

Der typisch populistische Ruf nach einer „Entmachtung der politischen Eliten“ wirkt sich in Deutschland sogar deutlich negativ auf die Chancen politischer Kandidaten bei den Wählern aus. Von einer „Stunde der Populisten“ ist das politische Klima vor der Bundestagswahl somit weit entfernt.

In der für alle Wähler auch im Wahljahr 2017 noch sehr wahlentscheidenden Flüchtlingspolitik gilt für die Volksparteien CDU/CSU und SPD ebenso wie für die Grünen, die Linke und die FDP: Ihre Wähler sind zwar gegen die Aufnahme „sehr vieler“ Flüchtlinge, aber die Forderung nach einer weiteren Beschränkung der derzeit moderaten Zuwanderung führt bei den eigenen Wählern nicht zu mehr Sympathien. Die Wähler beider Volksparteien reagieren auf die Aufnahme nur noch „einiger“ Flüchtlinge fast ebenso positiv wie auf die Forderung nach Abschiebungen. Eine Übernahme rechtspopulistischer Abschiebeforderungen würde also die eigene Wählerschaft der CDU/CSU ebenso wenig binden wie die der SPD.

Ganz anders dagegen die AfD-Wähler. Ihr Mobilisierungsprofil ist so einseitig fokussiert wie bei den Wählern keiner anderen Partei: „Sehr viele“ Flüchtlinge aus Deutschland abschieben, diese Position mobilisiert AfD-Wähler für politische Kandidaten im Wahljahr 2017.

Welche Themen bestimmen die Wahlentscheidung?

Populistische Einstellungen sind auch in Deutschland weit verbreitet. Aber sind sie auch wahlentscheidend? Bislang wurde auch in dieser Studie lediglich ermittelt, ob und wie stark populistische Einstellungen in der deutschen Wahlbevölkerung vorhanden sind, welches sozioökonomische und soziodemographische Profil sie haben und wie sie innerhalb der Gesamtheit aller Wahlberechtigten verteilt sind (Kapitel 1). Damit ist aber noch nichts darüber gesagt, ob und wie sehr solche Einstellungen auch die Wahlentscheidung bestimmen. Sich in Umfragen für oder gegen bestimmte politische Einstellungen und Positionen auszusprechen, heißt noch nicht, daran auch die eigene Wahlentscheidung zu orientieren.

Jemand kann beispielsweise für Umweltschutz sein, jedoch andere Themen für wichtiger halten. Seine konkrete Wahlentscheidung wird er dann nicht aufgrund seiner Position für den Umweltschutz treffen, sondern entlang der Themen und Positionen, die er für die wichtigsten und wahlentscheidenden hält. So wird er beispielsweise für eine Partei oder einen Kandidaten stimmen, der zwar gegen mehr Umweltschutz ist, jedoch für einen Austritt aus der EU, wenn er den EU-Austritt für wichtiger und für die eigene Wahl entscheidender hält als den Umweltschutz. Welches Schwerpunktthema oder welche Sachposition einer Partei oder eines Kandidaten macht also den Unterschied? Was bewegt die Wähler im Jahr der Bundestagswahl 2017 besonders stark? Woran werden sie voraussichtlich ihre Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl orientieren? Wie dominant ist dabei der Populismus und die Mobilisierung durch populistische Themen und mit welchen unpopulistischen Themen und Sachpositionen können die etablierten Parteien der populistischen Mobilisierung entgegentreten?

Zur Beantwortung dieser Fragen werden in Umfragen die Wähler oft direkt nach den für ihre Wahlentscheidung wichtigsten Themen und Präferenzen befragt. Aber wie verzerrt sind die Antworten auf solche direkten Fragen nach den wahren Gründen einer Wahlentscheidung? Wie sozial erwünscht fallen die Antworten aus, wenn Befragte die wahren Beweggründe ihrer persönlichen Wahlentscheidung in direkten Fragen offenbaren sollen? Und sind Befragte überhaupt in der Lage, ihre eigene Gewichtung verschiedener konkurrierender Themen korrekt wahrzunehmen?

Um mögliche Verzerrungen solcher direkten Befragungen zu minimieren und den wahren Motiven einer Wahlentscheidung möglichst nahe zu kommen, wurde für diese Studie eine „Conjoint-Analyse“ durchgeführt (Hainmueller et al. 2014, 2015). Im Kontext der Wahlforschung ermitteln „Conjoint-Analysen“ die wahlentscheidenden Motive von Wählern nicht durch die direkte Frage nach Wahlmotiven, sondern indirekt durch die Simulation einer Reihe von konkreten Wahlentscheidungen. Die Befragten benennen also nicht direkt die „wahren“ Gründe ihrer Wahlentscheidung, sondern entscheiden sich zunächst lediglich zwischen verschiedenen programmatischen Bündeln bzw. Paketen, in denen beispielsweise unterschiedliche Kombinationen politischer Positionen zu verschiedenen Themen zusammengefasst sind.

Konkret werden den Befragten oft mehrere Paare politischer Kandidaten mit verschiedenen Positionen oder Eigenschaften vorgestellt und die Befragten entscheiden, welchen der Kandidaten sie eher wählen würden (z. B. Carnes und Lupu 2016; Franchino und Zucchini 2015; Vivyan und Wagner 2016). Da die Zusammensetzung der Kombinationen verschiedener Positionen und Eigenschaften zufällig erfolgt, lassen sich mittels statistischer Verfahren im Anschluss die jeweils wahlentscheidenden Einzelpositionen identifizieren; es lässt sich also herausfinden, welche Position zu welchem Thema die Wahlentscheidung tatsächlich bestimmt hat.

Was bewegt die Wähler im Wahljahr 2017?

Um zu klären, was die Wähler im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 zu ihren Wahlentscheidungen bewegt, zeigten wir den Befragten je fünf Kandidatenpaare als mögliche Direktkandidaten in ihrem Wahlkreis und fragten jeweils: *„Wenn Sie sich bei der Bundestagswahl im September zwischen diesen beiden Kandidaten entscheiden müssten, wem würden Sie Ihre Stimme geben?“* Jeder Kandidat steht für jeweils eine Kombination von vier verschiedenen politischen Sachpositionen und zwei politischen Schwerpunktthemen.

Die Positionen ergeben sich als konkrete politische Aussagen zu den Sachthemen „Europa“, „Umverteilung“, „Flüchtlinge“ und „Globalisierung“. Ergänzt wurden diese vier Sachthemen durch zwei¹ weitere Aussagen zu sonstigen politischen Schwerpunkten (vgl. Abb. 13), die auch verschiedene „populistische“ Prioritäten abdecken, von der Förderung direkter Demokratie bis zur Elitenentmachtung (siehe etwa Rooduijn 2014a). Die Analyse umfasst damit zwar nicht alle denkbaren Themen und Politikfelder, aber eine zumindest aktuelle und gewichtige Auswahl daraus.

Wie sehr eine einzelne politische Aussage die Wahlentscheidung beeinflusst, ist ablesbar an den prozentualen Veränderungen in der Zustimmung zu einem Kandidaten im Vergleich zu einem Kandidaten, der eine bestimmte „Basisposition“ bzw. einen „Basisschwerpunkt“ vertritt. Beim Thema „Europa“ beispielsweise wurde als „Basis“ ein Kandidat definiert, der sich für den Austritt Deutschlands aus der EU ausspricht. Unsere Ergebnisse zeigen dann, um wie viele Prozentpunkte ein Kandidat im Durchschnitt sein Ergebnis verbessern könnte, wenn er anstatt für den Austritt Deutschlands aus der EU lediglich für eine schwächere Zusammenarbeit in der EU einträte, oder gar für eine stärkere Zusammenarbeit in der EU bzw. für den Ausbau der EU zu einem gemeinsamen Staat.

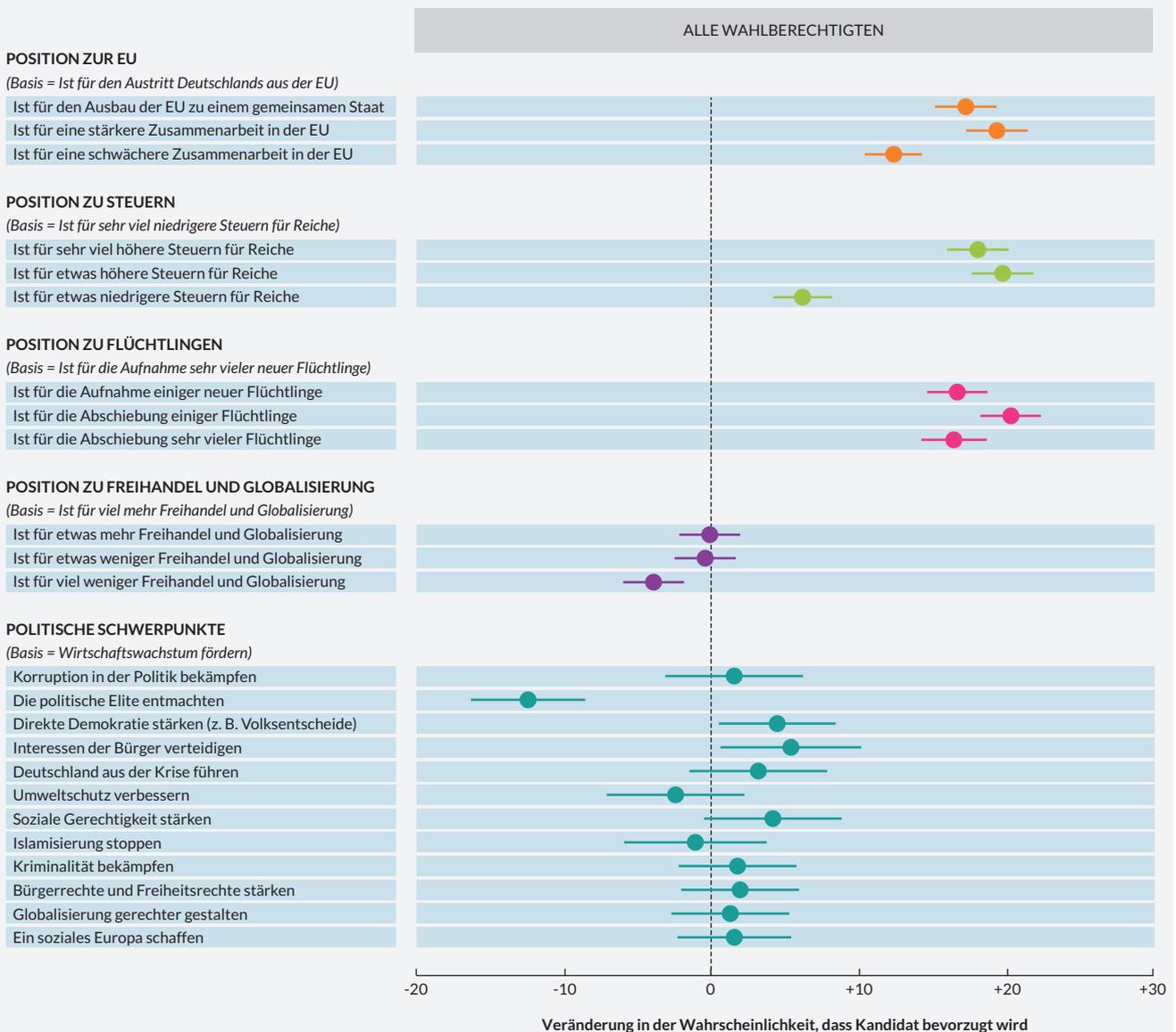
Bei der Interpretation der Prozentpunkte muss aber bedacht werden, dass hier immer nur zwei Kandidaten zur Auswahl stehen. Die Werte beziehen sich also nicht auf einen Wettbewerb mehrerer Kandidaten, wie er für die meisten deutschen Wahlkreise typisch ist, sondern nur auf den Vergleich zu einem „Basiskandidaten“ der „Basisposition“ zum betrachteten Thema und ansonsten zufälligen Merkmalen. Auch geben wir den Befragten keinen Hinweis zur Parteizugehörigkeit des Kandidaten und kennen daher ihren Einfluss auf die Wahl nicht.

¹ In diesem Kapitel weisen wir jedoch nur die Ergebnisse für den ersten der beiden Schwerpunkte aus.

Grafisch lassen sich die positiven oder negativen Effekte einzelner politischer Positionen auf die Wahlentscheidung jeweils anhand der Abweichung der Punkte von der gestrichelten Null-Linie ablesen. Je weiter sich der Wert einer bestimmten politischen Position von der Null-Linie der jeweiligen Basisposition entfernt, umso stärker verändert sich der Stimmenanteil durch diese politische Position. In Abbildung 13 zeigt sich z. B., dass ein Kandidat seine Wahrscheinlichkeit,

ABBILDUNG 13 Einfluss von Sachpositionen und Schwerpunkten auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten

In Prozentpunkten



Methode: „Average marginal component effects“ (Hainmueller et al. 2014) mit Konfidenzintervallen (95%) basierend auf Standardfehlern geclustert nach Befragtem; Änderungen in der Wahrscheinlichkeit beziehen sich auf Vergleich zur Basis-Kategorie.

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2013.

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

gegenüber dem Basiskandidaten vorgezogen zu werden, bei allen Wahlberechtigten um 19 Prozentpunkte steigern kann, wenn er anstatt für einen Austritt aus der EU für eine stärkere Zusammenarbeit in der EU plädiert. Würde er anstatt für eine stärkere lediglich für eine schwächere Zusammenarbeit in der EU plädieren, würde dies sein Ergebnis gegenüber einem Kandidaten, der für einen Austritt aus der EU plädiert, um lediglich gut zwölf Prozentpunkte erhöhen.

Zur besseren Interpretierbarkeit der Analyseergebnisse zeigen die Abbildungen zusätzlich zu den Punktwerten der einzelnen politischen Positionen auch sogenannte „Konfidenzintervalle“ als horizontale Linien. Jede Messung aus Umfragen ist mit Unsicherheiten und Fehlern verbunden und Konfidenzintervalle weisen diese aus. Würden wir die Umfrage sehr oft durchführen und immer wieder Konfidenzintervalle berechnen, würden 95 Prozent der Konfidenzintervalle den tatsächlichen Effekt einer Position beinhalten. Breite Konfidenzintervalle zeigen deshalb, dass wir über die Größe des Effekts eher unsicher sind, schmale zeigen eine genaue Messung an.

Wenn die Konfidenzintervalle die Null-Linie nicht schneiden, kann mit hoher Sicherheit angenommen werden, dass wirklich ein positiver oder negativer Effekt im Vergleich zur Basisposition existiert. Schneiden die Konfidenzintervalle hingegen die Null-Linie, besteht noch eine relativ hohe Wahrscheinlichkeit, dass die Effekte zufällig entstanden sein können. Ähnliches gilt auch für den Vergleich einzelner Positionen untereinander: Je mehr sich die Linien der Konfidenzintervalle überlappen, desto eher können die Unterschiede zufällig sein.

Der nur geringe Unterschied zwischen der Position einer stärkeren Zusammenarbeit und dem Ausbau der EU zu einem gemeinsamen Staat könnte also noch sehr viel eher zufällig zustande gekommen sein als der Unterschied zwischen diesen beiden Positionen und der Position einer nur schwächeren Zusammenarbeit in der EU, wo keinerlei Überlappung der Konfidenzintervalle besteht. Im Wettbewerb mit einem Kandidaten, der für den Austritt aus der EU plädiert, würde also die defensivere Position einer nur schwächeren Zusammenarbeit in der EU zu deutlich geringeren Stimmengewinnen führen, als die offensiveren Positionen für eine stärkere Zusammenarbeit in der EU oder gar den Ausbau der EU zu einem gemeinsamen Staat.

Welche Themen und Positionen bewegen demnach die Wähler im Wahljahr 2017? Durch welche Positionen könnten die Kandidaten der Parteien besonders mobilisieren? Welche Rolle spielen dabei populistische Einstellungen und Themen und was könnten die etablierten Parteien der populistischen Mobilisierung entgegenstellen?

Mobilisierungsthemen „Europa“, „Umverteilung“ und „Flüchtlinge“

Für alle Wahlberechtigten zeigen die Ergebnisse unserer Analyse zunächst, dass Positionen zu den Themen „Europa“, „Umverteilung“ und „Flüchtlinge“ derzeit den stärksten Einfluss auf ihre Wahlentscheidungen haben. Andere in Wahlkämpfen häufig populäre Themen wie „Umweltschutz“ oder „Wirtschaftswachstum“ fallen dagegen deutlich zurück. Ebenso sind typisch allgemein-populistische

Prioritäten wie „Korruptionsbekämpfung“ und „mehr direkte Demokratie“ für die meisten Wähler nicht wahlentscheidend. Der typisch populistische Ruf nach einer „Entmachtung der politischen Eliten“ wirkt sich in Deutschland sogar deutlich negativ auf die Wahlentscheidungen der Wähler aus. Der auffälligste Befund unserer Ergebnisse für alle Wahlberechtigten bleibt jedoch die stark wahlentscheidende Mobilisierungskraft der Positionen zu den drei Sachthemen „Europa“, „Umverteilung“ und „Flüchtlinge“.

„Mehr Europa“ als Antwort auf populistische EU-Kritik

Für die Europapolitik zeigt sich zunächst sehr deutlich, dass mit der Forderung nach einem Austritt Deutschlands aus der EU in Deutschland keine Wahlen zu gewinnen sind. Kandidaten, die für den Austritt aus der EU plädieren, verlieren gegenüber Kandidaten mit europafreundlicheren Positionen deutlich an Zustimmung. Im Schnitt aller Wahlberechtigten gilt: Je stärker ein Kandidat für die europäische Zusammenarbeit in der EU plädiert, umso höher sind seine Zustimmungswerte. Die stärkste Zustimmung lässt sich bei den Deutschen mit der Position einer noch stärkeren Zusammenarbeit in der EU gewinnen. Ein Kandidat kann seine Zustimmungswerte dadurch um etwa 19 Prozentpunkte erhöhen.

Im Durchschnitt aller Wahlberechtigten ist „mehr Europa“ also deutlich populärer als „weniger Europa“. Für die Bekämpfung populistischer Europakritik im Wahlkampf 2017 ergibt sich daraus für die etablierten Parteien ein einfaches Rezept: Eine offene und offensive pro-europäische Positionierung ist beim Durchschnitt aller Wahlberechtigten eine deutlich erfolgreichere Strategie als die Anpassung an anti-europäischen Populismus. „Mehr Europa“ erhöht im Wahljahr 2017 in Deutschland die eigenen Zustimmungswerte im Schnitt aller Wahlberechtigten und erweist sich somit als eine geeignete Position zur Wählermobilisierung.

„Umverteilung“ als wichtiges Mobilisierungsthema

Eine ähnlich wahlentscheidende Mobilisierungskraft wie „mehr Europa“ hat für den Durchschnitt aller Wahlberechtigten in Deutschland der Wunsch nach mehr Umverteilung. Die geringsten Zustimmungswerte erhalten Kandidaten mit der Forderung nach deutlich geringeren Steuern für Reiche. Mit einer Umverteilung von unten nach oben sind in Deutschland also auch im Wahljahr 2017 im Saldo keine Wähler zu gewinnen. Die höchsten Zustimmungswerte erhalten Kandidaten, die sich für etwas höhere Steuern für Reiche einsetzen. Ihre Zustimmungswerte erhöhen sich um etwa 20 Prozentpunkte. Die Mobilisierungskraft von „mehr Umverteilung“ fällt damit ähnlich stark und deutlich aus wie die von „mehr Europa“.

Gleichzeitig zeigt sich jedoch auch, dass ein immer stärkeres Drehen an der Umverteilungsschraube nicht zwangsläufig die Zustimmungswerte auch immer weiter erhöht. Jedenfalls lassen sich im Durchschnitt aller Wahlberechtigten im Wahljahr 2017 die Zustimmungswerte durch die Forderung nach sehr viel höheren Steuern für Reiche gegenüber der moderateren Umverteilungspräferenz durch etwas höhere Steuern für Reiche nicht weiter erhöhen. Das weist darauf hin, dass

es bei den deutschen Wählern zwar eine klare Präferenz zugunsten von „mehr Umverteilung“ von oben nach unten gibt. Eine radikale Umverteilungsforderung führt allerdings im Durchschnitt aller Wahlberechtigten nicht zu höheren Zustimmungswerten. Dies sollte aber nicht von der Tatsache ablenken, dass Positionen zu Umverteilung für viele ein ihre Wahl beeinflussendes Thema sind.

Beide Positionen, „mehr Europa“ und „mehr Umverteilung“ erweisen sich somit als ähnlich wahlbeeinflussend. Der starke Einfluss beider Themen bestätigt sich auch im direkten Vergleich mit dem häufig als dominant wahrgenommenen Thema „Flüchtlingspolitik“.

„Kontrolle der Flüchtlingsströme“ als Rezept gegen Rechtspopulisten

Zwar zeigt sich auch bei der Flüchtlingspolitik die hohe und häufig wahlentscheidende Relevanz des Themas für viele Wahlberechtigte. Dennoch ist das Thema im Schnitt aller Wahlberechtigten nicht relevanter als die Europapolitik und die Umverteilungsdebatte. Die Wirkung auf die Wahlentscheidung zwischen unterschiedlichen Kandidaten ist für alle drei Themen vom Niveau her ähnlich stark. Von einer allein dominierenden Stellung der Flüchtlingspolitik für die Wahlentscheidung kann also im Durchschnitt aller Wahlberechtigten keine Rede sein. Die Flüchtlingspolitik bewegt die Wähler in Deutschland und bleibt eines von mehreren wahlbeeinflussenden Themen. Die Europapolitik und Umverteilungsfragen sind aber für die meisten Wähler ähnlich präsent und wichtig.

In der Flüchtlingspolitik zeigt sich zunächst in vergleichbarer Effektstärke wie für die Positionen „mehr Europa“ und „mehr Umverteilung“ eine klare Präferenz für Kandidaten, die sich gegen die weitere Aufnahme „sehr vieler neuer Flüchtlinge“ aussprechen. Bei den meisten Wahlberechtigten können Kandidaten mit der Position einer Kontrolle und Begrenzung der Aufnahme neuer Flüchtlinge jedenfalls punkten. Kandidaten, die sich für die Aufnahme „nur einiger“ anstatt „vieler“ neuer Flüchtlinge aussprechen, können ihre Wahrscheinlichkeit, ausgewählt zu werden, um etwa 17 Prozentpunkte verbessern.

Damit zeigt sich eine ähnliche Effektstärke wie bei der Europapolitik und Umverteilung: Im Durchschnitt aller Wahlberechtigten bevorzugen die deutschen Wähler eine stärkere Kontrolle und Begrenzung der Aufnahme neu zu uns kommender Flüchtlinge. Daraus lässt sich allerdings keine grundsätzlich ablehnende oder gar flüchtlings- und asylfeindliche Haltung der deutschen Wähler ablesen. Im Gegenteil: Eine noch stärkere Positionierung durch den Ruf nach Abschiebung „einiger“ oder gar „sehr vieler“ Flüchtlinge erhöht die Zustimmung gegenüber der deutlich moderateren Position minimal bzw. überhaupt nicht weiter. Die wahlbeeinflussende Wirkung der Flüchtlingspolitik ist bei den meisten Wählern bereits mit der politischen Forderung erreicht, anstatt „sehr vieler“ nur „einige“ neue Flüchtlinge aufzunehmen.

Damit erweist sich eine populistische Wahlkampfstrategie, die einseitig auf Resentiments gegen Flüchtlinge setzt, im Durchschnitt aller Wahlberechtigten als nicht erfolgversprechend. Ein rechtspopulistisch agitierender Flüchtlingswahlkampf mag in Nischen der Wählerschaft wahlentscheidend wirken. Für die meis-

ten Wahlberechtigten geht es in der Flüchtlingspolitik jedoch vor allem um mehr Kontrolle. Für die Auseinandersetzung der etablierten Parteien mit radikal rechts-populistischen Forderungen, bspw. nach Abschiebung sehr vieler Flüchtlinge, bedeutet das: Nicht der Überbietungswettbewerb, sondern schon eine moderate und glaubwürdige Versicherung gegen die unkontrollierte Aufnahme von immer mehr Flüchtlingen ist ausreichend, um den Erwartungen der meisten Wähler in der Flüchtlingspolitik zu entsprechen.

Globalisierungskritik kein wahlentscheidendes Thema

Im Vergleich zu den drei Themen „Europa“, „Umverteilung“ und „Flüchtlinge“ zeigen sich die Themen Freihandel und Globalisierung als eher weniger wahlentscheidend. Ob ein Kandidat für „sehr viel mehr“ Freihandel und Globalisierung plädiert oder für „etwas weniger“, macht für seine Zustimmungswerte keinen Unterschied. Das weist darauf hin, dass die Fragen von Freihandel und Globalisierung derzeit für die Wahlentscheidung der Deutschen keine sehr wichtige Rolle spielen. Lediglich ein Kandidat, der sich explizit für „viel weniger“ Freihandel und Globalisierung einsetzt, müsste mit leichten Verlusten bei seinen Zustimmungswerten rechnen. Die Position „viel weniger“ Freihandel und Globalisierung verschlechtert das Ergebnis eines Kandidaten gegenüber einem freihandels- und globalisierungsfreundlicheren Kandidaten um etwa vier Prozentpunkte.

Zusammenfassend heißt das für das Wahlkampfthema Freihandel und Globalisierung, dass es zum einen für die Wahlentscheidung der Deutschen eine derzeit nur untergeordnete Rolle spielt. Europapolitik und die Flüchtlingsfrage sind sehr viel wahlentscheidender. Dennoch verschlechtert sich das Wahlergebnis von Kandidaten, die sich explizit für sehr viel weniger Freihandel und Globalisierung aussprechen. Ein Anti-Globalisierungswahlkampf scheint jedenfalls in Deutschland ebenso wenig erfolgversprechend, wie eine Anti-EU- oder Anti-Flüchtlingskampagne. Wie in der Europa-, Umverteilungs- und Flüchtlingspolitik bleiben radikal-populistische Zuspitzungen eher Nischenstrategien für die Ansprache bestimmter Wählergruppen. Die Gesamtheit aller Wahlberechtigten lässt sich davon kaum beeinflussen.

Deutliche Ablehnung radikal-populistischer Prioritäten

Die Abneigung gegen radikal-populistische Zuspitzungen zeigt sich nicht nur bei den Sachpositionen zu „Europa“, „Umverteilung“, „Flüchtlingen“ und „Globalisierung“. Auch für typisch populistische politische Schwerpunkte zeigen die Ergebnisse unserer Analyse, dass die Wählerschaft in Deutschland radikalen Populismus sehr deutlich ablehnt. Zwar zahlen sich moderat allgemein-populistische Positionen für Kandidaten aus und erhöhen ihre Zustimmungswerte. Wer sich bspw. für mehr direkte Demokratie in Deutschland einsetzt oder den Wählern das Gefühl vermitteln kann, die Interessen der Bürger wirksam zu verteidigen, kann seine Zustimmungswerte dadurch um einige Prozentpunkte erhöhen. Dennoch bleibt die Größe dieser Effekte eher moderat und ihre Richtung verkehrt sich ins Gegenteil, wenn die populistischen Schwerpunkte weiter zugespitzt und übertrieben werden.

Das wird deutlich bei der typisch radikal-populistischen Forderung nach einer Entmachtung der politischen Eliten. Eine solche Zuspitzung populistischer Elitenkritik kommt jedenfalls bei den deutschen Wählern nicht gut an. Sie würde die Zustimmung zu einem Kandidaten um etwa zwölf Prozentpunkte verringern. Radikal-populistische Elitenkritik würde also in Deutschland das Wahlergebnis eines Kandidaten eher verschlechtern.

Von einer populistischen Revolution sind die politischen Zustände im Wahljahr 2017 also weit entfernt. Im Gegenteil: Während in anderen Ländern Kandidaten, nicht unbedingt wegen, aber doch mit der Forderung, die etablierten politischen Eliten zu entmachten, Wahlergebnisse in Höhe von 20 bis 30 Prozent (Frankreich) oder sogar annähernd Mehrheiten (USA) erzielen (z. B. Oliver und Rahn 2016), ist dies in Deutschland bei der anstehenden Bundestagswahl 2017 eher ein Rezept für Misserfolg. In Deutschland wollen die Wähler die politischen Eliten nicht entmachten, trotz aller Kritik an den etablierten Parteien und Politikern.

Flüchtlingspolitik und Umverteilung als populistische Mobilisierungsthemen

Vergleicht man nun die Wahlberechtigten mit populistischen Einstellungen mit den nicht-populistisch eingestellten zeigen sich einige deutliche Unterschiede, vor allem in der Europapolitik und in der Flüchtlingsfrage (Abbildung 14).

Europapolitisch folgen die Präferenzen der unpopulistisch eingestellten Wahlberechtigten dem Muster aller Wahlberechtigten: Je stärker ein Kandidat für die europäische Zusammenarbeit in der EU plädiert, umso höher sind seine Zustimmungswerte. Die Effektstärke ist sogar noch deutlicher als bei allen Wahlberechtigten. Bei unpopulistischen Wählern kann ein Kandidat, der anstatt für den Austritt aus der EU für eine stärkere Zusammenarbeit innerhalb der EU plädiert, seine Zustimmungswerte sogar um fast 32 Prozentpunkte erhöhen, gegenüber 19 Prozentpunkten bei allen Wahlberechtigten.

Für die populistisch eingestellten Wähler zeigt sich dagegen zunächst, dass mit europapolitischen Positionen im Wahljahr 2017 im Durchschnitt dieser Gruppe kaum Wähler zu verlieren oder zu gewinnen sind. Jedenfalls variieren ihre durchschnittlichen Zustimmungswerte für Kandidaten mit sehr unterschiedlichen europapolitischen Positionen nur vergleichsweise wenig. Ob ein Kandidat den Austritt aus der EU fordert oder die EU zu einem gemeinsamen Staat ausbauen will, macht für den Durchschnitt aller populistisch eingestellten Wähler keinen Unterschied. Lediglich die Positionierung eines Kandidaten für eine etwas schwächere Zusammenarbeit in der EU kann seine Zustimmungswerte bei populistisch eingestellten Wählern gegenüber einem Austrittsbefürworter leicht erhöhen. Ein Wahlkampfschlager für Populisten wird daraus aber nicht.

Ganz anders in der Flüchtlingspolitik: Hier unterscheiden sich populistisch eingestellte Menschen gleich zweifach von unpopulistischen Wählern. Zum einen ist das Niveau ihrer Ablehnung der Aufnahme von „sehr vielen“ neuen Flüchtlingen deutlich höher. Ein Kandidat kann mit restriktiveren Positionen bei populistischen Wählern seine Zustimmungswerte je nach Position um 21 bis 29 Prozentpunkte steigern, gegenüber nur sechs bis 13 Prozentpunkten bei den unpopulistischen Wählern.

ABBILDUNG 14 Einfluss von Sachpositionen und Schwerpunkten auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei unpopulistischen und populistischen Wahlberechtigten

In Prozentpunkten



Methode: „Average marginal component effects“ (Hainmueller et al. 2014) mit Konfidenzintervallen (95%) basierend auf Standardfehlern geclustert nach Befragtem; Änderungen in der Wahrscheinlichkeit beziehen sich auf Vergleich zur Basis-Kategorie.

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2013.

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

Noch deutlicher ist allerdings der Unterschied für die spezifische Forderung nach einer Abschiebung von „sehr vielen“ Flüchtlingen. Während ein Kandidat durch eine solche Forderung seine Zustimmungswerte bei Populisten um die maximalen 29 Prozentpunkte verbessern kann, führt das bei unpopulistischen Wählern zu den geringsten Zustimmungszuwächsen von gerade einmal sechs Prozentpunk-

ten. Im Unterschied zu allen Wahlberechtigten und vor allem zu unpopulistischen Wählern führt eine Radikalisierung der Forderung nach Abschiebung von Flüchtlingen bei populistischen Wählern somit zu leichten Zustimmungsgewinnen.

Dennoch bleibt festzuhalten, dass der Hauptzugewinn an Zustimmung bei Populisten zwischen der Aufnahme „sehr vieler“ und nur „einiger“ neuer Flüchtlinge liegt. Mehr als zwei Drittel des maximalen Zugewinns an Zustimmung von 29 Prozentpunkten für die Abschiebung „sehr vieler“ Flüchtlinge können Kandidaten schon erzielen, indem sie nur „einige“ neue Flüchtlinge aufnehmen wollen (21 Prozentpunkte) anstatt „sehr viele“. Auch den Populisten geht es in der Flüchtlingspolitik somit vor allem um den Aspekt des staatlich kontrollierten Zuzuges von Flüchtlingen. Die Radikalisierung dieser Position durch die Forderung nach „sehr vielen“ Abschiebungen bringt dagegen nur geringfügige weitere Zuwächse.

Moderate Populisten: Auch populistische Wähler wollen die politischen Eliten nicht entmachten

Auffällig ist darüber hinaus, dass sich die Muster der politischen Präferenzen zur Umverteilung und zur Globalisierung zwischen populistischen und unpopulistischen Wählern kaum unterscheiden. Lediglich bei der Umverteilung ist das Niveau der Zustimmungszuwächse durch „mehr Umverteilung“ bei Populisten minimal höher als bei unpopulistischen Wählern. Wer populistische Wähler mobilisieren möchte, kann sich also durch die Forderung nach mehr Umverteilung leichte Vorteile bei ihnen verschaffen, ohne dadurch befürchten zu müssen, unpopulistische Wähler zu verlieren.

Ebenso fällt auf, dass auch für populistische Wähler die meisten der typisch allgemein-populistischen Prioritäten eher nachrangig sind und nur geringfügig mobilisieren. Zwar erhöht die Bekämpfung der Korruption und mehr direkte Demokratie die Zustimmungswerte von Kandidaten bei den populistischen Wählern leicht, während sich unpopulistische Wähler an diesen Themen eher desinteressiert zeigen. Dennoch wollen in Deutschland noch nicht einmal die Populisten die politischen Eliten entmachten. Eine solche Forderung würde auch bei populistischen Wählern die Zustimmungswerte sogar senken, wenn auch nicht ganz so stark wie bei unpopulistischen Wählern. Die pauschale Entmachtung politischer Eliten eignet sich in Deutschland also noch nicht einmal im Segment der populistischen Wähler zur Mobilisierung. Im Gegenteil: Sogar die rund 30 Prozent Populisten unter den Wahlberechtigten nach unserer Definition werden von einer solchen Forderung im Mittel eher abgeschreckt.

Die Wähler der CDU/CSU: Pro-europäisch und unpopulistisch

Die Wähler der CDU/CSU sind im Parteienvergleich am stärksten mit pro-europäischen Positionen von politischen Kandidaten zu überzeugen. Auch die Wähler von SPD, Grünen und FDP präferieren in ihren Wahlentscheidungen zwar pro-europäische Positionen, aber keine andere Wählerschaft einer deutschen Partei reagiert derart deutlich auf die Forderung einer stärkeren Zusammenarbeit in der EU bis hin zum Ausbau der EU zu einem gemeinsamen Staat.

ABBILDUNG 15 Einfluss von Sachpositionen und Schwerpunkten auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei populistisch eingestellten Wahlberechtigten und Wählern der CDU/CSU

In Prozentpunkten



Methode: „Average marginal component effects“ (Hainmueller et al. 2014) mit Konfidenzintervallen (95%) basierend auf Standardfehlern geclustert nach Befragtem; Änderungen in der Wahrscheinlichkeit beziehen sich auf Vergleich zur Basis-Kategorie.

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2013.

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

Das Thema einer Vertiefung der europäischen Integration hat also für die CDU/CSU im Bundestagswahlkampf einen stark mobilisierenden Effekt in den eigenen Reihen. Auch mit Blick auf die Konkurrenz zu SPD, Grünen und FDP birgt eine glaubwürdige und klare pro-europäische Positionierung Potenziale, weil die Wähler dieser Parteien in ihrer Wahlentscheidung ebenfalls großen Wert auf pro-europäische Positionen legen.

Selbst die große Gruppe der populistisch eingestellten Wähler (29,2 Prozent aller Wahlberechtigten) ließe sich von einer pro-europäischen Positionierung der CDU/CSU zumindest nicht abschrecken. Dennoch ist die Übereinstimmung der Wählerschaft der CDU/CSU mit den unpopulistischen Wählern deutlich ausgeprägter. Keine andere Wählerschaft einer deutschen Partei mit Ausnahme der Grünen gleicht so sehr dem Profil der unpopulistisch eingestellten Wähler wie die der CDU/CSU. Die Wähler der CDU/CSU sind somit in ihrer Mehrheit unpopulistische Pro-Europäer.

Darüber hinaus wünschen sich zwar auch die Wähler der CDU/CSU mehr Umverteilung. Das Muster steigender Zustimmungswerte durch mehr Umverteilung entspricht dem der SPD, allerdings auf leicht geringerem Niveau. Die Zustimmungswerte eines Kandidaten, der für höhere Steuern bei Reichen eintritt, steigen bei Wählern der CDU/CSU zwar ebenso an wie bei den Wählern aller anderen Parteien. Die Effektstärke ist bei den Wählern der CDU/CSU aber etwas geringer als bei Wählern der SPD und der Grünen, deutlich geringer als bei den Wählern der Linken, jedoch stärker als bei der FDP. Beim Thema Umverteilung nehmen die Wähler der CDU/CSU somit eine Mittelposition im Parteienspektrum ein.

Auch in der Flüchtlingspolitik gilt für die CDU/CSU-Wähler ein sehr ähnliches Muster wie für die Wähler der SPD. Die Wähler beider Volksparteien sind gegen die weitere Aufnahme „sehr vieler“ Flüchtlinge, ihre Zustimmungswerte lassen sich allerdings durch eine weitere Zuspitzung im Umgang mit den Flüchtlingen nicht verbessern. Die Wähler beider Volksparteien reagieren auf eine reduzierte Aufnahme nur noch „einiger“ Flüchtlinge fast ebenso positiv wie auf die Forderung nach Abschiebungen. Eine Übernahme rechtspopulistischer Abschiebeforderungen würde also die Zustimmungswerte bei den Wählern der CDU/CSU nicht verbessern. Lediglich populistisch eingestellte Wähler könnten dadurch eventuell positiv zugunsten der CDU/CSU beeinflusst werden.

Jedoch ist zu bedenken, dass die jetzige Position der CDU/CSU bereits eine Begrenzung der Flüchtlingszuwanderung vorsieht, also etwa als eine Position zwischen „einige“ Flüchtlinge aufnehmen und „einige“ abschieben zu charakterisieren ist. Nach unserer Analyse sind dies in der Tat die beliebtesten Positionen bei der Wählerschaft der CDU/CSU. Den Rechtspopulisten der AfD in der Flüchtlingsfrage Konkurrenz zu machen, könnte die CDU/CSU deshalb auch Zustimmung bei der eigenen Kernwählerschaft kosten.

Die Wähler der SPD: Pro-europäisch für soziale Gerechtigkeit

Die beiden großen Volksparteien SPD und CDU/CSU zeigen viel Übereinstimmung in den Zustimmungsmustern ihrer Wählerschaften. Beide sind vor allem pro-europäisch und für mehr Umverteilung, unterscheiden sich aber in der jeweiligen Effektstärke der Themen. Während die Wähler der CDU/CSU am stärksten auf pro-europäische Positionen ansprechen, werden die Wähler der SPD vor allem von den Themen Umverteilung und soziale Gerechtigkeit bewegt. Die Zustimmungswerte eines Kandidaten, der sich für „etwas“ oder „sehr viel“ höhere Steuern für Reiche einsetzt, steigen bei Wählern der SPD um bis zu 22 Prozentpunkte im Vergleich zu einem Kandidaten, der „sehr viel niedrigere“ Steuern fordert.

ABBILDUNG 16 Einfluss von Sachpositionen und Schwerpunkten auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei populistisch eingestellten Wahlberechtigten und Wählern der SPD

In Prozentpunkten



Methode: „Average marginal component effects“ (Hainmueller et al. 2014) mit Konfidenzintervallen (95%) basierend auf Standardfehlern geclustert nach Befragtem; Änderungen in der Wahrscheinlichkeit beziehen sich auf Vergleich zur Basis-Kategorie.

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2013.

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

Damit liegt die mobilisierende Wirkung der Umverteilungsthemen bei SPD-Wählern auf demselben Niveau wie die der pro-europäischen Positionen. Bei den Unionswählern waren beide Themen ebenso deutlich positiv besetzt, die Umverteilung im Vergleich zur Vertiefung der europäischen Integration jedoch mit geringerer Effektstärke. In dieses Bild passt auch die etwas stärkere Gewichtung sozialer Gerechtigkeit als politischer Schwerpunkt durch die SPD-Wähler.

Auch in der Flüchtlingsfrage und bei den Positionen zu Freihandel und Globalisierung sind die Zustimmungsmuster der Wähler beider Gruppierungen sehr ähnlich. Die SPD-Wähler honorieren keine weiteren Zuspitzungen in der Flüchtlingspolitik. Der Wunsch, in der Zukunft nur noch „einige“ anstatt „sehr viele“ neue Flüchtlinge aufzunehmen, erhöht die Zustimmungswerte bei ihren Wählern fast ebenso stark (um 16 Prozentpunkte) wie die Forderung nach einigen oder sehr vielen Abschiebungen (um 19 und 13 Prozentpunkte).

Interessant bei den Positionen zu Freihandel und Globalisierung ist, dass auch bei SPD-Wählern die Forderung nach „viel weniger“ Freihandel und Globalisierung die Zustimmungswerte eines Kandidaten sogar leicht negativ beeinflusst. Das Thema Freihandel und Globalisierung spielt auch bei den SPD-Wählern nur eine vergleichsweise untergeordnete Rolle. Protektionistische Positionen lehnt das Wählerklientel der SPD jedoch eher ab.

Auffallend ist auch bei den SPD-Wählern, dass die drei Sachthemen „Europa“, „Umverteilung“ und „Flüchtlinge“ ihre Wahlentscheidungen am stärksten beeinflussen. Die Themen Globalisierung, Wirtschaftswachstum, Umweltschutz und die Förderung der direkten Demokratie fallen dagegen deutlich ab. Die Ähnlichkeit der Zustimmungsmuster verdeutlicht die Herausforderung der SPD, sich mit einem für die Wähler deutlich unterscheidbaren Themenprofil von der Union abzusetzen.

Darüber hinaus steht die SPD vor der Herausforderung, die beiden Kernthemen für die eigene Wählerschaft – „Europa“ und „mehr soziale Gerechtigkeit durch mehr Umverteilung“ – miteinander zu verbinden. Welche möglichen Konzepte die SPD-Wähler im Hinblick auf diese Frage unterstützen oder ablehnen, konnten wir mit unserer Analyse zwar nicht untersuchen. Es zeigt sich jedoch klar, dass der politische Schwerpunkt, ein „soziales Europa“ zu schaffen, bei den SPD-Wählern wie auch bei den Wählern anderer Parteien nicht sonderlich verhängt; zumindest erhöht er nicht zusätzlich die Zustimmung zu Kandidaten über die Effekte der Positionen zu Umverteilung und europäischer Integration hinaus.

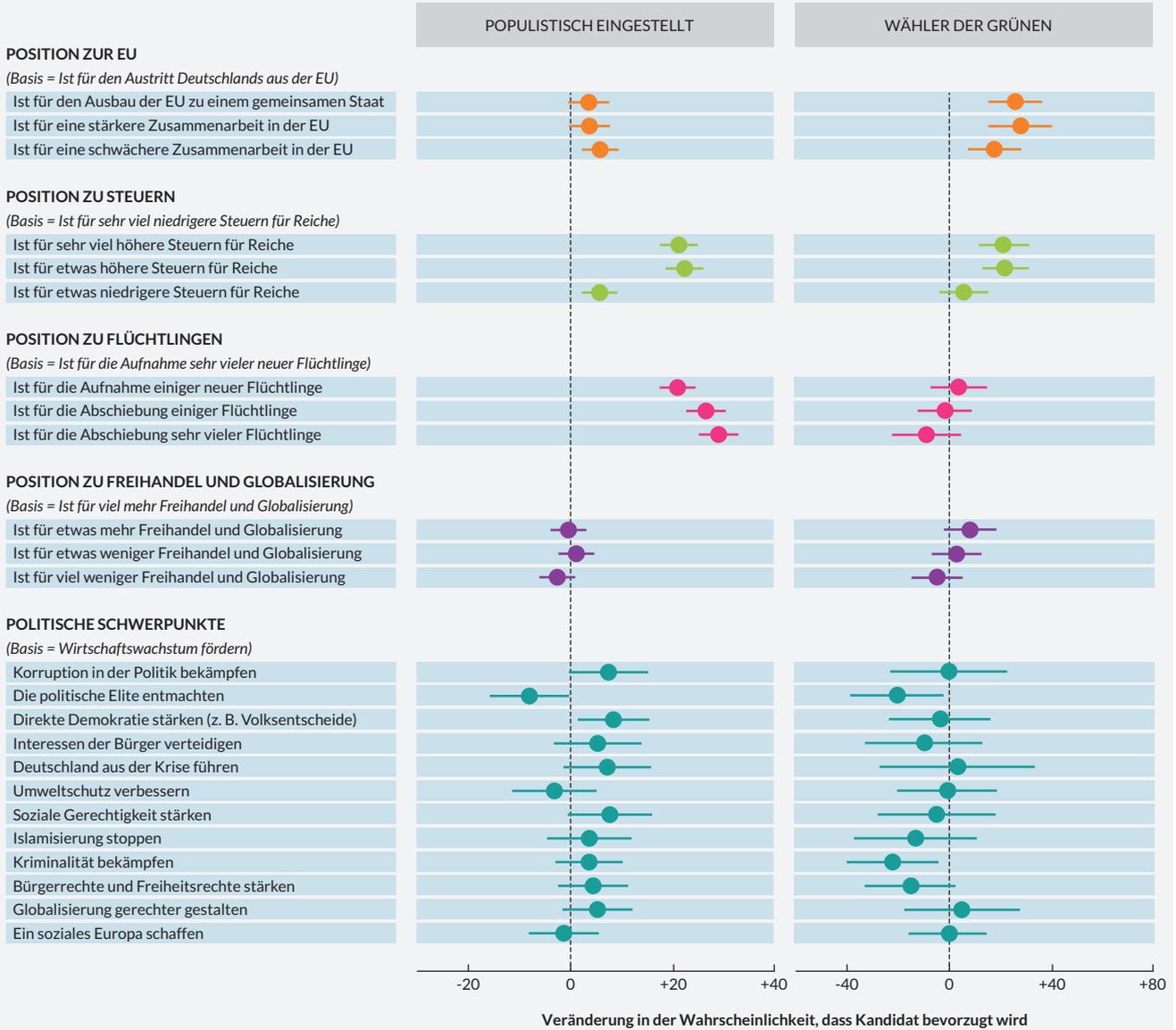
Für die vier kleineren Parteien sind die Grundgesamtheiten ihrer Wählerschaften deutlich kleiner als die von CDU/CSU und SPD. Somit sind auch die Stichproben befragter Wähler dieser Parteien kleiner und die Ergebnisse für die kleineren Parteien mit größerer Unsicherheit verbunden, was sich in breiteren Konfidenzintervallen zeigt. Jedoch haben wir für die Studie AfD- und Linke-Wähler in der Stichprobe überrepräsentiert, sodass für die Wähler dieser Parteien noch ähnlich genaue Aussagen getätigt werden können wie für die von SPD und CDU/CSU. In jedem Falle zeigen sich für jede der kleineren Parteien interessante Details.

Die Wähler von Bündnis 90/Die Grünen Pro-europäisch und flüchtlingsfreundlich

Für die Grünen zeigt sich vor allem ein auffälliger Befund: Ihr traditionelles Kernthema „Umweltschutz“ scheint im Wahljahr 2017 selbst bei der eigenen Anhängerschaft keine besonders mobilisierende Wirkung zu entfalten. Im Gegensatz dazu führen die Positionen „für mehr Europa“ und „für mehr Umverteilung“ bei den Grünen-Wählern zu deutlich höheren Zustimmungswerten. Im Vergleich

ABBILDUNG 17 Einfluss von Sachpositionen und Schwerpunkten auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei populistisch eingestellten Wahlberechtigten und Wählern der Grünen

In Prozentpunkten



Methode: „Average marginal component effects“ (Hainmueller et al. 2014) mit Konfidenzintervallen (95%) basierend auf Standardfehlern geclustert nach Befragtem; Änderungen in der Wahrscheinlichkeit beziehen sich auf Vergleich zur Basis-Kategorie.

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2013.

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

der beiden Themen gewichten die Wähler der Grünen, ähnlich wie die Wähler der Union, eine Vertiefung der europäischen Integration stärker als das Umverteilungsthema.

In der Flüchtlingsfrage bleiben die Wähler der Grünen von allen Parteianhängern am stärksten ihrer Position treu, auch in der Zukunft „sehr viele“ neue Flücht-

linge aufzunehmen. Eine restriktivere Formulierung der Flüchtlingspolitik wird von ihnen nicht honoriert, allerdings im Mittel der Befragten auch nicht deutlich bestraft. Keine andere Wählerschaft einer deutschen Partei zeigt sich so immun gegen Forderungen nach einer deutlich restriktiveren Flüchtlingspolitik.

Eine Abweichung von den anderen Parteien zeigen die Wähler der Grünen beim Thema Kriminalitätsbekämpfung. Sie reagieren als einzige signifikant negativer auf den politischen Schwerpunkt „Kriminalität bekämpfen“ als auf den Basis-Schwerpunkt „Wirtschaftswachstum fördern“. Allerdings ist dieser Unterschied nur knapp statistisch signifikant. Eventuell erscheinen den Grünen-Wählern die Gefahren eines „Sicherheitsstaates“ akuter als den Wählern anderer Parteien.

Die Wähler der LINKEN: Moderat populistisch und für mehr Umverteilung

Für die Wähler der Linken zählt vor allem mehr soziale Gerechtigkeit durch mehr Umverteilung. Keine andere Wählerschaft einer deutschen Partei orientiert ihre Wahlentscheidung so stark an diesem Thema. Die Zustimmungswerte eines Kandidaten steigen bei Wählern der Linken um fast 33 Prozentpunkte, wenn er sich für „sehr viel“ höhere Steuern für Reiche ausspricht anstatt für „sehr viel niedrigere“. Auch die Stärkung sozialer Gerechtigkeit ist Wählern der Linken noch einmal deutlich wichtiger als Wählern der SPD – mit einem Plus von 21 Prozentpunkten im Vergleich zu einem Kandidaten, der auf Wirtschaftswachstum setzt. Auffallend ist bei den Wählern der Linken ihr stark ausgeprägtes Zustimmungprofil bei tendenziell allgemein-populistischen Themen wie bspw. der Forderung nach mehr direkter Demokratie oder der Forderung, „Deutschland aus der Krise“ zu führen. Diese populistischen Schwerpunkte führen zusammen mit „soziale Gerechtigkeit stärken“ das Ranking der Prioritäten an.

Allerdings verfängt die radikal-populistische Forderung, „die politischen Eliten zu entmachten“, bei den Wählern der Linken ebenso wenig wie bei den Wählern der anderen Bundestagsparteien. Sie ist auch bei Linken-Wählern im Ranking der Prioritäten weit hinten, nur noch knapp vor „Wirtschaftswachstum fördern“ und „Islamisierung stoppen“, die noch unbeliebter sind. Moderat linkspopulistisch für mehr Bürgernähe- und Beteiligung sowie Umverteilung und soziale Gerechtigkeit – das sind im Wahljahr 2017 wichtige Positionen und Themen für die Wählerschaft der Linken.

ABBILDUNG 18 Einfluss von Sachpositionen und Schwerpunkten auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei populistisch eingestellten Wahlberechtigten und Wählern der Linken

In Prozentpunkten



Methode: „Average marginal component effects“ (Hainmueller et al. 2014) mit Konfidenzintervallen (95%) basierend auf Standardfehlern geclustert nach Befragtem; Änderungen in der Wahrscheinlichkeit beziehen sich auf Vergleich zur Basis-Kategorie.

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2013.

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

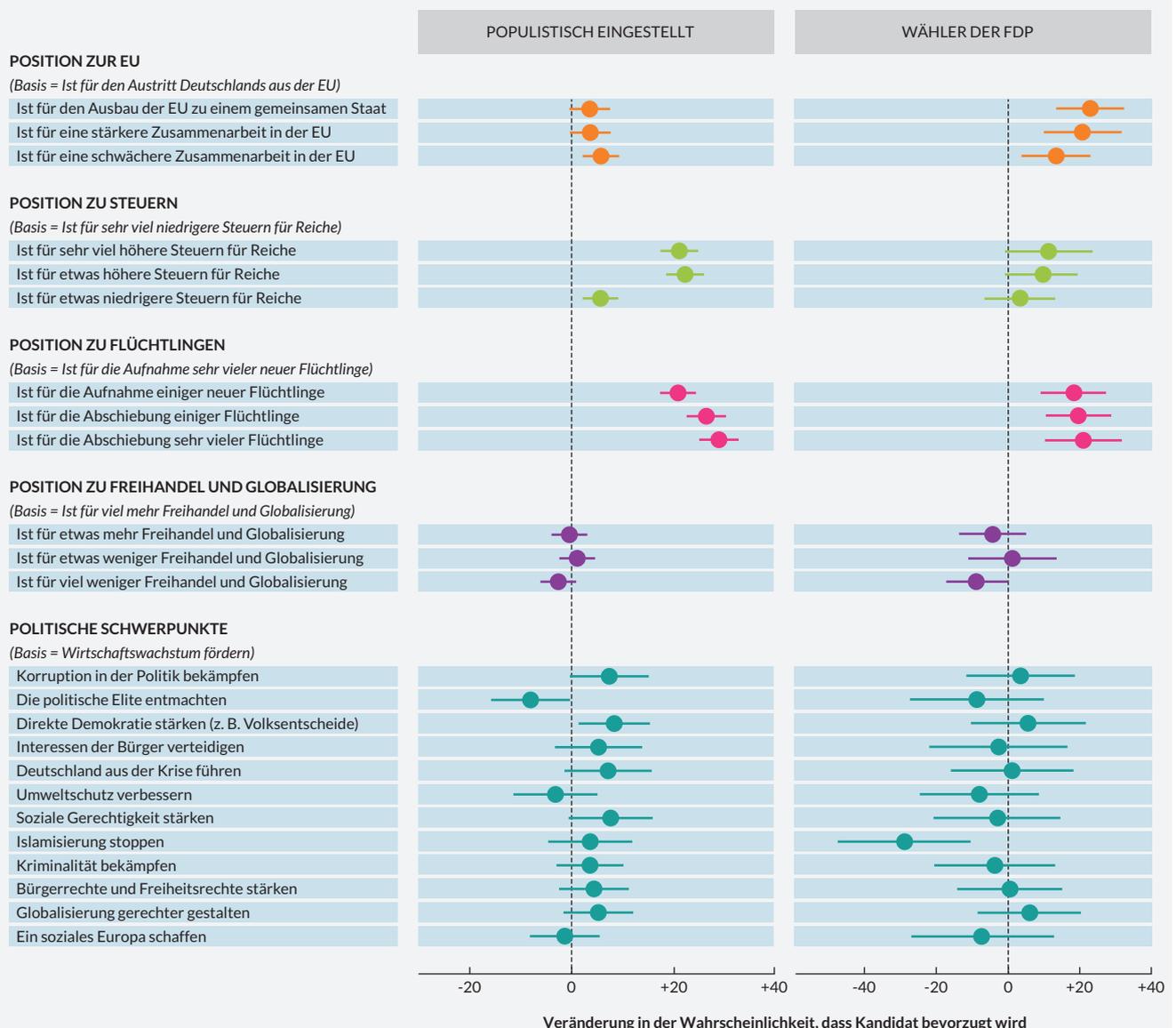
BertelsmannStiftung

Die Wähler der FDP: Pro-europäisch und indifferent zu Umverteilung

Die Wähler der FDP zeichnen sich in unserer Analyse durch ihre pro-europäische und umverteilungskritische Haltung aus. Auch sie wünschen sich eine stärkere Zusammenarbeit innerhalb der EU bis hin zu einem gemeinsamen europäischen Staat. Einen anti-europäischen Kurs lehnen auch FDP-Wähler sehr deutlich ab.

ABBILDUNG 19 Einfluss von Sachpositionen und Schwerpunkten auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei populistisch eingestellten Wahlberechtigten und Wählern der FDP

In Prozentpunkten



Methode: „Average marginal component effects“ (Hainmueller et al. 2014) mit Konfidenzintervallen (95%) basierend auf Standardfehlern geclustert nach Befragtem; Änderungen in der Wahrscheinlichkeit beziehen sich auf Vergleich zur Basis-Kategorie.

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2013.

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Auffällig ist bei den Wählern der FDP ihre vergleichsweise gering ausgeprägte Neigung für mehr Umverteilung. Keine andere Wählerschaft ist gegenüber der Umverteilung ähnlich indifferent.

Dennoch wird daraus auch bei den Wählern der FDP keine Präferenz für eine Lockerung der Umverteilung mit niedrigeren Steuern für Reiche. Für sie ist das Kernthema anderer Parteien, durch Umverteilung mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen, kein Anliegen. Das geringe Augenmerk auf Positionen zur Umverteilung unterscheidet die Wähler der FDP von denen aller anderen Parteien.

Bezüglich der politischen Schwerpunkte ist besonders interessant, dass populistische Forderungen nach Korruptionsbekämpfung und mehr direkter Demokratie das Prioritäten-Ranking der FDP-Wähler mit anführen. Allerdings ist die Stichprobe der FDP-Wähler zu klein, als dass eine entscheidende Wirkung solcher Schwerpunkte auf die Wahlentscheidung der FDP-Wähler angenommen werden sollte. Ansonsten sticht im Zustimmungprofil der FDP-Wähler noch heraus, dass die Forderung, die „Islamisierung zu stoppen“, sich bei ihnen vergleichsweise schlecht auf die Chancen von Kandidaten auswirkt. In dieser Hinsicht erweist sich die Wählerschaft der FDP als als Gegenpol zu den eindeutig islam-feindlichen und rechtspopulistischen AfD-Wählern.

Die Wähler der AfD: Rechtspopulistisch gegen Flüchtlinge

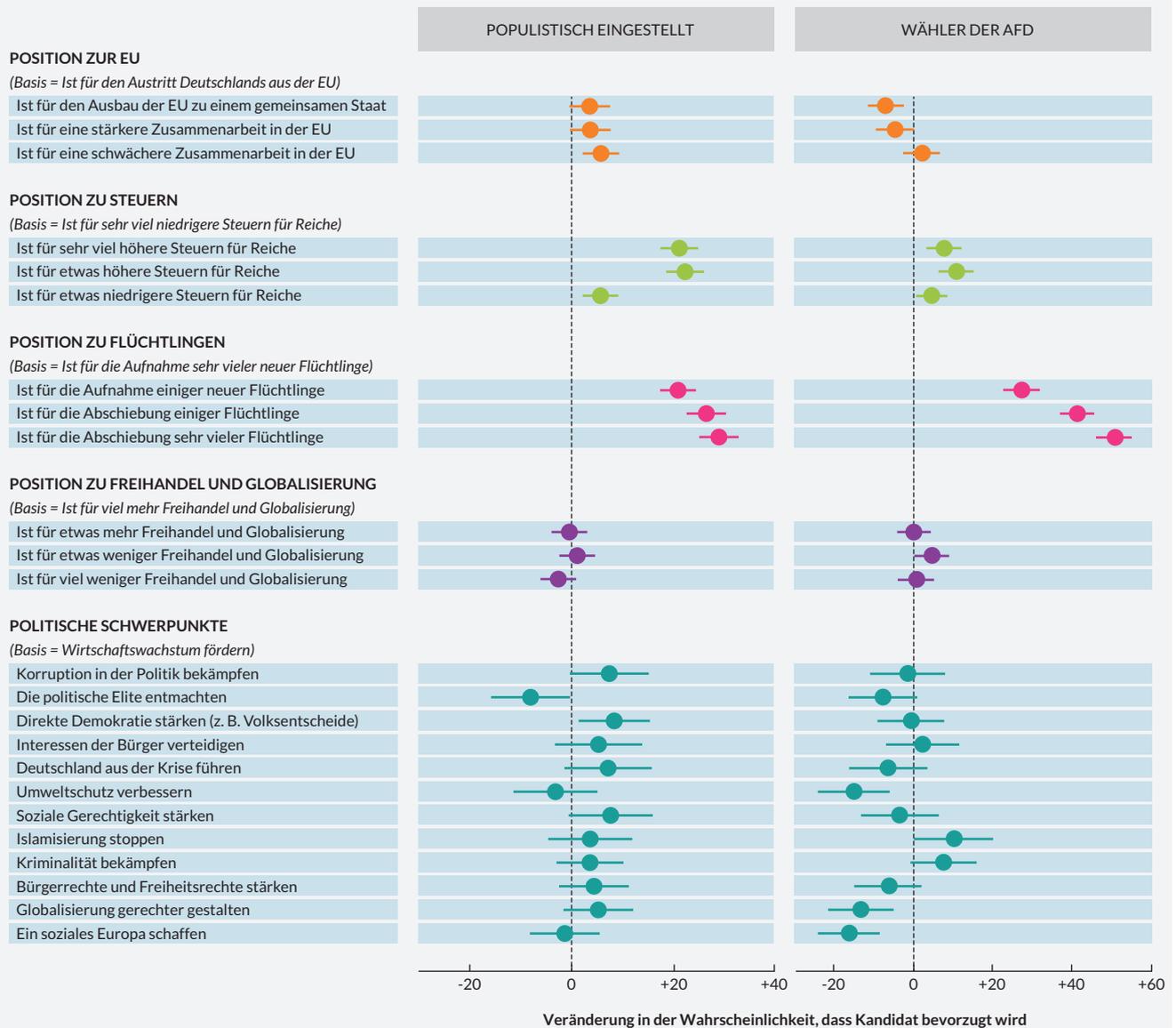
Keine andere Wählerschaft in Deutschland hat ein so einseitiges und monothematisches Zustimmungprofil wie die Wähler der AfD. Auf den ersten Blick scheint es fast so, als gäbe es für sie nur die Flüchtlingsfrage als wahlbeeinflussendes und mobilisierendes Thema. Die Zustimmung zu einem Kandidaten, der sich für die Abschiebung von „sehr vielen“ Flüchtlingen einsetzt, steigt bei ihnen um 51 Prozentpunkte im Vergleich zu einem Kandidaten, der „sehr viele“ Flüchtlinge neu aufnehmen will. Das ist der stärkste Effekt eines Kontrasts zweier Positionen in unseren Analysen.

Darüber hinaus führt eine Radikalisierung der Flüchtlingspolitik, bis hin zu der Forderung „sehr viele“ Flüchtlinge wieder abzuschieben, nur bei den Wählern der AfD zu signifikant noch besseren Zustimmungswerten als eine moderate Begrenzung der Zuwanderung auf „einige“ statt „sehr viele“ neue Flüchtlinge. Die Effektstärke flüchtlingsfeindlicher Positionen übertrifft sogar noch einmal deutlich den Effekt, den solche Positionen bei allen populistisch eingestellten Wählern haben. Ergänzt wird das durch die ebenfalls deutliche Sympathie der AfD-Wähler für die rechtspopulistische Forderung eines Kandidaten, die „Islamisierung zu stoppen“.

Darüber hinaus reagieren die Wähler der AfD noch negativ auf Themen wie „Umweltschutz“, „gerechtere Globalisierung“ und „soziales Europa“. Das Mobilisierungsprofil der AfD bleibt jedoch im Gesamtbild so einseitig auf eine politische Forderung fokussiert wie bei keiner anderen Partei: „Sehr viele“ Flüchtlinge aus Deutschland abschieben, diese Position überzeugt AfD-Wähler von politischen Kandidaten im Wahljahr 2017. Für die Mobilisierung der eigenen klar rechtspopulistischen Wählerschaft mag diese Strategie für die AfD auch aufgehen. Der Anteil

ABBILDUNG 20 Einfluss von Sachpositionen und Schwerpunkten auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei populistisch eingestellten Wahlberechtigten und Wählern der AfD

In Prozentpunkten



Methode: „Average marginal component effects“ (Hainmueller et al. 2014) mit Konfidenzintervallen (95%) basierend auf Standardfehlern geclustert nach Befragtem; Änderungen in der Wahrscheinlichkeit beziehen sich auf Vergleich zur Basis-Kategorie.

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2013.

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

klar rechtspopulistischer Wähler an allen Wahlberechtigten ist jedoch gering (siehe Kapitel 1). Die derzeitigen Wähler der AfD könnte die Partei mit explizit flüchtlingsfeindlichen Positionen überzeugen und binden. Aber die Wirkung dieser Positionen bei den Wählern anderer Parteien ist wie gesehen fraglich.

3. Populismus an der Wahlurne

Parteipräferenzen und Wahlabsichten populistisch und unpopulistisch eingestellter Wahlberechtigter vor der Bundestagswahl 2017

Populistische Einstellungen sind im Wahljahr 2017 auch mit dem Wahlverhalten der Deutschen verbunden. Populistische und unpopulistische Wähler sympathisieren und identifizieren sich sehr unterschiedlich mit den Parteien. Und sie wählen auch unterschiedlich.

Die Partei mit den unpopulistischsten Wählern ist die CDU, auch in ihrer Wahlverbindung mit der CSU. Bei vollkommen unpopulistischen Wählern erreicht die Union einen Wähleranteil von bis zu 60 Prozent. Bei den unpopulistischen Wählern rechts von der Mitte erreicht die Union sogar eine Zwei-Drittel-Mehrheit.

Die SPD ist im Unterschied zur Union bei Populisten und Nichtpopulisten in etwa gleich stark. Ihre besten Ergebnisse erzielt sie mit um die 50 Prozent gleichermaßen bei Populisten und Nichtpopulisten links von der politischen Mitte. Auch die Linke ist bei den Populisten ebenso stark wie bei den Nichtpopulisten, wird aber fast ausschließlich von Wählern links der Mitte gewählt. Die Linke ist damit zwar nach ihrer Wählerschaft eine typisch linke, aber keine eindeutig linkspopulistische Partei.

Die AfD ist dagegen eine eindeutig rechtspopulistische Partei. Im extrem rechtspopulistischen Segment erreicht sie um die 60 Prozent der Wähler. Das ist ihr Alleinstellungsmerkmal und das entspricht ihrem Programm und ihren Kandidaten. Unter den extrem rechts orientierten Nichtpopulisten kommt sie zwar auch auf immerhin noch zehn bis 20 Prozent, aber schon in der politischen Mitte sowie links davon wählt so gut wie niemand mehr AfD.

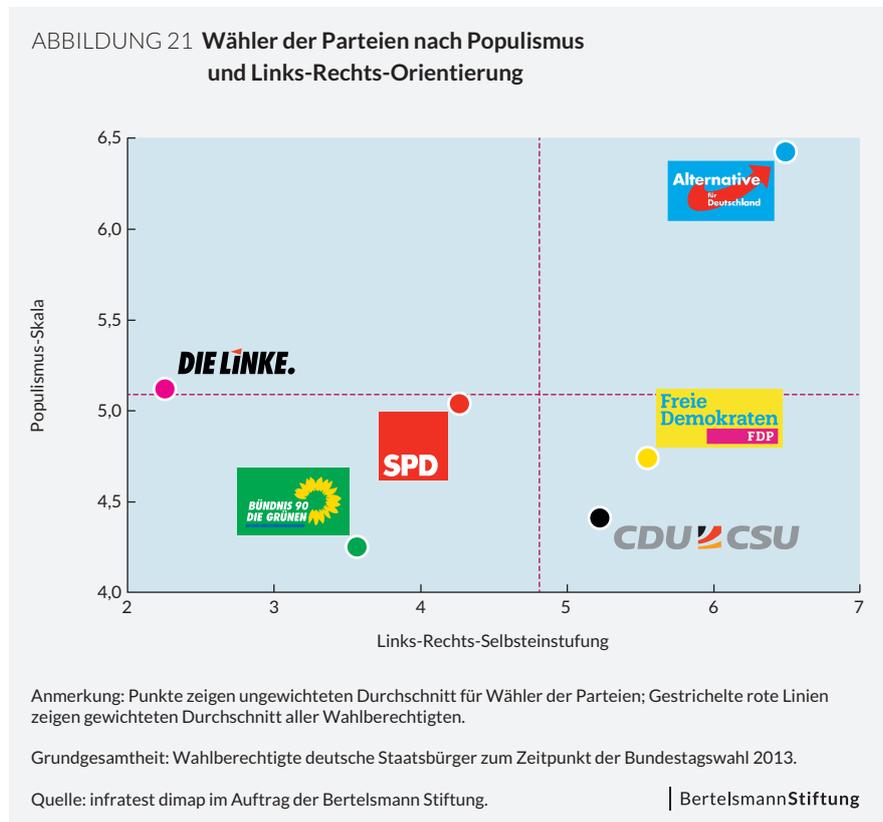
Das klare Gegenbild dazu sind die Grünen. Sie sind am stärksten bei unpopulistischen Wählern links der Mitte. Dort erreichen sie um die 15 Prozent aller Wähler, während sie von Populisten weniger gewählt werden. Die FDP wird überdurchschnittlich häufig von unpopulistischen Wählern rechts von der politischen Mitte gewählt, weniger von eher rechtsorientierten Populisten.

Wie populistisch sind die Wähler der Parteien?

Populismus beeinflusst die Einstellungen der Wähler zu politischen Sachpositionen. Populisten denken über viele politische Themen anders als unpopulistische Wähler. Aber wie stehen populistische Einstellungen und Parteipräferenzen im Zusammenhang? Bevorzugen Populisten bestimmte Parteien und wählen sie anders als unpopulistische Wähler?

Um das zu beantworten, werden im Folgenden die Parteiidentifikation, die Parteisympathie und die Wahlabsicht aller Wahlberechtigten in Abhängigkeit vom Grad ihres Populismus analysiert. Darüber hinaus werden die Wahlwahrscheinlichkeiten der einzelnen Parteien nach populistischen Einstellungen und Links-Rechts-Orientierung der Wähler geschätzt. Damit ergibt sich ein repräsentatives Bild der Wahlabsichten aller Wahlberechtigten im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 im Zusammenhang mit dem Grad ihrer populistischen Einstellungen und ihrer Links-Rechts-Orientierung.

Unsere Sub-Stichproben von Wählern der CDU/CSU, SPD, Linke und AfD sind groß genug (mehr als 330 Befragte je Partei), um relativ genaue Aussagen über die Wähler dieser Parteien zu tätigen, während unsere Aussagen über die Wähler von Grünen und FDP aufgrund deutlich kleinerer Stichproben von mehr Unsicherheit gekennzeichnet sind. Dies zeigt sich wie in Kapitel 2 vor allem in breiteren Konfidenzintervallen.



Um einen ersten Überblick zu gewinnen, werden die Wähler der Parteien zunächst nach ihrem Populismus und ihrer Links-Rechts-Selbsteinschätzung unterschieden. Dazu wird auf einer einfachen Populismus-Skala von 0 (unpopulistisch) bis 8 (populistisch) der Grad ihres Populismus abgebildet, ergänzt durch die ideologische Selbsteinschätzung der Wähler auf der Links-Rechts-Skala von 0 (links) bis 10 (rechts).

Die einzelnen Parteien lassen sich dann nach dem Grad des Populismus und der Links-Rechts-Orientierung ihrer Wähler politisch verorten und unterscheiden. Daraus ergibt sich dann das folgende Bild der Parteienlandschaft in Deutschland vor der Bundestagswahl 2017:

CDU/CSU und Grüne am wenigsten populistisch

Am wenigsten populistisch eingestellt sind die Wähler der Grünen und der CDU/CSU. Beide Parteien liegen deutlich unterhalb des Mittelwertes populistischer Einstellungen in Deutschland (gestrichelte rote Linie). Sie unterscheiden sich allerdings in ihrer ideologischen Links-Rechts-Orientierung. Mit den Grünen steht eine unpopulistische Partei links von der Mitte zur Wahl und mit der CDU/CSU eine unpopulistische Partei leicht rechts von der Mitte. Ideologisch und populistisch am ähnlichsten von allen Parteien sind sich allerdings die CDU/CSU und die FDP. Beide Parteien liegen im unpopulistischen Wählersegment leicht rechts von der politischen Mitte, wobei die Wähler der FDP sowohl etwas populistischer als auch etwas weiter rechts von der Mitte positioniert sind.

SPD und Linke durchschnittlich populistisch

Mit der SPD und der Linken finden sich links von der politischen Mitte zwei Parteien mit etwas stärker populistisch orientierten Wählerschaften. Die Wähler beider Parteien sind im Segment links von der Mitte zwar populistischer als die Grünen, aber nicht populistischer als der Durchschnitt aller Wähler. Die Wähler der SPD und der Linken sind damit zwar gleich populistisch, unterscheiden sich aber links-rechts ideologisch. Während die SPD sich leicht links von der Mitte befindet, wie die CDU/CSU rechts davon, steht die Linke ihrer Wählerschaft nach deutlich weiter links, sowohl von der SPD wie auch von den Grünen.

Rechtspopulistische Wählerschaft der AfD

Der größte Ausreißer auf beiden Skalen ist die AfD. Ihre Wählerschaft ist mit großem Abstand am stärksten populistisch und gleichzeitig am weitesten rechts von der Mitte positioniert. Schon in dieser Positionierung der Wählerschaft zeigt sich: Die AfD ist heute klar eine rechtspopulistische Partei. Für ihre inhaltliche Ausrichtung und die Einstellungen ihrer Kandidaten haben dies andere Studien und Daten bereits gezeigt (z. B. Lewandowsky et al. 2016; Franzmann 2017).

Die rechtspopulistischen Einstellungen der AfD-Wähler zeigen sich nun auch in unseren Daten klar (siehe auch Schmitt-Beck 2016). Die starken populistischen Einstellungen ihrer Wählerschaft unterscheiden die AfD noch stärker von den

anderen Parteien als ihre Rechtsorientierung. Deutlich wird jedenfalls: Die AfD stützt sich im Mittel ihrer Anhänger auf ein Wählersegment, aus dem derzeit in Deutschland keine andere bundespolitische Partei ihre überwiegende Anhängerschaft rekrutiert.

Mit welchen Parteien sympathisieren Populisten?

Die Parteisympathie ist ein eher weicher Indikator zur Messung von Parteeinigungen. Gefragt wird nicht nach engeren Bindungen, ideologischer Nähe oder einer Wahlabsicht. Gefragt wird lediglich, was man ganz allgemein von einzelnen Parteien hält, sodass auch Mehrfachnennungen möglich sind. Die Befragten können angeben, ob sie von einer Partei „sehr viel“, „eher viel“, „eher wenig“ oder „sehr wenig“ halten. Ihre Antworten zeigen dann die allgemeinen Akzeptanz- und Sympathiewerte der Parteien. Daraus lassen sich wiederum Wahrscheinlichkeiten schätzen, mit denen populistische und unpopulistische Wahlberechtigte mit den jeweiligen Parteien sympathisieren (hier berechnen wir die Wahrscheinlichkeit, dass Befragte „sehr viel“ oder „eher viel“ von einer Partei halten).

Wie wahrscheinlich ist es, dass ein populistisch eingestellter Wahlberechtigter mit der CDU/CSU oder der SPD sympathisiert? Oder wie wahrscheinlich ist es, dass ein unpopulistisch eingestellter Wahlberechtigter die AfD sympathisch findet? Wie sympathisch oder unsympathisch finden die populistisch und unpopulistisch eingestellten Wahlberechtigten die Parteien, die sich bei der Bundestagswahl 2017 um ihre Stimmen bewerben werden?

Unpopulistische Sympathien für CDU, SPD, Grüne, FDP und CSU

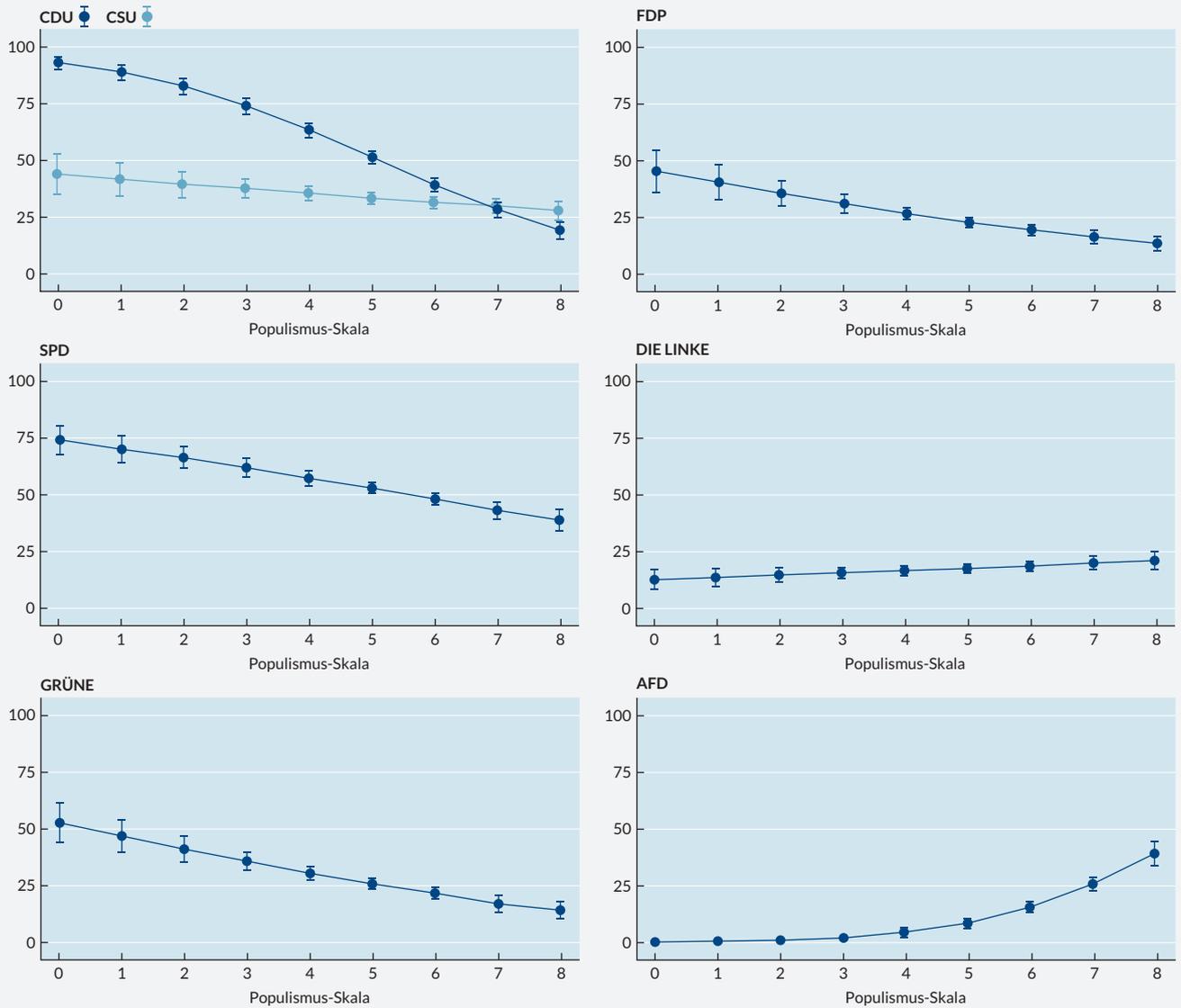
Die höchsten Sympathiewerte von allen Parteien im Segment der vollkommen unpopulistischen Wahlberechtigten erzielt die CDU. Ein vollkommen unpopulistisch eingestellter Wahlberechtigter findet mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die CDU sympathisch. Die Sympathiewerte der CDU sinken allerdings drastisch, je populistischer ein Wahlberechtigter eingestellt ist. Mit zunehmenden populistischen Einstellungen der Befragten sinkt der Anteil der CDU-Sympathisanten von fast 100 auf unter 25 Prozent. Unter den Populisten findet nur noch etwa jeder Vierte Wähler die CDU sympathisch.

Interessant sind auch die Unterschiede zur CSU, deren Sympathiewerte im Bundesdurchschnitt aller Wahlberechtigten nicht nur deutlich geringer ausfallen, sondern auch anders verteilt sind als bei der Schwesterpartei CDU. Während sich die Sympathiewerte der CDU entlang der Populismus-Skala vierteln, zeigt sich bei der CSU lediglich eine Halbierung, von allerdings niedrigerem Startniveau. Die Abnahme ihrer Sympathiewerte mit zunehmendem Populismus fällt also bei der CSU schwächer aus, aber nur im Segment sehr populistisch eingestellter Wahlberechtigter erzielt die CSU auch bundesweit ähnliche Sympathiewerte wie die CDU. Deutlich ähnlicher zeigen sich dagegen die Sympathieprofile der anderen im Bundestag vertretenen Parteien, mit Ausnahme der Linken. Wie bei der CDU, nimmt die Wahrscheinlichkeit, mit der ein Wahlberechtigter die SPD, die Grünen oder die FDP sympathisch findet, mit dem Grad ihres Populismus sehr deutlich ab.

Damit zeigt sich: Mit Ausnahme der Linken gilt für alle im Bundestag vertretenen Parteien, dass der Anteil ihrer Sympathisanten unter populistisch eingestellten Menschen deutlich kleiner ist als unter unpopulistischen Wahlberechtigten.

ABBILDUNG 22 Populismus und Parteisympathie

In Prozent



Methode: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, „sehr viel“ oder „eher viel“ von der Partei zu halten, aus logistischen Regressionsanalysen mit Konfidenzintervallen (95%).

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2013.

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Populistische Sympathien für die Linke und vor allem für die AfD

Von den im Bundestag vertretenen Parteien hat die Linke somit ein populistisches Alleinstellungsmerkmal, aber es ist nur schwach ausgeprägt. Die Wahrscheinlichkeit eines Wahlberechtigten, die Linke sympathisch zu finden, steigt zwar mit dem Grad seines Populismus, der Zusammenhang ist aber nicht annähernd so stark ausgeprägt wie im Fall der AfD.

Während bei der AfD die Sympathiewerte bei unpopulistisch eingestellten Wahlberechtigten bei nahe Null liegen, steigt die Sympathiewahrscheinlichkeit im Segment der stark populistisch eingestellten Wahlberechtigten auf fast 40 Prozent. Damit erreicht die AfD in diesem Segment ähnlich hohe Sympathiewerte wie die SPD und deutlich höhere als alle anderen Parteien.

Im Durchschnitt aller Wahlberechtigten erhält die AfD überhaupt nur bedeutende Akzeptanz unter Befragten, die überdurchschnittlich populistisch sind. Mit ihrem klar populistisch geprägten Sympathieprofil ist die AfD in der deutschen Parteienlandschaft vor der Bundestagswahl 2017 der klare Gegenpol zur CDU. Kein anderes Parteienpaar unterscheidet sich so stark nach dem Populismus ihrer Sympathisanten wie die AfD von der CDU. Für die AfD gilt im Vergleich zur CDU der genau gegenteilige Zusammenhang: Je populistischer ein Wahlberechtigter eingestellt ist, umso wahrscheinlicher findet er die AfD sympathisch.

Mit welchen Parteien identifizieren sich Populisten?

Mit der Parteiidentifikation lassen sich im Unterschied zur Parteiensympathie fester verankerte und verlässlichere Bindungen der Wahlberechtigten an die Parteien messen. Gefragt wird dabei nach längerfristigen Parteineigungen, die über wechselnde Stimmungen hinaus auf engeren Bindungen der Wahlberechtigten an bestimmte Parteien beruhen. Mehrfachnennungen sind nicht möglich und nicht alle Wahlberechtigten haben solche engeren Bindungen an einzelne Parteien.

Im Durchschnitt aller Wahlberechtigten haben solche Bindungen an Parteien über die letzten Jahrzehnte eher nachgelassen (z. B. Dalton und Wattenberg 2002). In unserer Befragung haben knapp 75 Prozent aller Wahlberechtigten eine Parteiidentifikation angegeben und mehr als 95 Prozent haben dabei entweder eine der vier im Bundestag vertretenen Parteien, die FDP oder die AfD, genannt.

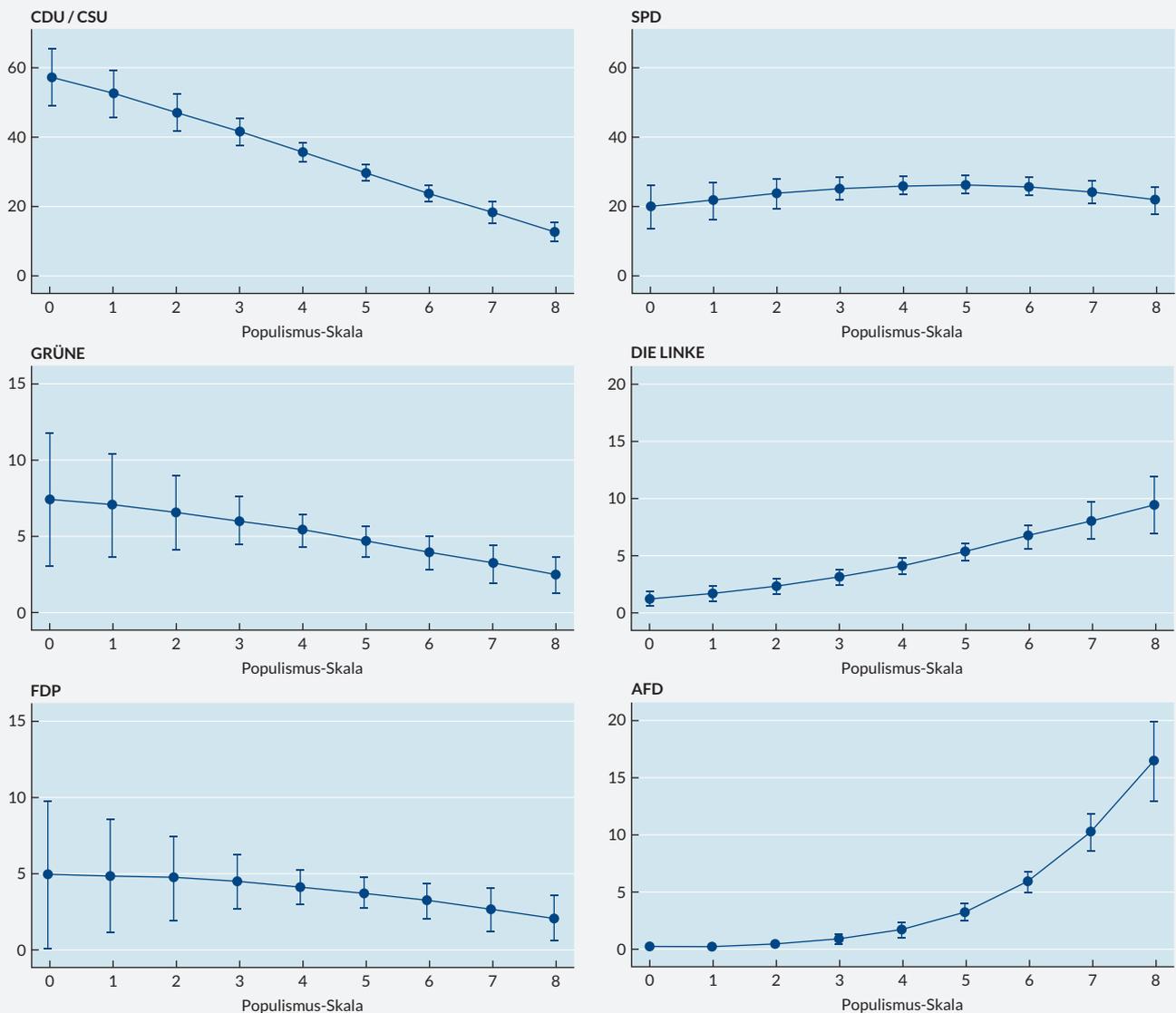
Insgesamt zeigt sich bei der Parteiidentifikation das gleiche Muster wie bei der Sympathie. Im Unterschied zu allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien und der FDP steigt die Wahrscheinlichkeit der Parteiidentifikation mit dem Grad des Populismus nur bei der Linken und der AfD. Das allerdings deutlich, vor allem bei der AfD.

Unpopulistische CDU/CSU versus populistische AfD

Betrachtet man die Parteien im Einzelnen, erweist sich die CDU/CSU erneut als die Partei mit den unpopulistischsten Anhängern. Die Wahrscheinlichkeit, sich mit

ABBILDUNG 23 Populismus und Parteiidentifikation

In Prozent



Methode: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, sich mit Partei zu identifizieren, aus multinomialer logistischer Regressionsanalyse mit Konfidenzintervallen (95%).

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2013.

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

der CDU zu identifizieren, liegt für vollkommen unpopulistische Wahlberechtigte bei etwas unter 60 Prozent und sinkt mit dem zunehmenden Grad an Populismus bis auf weniger als 20 Prozent im Segment der stark populistisch eingestellten Wahlberechtigten. Wie bei der Parteisympathie gilt somit: Je unpopulistischer ein Wahlberechtigter eingestellt ist, umso eher identifiziert er sich mit der CDU.

Dasselbe gilt, etwas schwächer und auf geringerem Niveau, auch für die Grünen und die FDP: Bei beiden Parteien nimmt die Wahrscheinlichkeit der Parteiiden-

tifikation mit dem Grad des Populismus tendenziell ab, diese Unterschiede sind jedoch nur schwach bzw. nicht statistisch signifikant. Die SPD ist dagegen in allen Populismus-Segmenten in etwa gleich stark vertreten, sie findet bei Menschen mit und ohne populistischen Einstellungen nahezu gleich viele Anhänger.

Deutlich populistischer zeigen sich erneut die Linke und die AfD. Für beide Parteien steigt die Wahrscheinlichkeit einer Parteiidentifikation von nahe Null im Segment der vollkommen unpopulistischen Wahlberechtigten bis auf knapp zehn Prozent für die Linke und sogar mehr als 15 Prozent für die AfD im Segment der starken Populisten. Für die AfD ist auch die Verteilung ihrer Anhänger noch einmal deutlich populistischer als bei der Linken. Während sich bei der Linken ein relativ leichter Anstieg zeigt, nimmt der Anteil Wahlberechtigter mit einer Parteiidentifikation mit der AfD vor allem bei den deutlich überdurchschnittlich populistischen Wahlberechtigten stark zu. Auch bei der Parteiidentifikation zeigt sich der Populismus der AfD-Anhänger ebenso deutlich wie die wenig populistischen Einstellungen der meisten CDU/CSU-Anhänger.

Welche Parteien werden von Populisten gewählt?

Anhand der „Sonntagsfrage“ nach den Wahlabsichten lassen sich auch die Wahlwahrscheinlichkeiten im Zusammenhang mit populistischen Einstellungen schätzen. Welche Parteien werden von populistischen Wählern häufiger gewählt als von unpopulistischen? Und wie verteilen sich die Wählerpotenziale der Parteien auf die unterschiedlich populistisch eingestellten Wählersegmente? Dabei ist die Verteilung der Wähler entlang der Populismus-Skala zu beachten.

Während sich im vollständig und eher unpopulistischen Wählersegment (0–4 Punkte auf Populismus-Skala) nur etwas mehr als ein Viertel aller Wähler befindet, umfasst das eher leicht populistisch gestimmte Wählersegment (4–6 Punkte) bereits ca. 42 Prozent aller Wähler und das stark populistische Segment (6–8 Punkte) rund 32 Prozent. Ein Wähleranteil in Höhe von beispielsweise zehn Prozent beschert einer Partei also im Segment der Populisten absolut mehr Wähler als im Segment der Nichtpopulisten.

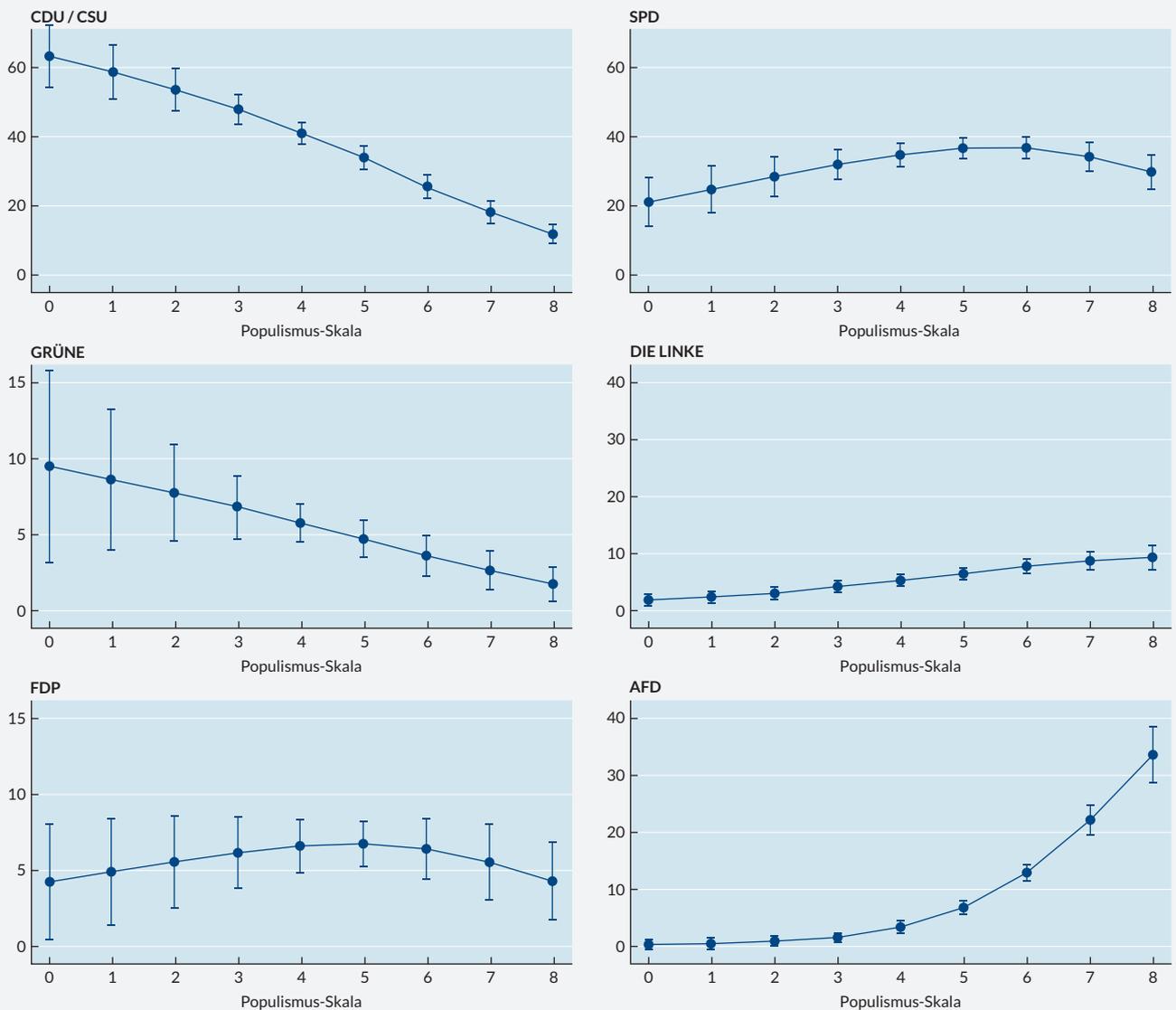
Welche Wahlchancen haben die Parteien im Zusammenhang mit dem Populismus ihrer Wähler? Wer profitiert im Wahljahr 2017 von populistischen Einstellungen, und wer gewinnt bei den eher unpopulistisch eingestellten Wählern?

CDU/CSU und Grüne gewinnen bei unpopulistischen Wählern

Auch bei den Wahlabsichten dominiert die CDU/CSU in den unpopulistischen Wählersegmenten mit großem Abstand vor allen anderen Parteien. In der sehr kleinen Gruppe der vollkommen unpopulistischen Wähler erreicht die CDU/CSU sogar einen Wähleranteil von um die 60 Prozent. Im eher unpopulistischen Drittel aller Wahlberechtigten erreicht die CDU durchweg mehr als 40 Prozent der Stimmen. Mit zunehmenden populistischen Einstellungen sinkt ihr Wähleranteil dann deutlich bis auf nur noch 15 Prozent bei den sehr stark populistisch eingestellten Wählern.

ABBILDUNG 24 Populismus und Wahlabsicht

In Prozent



Methode: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, Partei wählen zu wollen, aus multinomialer logistischer Regressionsanalyse mit Konfidenzintervallen (95%).

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2013 mit Wahlabsicht für eine Partei (ohne Nichtwähler und Intention ungültiger Stimme).

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Das zeigt: Auch an der Wahlurne ist die CDU/CSU die am wenigsten populistische Partei, gefolgt von den Grünen. Wie die CDU/CSU sind auch die Grünen in den unpopulistischen Wählersegmenten deutlich stärker als bei den Populisten. Ihre Stimmenanteile liegen in den unpopulistischen Wählersegmenten zwischen fünf und ca. zehn Prozent. Extreme Populisten wählen die Grünen dagegen deutlich weniger bis gar nicht. In etwa gleich groß sind die Wähleranteile in den verschiedenen Segmenten für die FDP und die SPD. Beide Parteien sind anteilmäßig in

den populistischen ebenso stark vertreten wie in den unpopulistischen Wählersegmenten. Im Vergleich zur CDU/CSU ist die SPD damit in den populistischen Wählersegmenten sogar leicht stärker als CDU/CSU. Je unpopulistischer die Wähler sind, umso höher fällt der Vorsprung der CDU/CSU gegenüber der SPD aus.

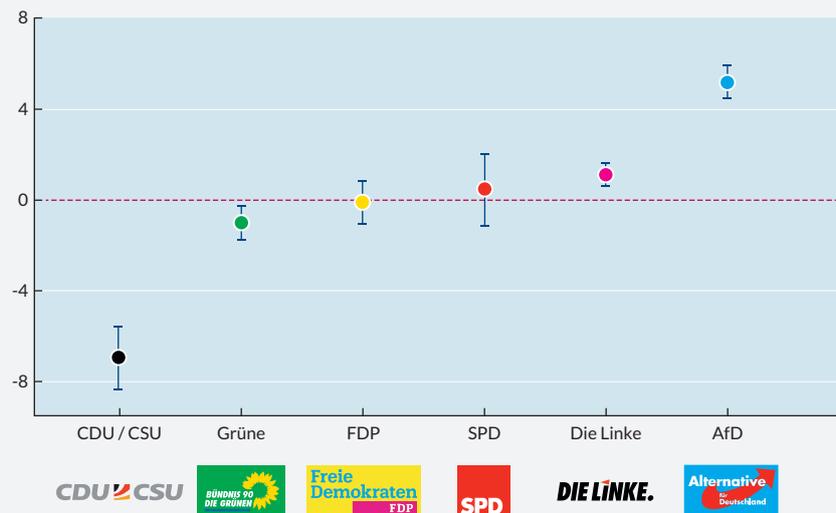
Linke und vor allem die AfD gewinnen bei populistischen Wählern

Die einzigen Parteien, für die die Wähleranteile mit der Populismus-Neigung steigen, sind erneut die Linke und die AfD. Während sich bei der Linke ein eher moderater Anstieg ihrer Wähleranteile mit zunehmendem Populismus der Wähler zeigt, ist der Verlauf bei der AfD deutlich krasser. Die AfD wird von unpopulistisch eingestellten Wählern so gut wie gar nicht gewählt. Erst in den überdurchschnittlich populistischen Wählersegmenten gelingt es ihr erstmals, die Fünf-Prozent-Hürde deutlich zu überspringen.

Den übergroßen Teil ihrer Wähler findet die AfD dagegen in den stark populistischen Segmenten der Wählerschaft. Bei den sehr stark populistisch eingestellten Wählern erreicht sie schließlich rund ein Drittel aller Wähler in diesem Segment und liegt damit in etwa gleichauf mit der Volkspartei SPD und tendenziell sogar noch vor der CDU/CSU. Die AfD ist damit von ihrer Wählerschaft her eine klar populistische Partei. Sie mobilisiert fast ausschließlich Wähler mit sehr starken oder zumindest überdurchschnittlich populistischen Einstellungen.

ABBILDUNG 25 **Veränderung der Wahlwahrscheinlichkeit**

In Prozentpunkten (je Punkt auf der Populismus-Skala für populistische Einstellungen)



Methode: Durchschnittlicher marginaler Effekt der Populismus-Skala auf vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, Partei wählen zu wollen, aus multinomialer logistischer Regressionsanalyse mit Konfidenzintervallen (95%).

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2013 mit Wahlabsicht für eine Partei (ohne Nichtwähler und Intention ungültiger Stimme).

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

Dieselben Zusammenhänge lassen sich auch in der Veränderung der Wahlwahrscheinlichkeiten mit zunehmend populistischen Einstellungen erkennen.

Je Punkt auf der Populismus-Skala von 0 bis 8 nimmt die Wahrscheinlichkeit, dass ein Wahlberechtigter die CDU/CSU wählt, im Durchschnitt um sieben Prozentpunkte ab. Die Grünen verlieren etwa einen Prozentpunkt je Punkt auf der Populismus-Skala. Die SPD und die FDP bleiben davon weitgehend unberührt, weil sie bei Populisten und Nichtpopulisten anteilig jeweils ähnlich stark vertreten sind. Die Linke profitiert dagegen von zunehmendem Populismus ähnlich stark, wie die Grünen darunter leiden. Bei der Linken steigt ihre Wahlwahrscheinlichkeit je Punkt auf der Populismus-Skala um etwa einen Prozentpunkt.

Deutlich stärker zeigt sich der Zusammenhang bei der AfD. Ihre Wahlwahrscheinlichkeit steigt mit der zunehmenden populistischen Einstellung eines Wählers fünfmal so stark wie bei der Linken, um etwa fünf Prozentpunkte. Die Wahrscheinlichkeit AfD zu wählen, steigt also mit zunehmendem Populismus fast ebenso stark an, wie sie bei der CDU/CSU abnimmt. Erneut zeigen sich nach dem Grad des Populismus ihrer Wähler die CDU/CSU und die AfD als die Gegenpole des deutschen Parteiensystems. Je populistischer ein Wähler eingestellt ist, umso eher würde er AfD, und umso unwahrscheinlicher würde er bei einer Bundestagswahl CDU/CSU wählen.

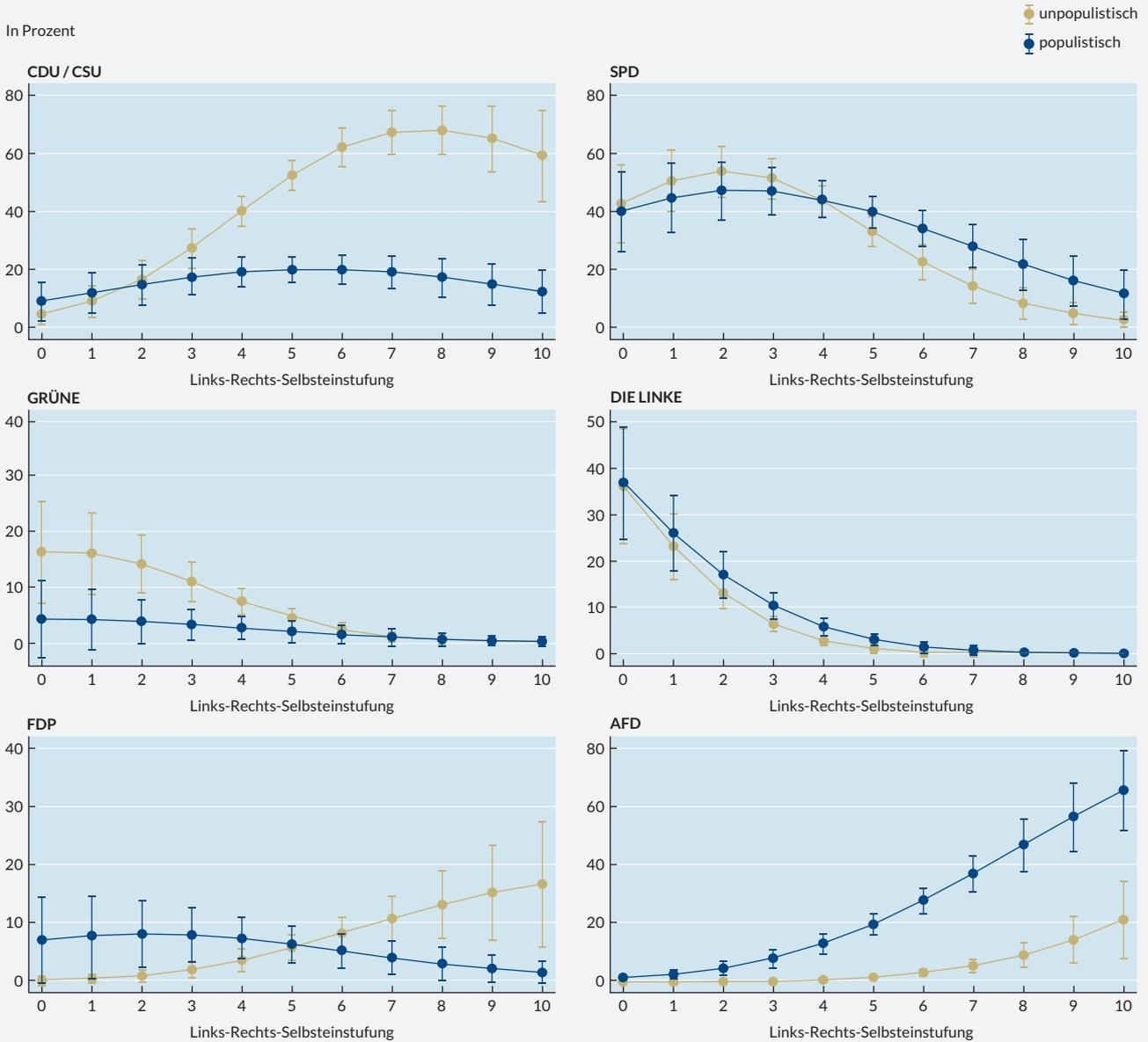
Rechts- und Linkspopulisten an der Wahlurne

Zuletzt betrachten wir nun die Wahlwahrscheinlichkeiten zugunsten der sechs wichtigsten Parteien im Zusammenhang mit dem Populismus und der Links-Rechts-Orientierung der Wähler. Wählen Linkspopulisten anders als Rechtspopulisten? Welche Parteien profitieren von linken oder rechten Orientierungen bei populistischen Wählern? Und welche Parteien profitieren von linken oder rechten Orientierungen ohne populistische Aufladung?

Um diese Fragen zu beantworten, werden im Folgenden die Links-Rechts-Selbsteinschätzungen der Wähler mit ihrer Zugehörigkeit zu einer der Populismus-Gruppen (vgl. Kapitel 1) zusammengeführt. Es wird als nun nicht mehr entlang der Populismus-Skala, sondern mithilfe der Gruppenzugehörigkeit zwischen populistisch (25,6 Prozent) und unpopulistisch eingestellten Wählern (41,0 Prozent) unterschieden. Das ermöglicht die Darstellung der Zusammenhänge für alle Parteien in jeweils zwei Kurven: Die eine Kurve zeigt die Wahlwahrscheinlichkeit der unpopulistischen Wähler im Zusammenhang mit ihrer Links-Rechts-Selbsteinstufung. Die andere Kurve zeigt denselben Zusammenhang für die Gruppe der populistisch eingestellten Wähler.

Wie rechts bzw. links orientiert sind die populistischen und unpopulistischen Wähler der Parteien? Und welche Muster zeigen sich dabei?

ABBILDUNG 26 **Wahlabsicht nach populistischen Einstellungen und Links-/Rechts-Orientierung**



Methode: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, Partei wählen zu wollen, aus multinomialer logistischer Regressionsanalyse mit Konfidenzintervallen (95%).

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2013 mit Wahlabsicht für eine Partei (ohne Nichtwähler und Intention ungültiger Stimme).

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Die CDU/CSU als Partei unpopulistischer Wähler rechts der Mitte

Die CDU/CSU erreicht ihre höchsten Stimmenanteile unter unpopulistischen Wählern rechts der politischen Mitte. Hier erreicht sie Wahlwahrscheinlichkeiten und damit Stimmenanteile von bis zu zwei Dritteln aller Wähler. In den Segmenten der unpopulistischen Wähler rechts von der Mitte verfügt die Union damit annähernd

über Zwei-Drittel-Mehrheiten. Links von der politischen Mitte fällt dieser Anteil dann von etwa 40 Prozent relativ steil ab bis auf nahe Null bei den ganz links orientierten Wählern. Aber auch leicht links von der Mitte erzielt die Union bei unpopulistischen Wählern noch überdurchschnittliche Ergebnisse.

Die Wahlkurve der Union unter den Populisten verläuft dagegen relativ flach. Bei den Populisten erreicht die Union in der politischen Mitte maximal etwa 20 Prozent der Wähler und an den politischen Rändern tendenziell weniger. Das Profil der Unionswähler ist damit sehr klar beschreibbar: Bei unpopulistischen Wählern in der Mitte und rechts von der Mitte erzielt die Union die besten Wahlergebnisse. Hier ist sie mit großem Abstand gegenüber den anderen Parteien Marktführer.

Die SPD als Partei (un)populistischer Wähler links der Mitte

Das Wählerprofil der SPD zeigt ein davon deutlich unterscheidbares Muster. Sie erreicht ihre überdurchschnittlichen Wähleranteile vor allem links der politischen Mitte und dies weitgehend unabhängig von populistischen Einstellungen. Ihre Stimmenanteile sind dort bei den Populisten letztlich ebenso groß wie bei den Nichtpopulisten, die kleinen Unterschiede könnten rein zufällig sein. In linken Wählersegmenten erreicht die SPD bis zu 50 Prozent und mehr aller Wähler. Rechts von der politischen Mitte fällt auf, dass ihre Wahlchancen bei populistisch eingestellten Wählern etwas größer sind als bei den unpopulistischen Wählern.

Die Unterschiede sind aber wiederum nur klein und statistisch nicht signifikant; sie könnten in der Befragung also auch zufällig zustande gekommen sein. Sehr deutlich wird aber für die SPD, dass sie im Unterschied zur Union bei Populisten und Nichtpopulisten in etwa gleich stark ist. Das Gros der SPD-Wähler ist also im Durchschnitt viel gemischter und weniger deutlich von unpopulistischen Anhänger geprägt als das der Unionswähler.

Die Linke als Partei (un)populistischer Wähler am linken Rand

Das eher populismus-neutrale Muster zeigt sich noch etwas deutlicher auch bei den Wählern der Linken. Die Stimmenanteile der Linken sind – wie bei der SPD – bei den Populisten ebenso hoch wie bei den Nichtpopulisten. Das Profil ihrer Wählerschaft ergibt sich somit nicht aus dem Grad des Populismus, sondern aus ihrer sehr klaren politisch-ideologischen Orientierung. Die Linke wird fast ausschließlich von Wählern links von der Mitte gewählt. Und ihre Stimmenanteile gehen am linken Rand des Spektrums steil nach oben.

Am ganz linken Rand erreicht sie etwa ein Drittel aller Wähler und zwar sowohl in der Gruppe der Populisten wie in der Gruppe der Nichtpopulisten. In diesen Segmenten konkurriert sie vor allem mit der SPD und erreicht am ganz linken Rand ähnlich große Wähleranteile. Die Linke ist in Bezug auf ihre Wählerschaft damit zwar eine typisch linke Partei, jedoch keine eindeutig linkspopulistische Partei. Dennoch ist sie, wie die SPD, auch im Segment der Linkspopulisten ähnlich stark wie bei den unpopulistisch eingestellten linken Wählern.

Die AfD als Partei populistischer Wähler am rechten Rand

Ganz anders die AfD: Sie befindet sich in keinerlei Spagat zwischen Populisten und Nichtpopulisten am rechten Rand des ideologischen Spektrums. Dafür ist das Profil ihrer Wähler viel zu eindeutig. Die AfD ist ihrer derzeitigen Wählerschaft nach eine typisch rechtspopulistische Partei. Im extrem rechtspopulistischen Segment erreicht sie um die 60 Prozent der Wähler. Das ist ihr Alleinstellungsmerkmal und entspricht auch ihrem Programm und ihren Kandidaten (z. B. Lewandowsky et al. 2016; Franzmann 2017). Unter den extrem rechts orientierten Nichtpopulisten kommt sie zwar auch noch auf nahezu 20 Prozent. Ihre Zustimmungswerte bei unpopulistischen Wählern tendieren jedoch schon in der politischen Mitte gegen Null.

Insgesamt kann die AfD nur wenig unpopulistische Wähler mobilisieren und das auch nur am ganz rechten Rand des politischen Spektrums. In ihrer großen Mehrheit ist die Wählerschaft der AfD populistisch und gleichzeitig rechts. Die AfD ist damit in ihrem Wählerprofil so klar beschreibbar wie keine der anderen Parteien: als rechtspopulistische Partei, deren Wähler sich derzeit vor allem mit dem Flüchtlingsthema mobilisieren lassen (siehe Kapitel 2).

Die Grünen als Partei unpopulistischer Wähler links der Mitte

Das klare Gegenbild dazu sind die Grünen. Sie sind am stärksten bei unpopulistischen Wählern links der Mitte, während sie in den typischen Wählersegmenten der AfD überhaupt keine Stimmen gewinnen. Die Unterschiede zwischen den höheren Anteilen bei unpopulistischen und den geringen Anteilen bei populistischen Wählern sind zum größten Teil auch leicht statistisch signifikant, beruhen wahrscheinlich also nicht auf Zufall.

Dennoch sind die Ergebnisse der Grünen aufgrund der geringen Zahl grüner Wähler in der Grundgesamtheit der Stichprobe mit größerer Vorsicht zu interpretieren als die Ergebnisse für CDU/CSU, SPD, Linke und die AfD. Das Gleiche gilt auch für die Ergebnisse der, wie die Grünen, nur in geringer Zahl in der Stichprobe vertretenen und ebenfalls nicht aufgestockten FDP-Wähler.

Die FDP als Partei (un)populistischer Wähler rechts der Mitte

Trotz der auch für die FDP angebrachten Zurückhaltung in der Interpretation der Ergebnisse zeigt sich auch für die FDP ein zumindest in Facetten erkennbares Wählermuster. Die FDP wird überdurchschnittlich häufig von unpopulistischen Wählern rechts von der politischen Mitte gewählt. Gleichzeitig scheint sie deutlich unterdurchschnittlich bis gar nicht von rechtsorientierten Populisten gewählt zu werden. Zwar zeigt sich rein grafisch in den Wahlkurven für die FDP links von der Mitte eine anteilig höhere Zustimmung populistischer als unpopulistischer Wähler, aber für diese Zusammenhänge können auch Zufälligkeiten in der Zusammensetzung der Befragten der Grund sein.

Tendenziell lässt sich deshalb für die FDP lediglich und mit aller Vorsicht sagen, dass ihre Wählerschaft in ihrer Gesamtheit nach populistischen Einstellungen diverser als die der Union ist und die FDP mit CDU/CSU somit vor allem um unpopulistische Wähler rechts von der Mitte konkurriert.

Methodischer Anhang

In der gesamten Studie benutzen wir in allen relevanten Analysen Umfragegewichte zur Randanpassung an die Grundgesamtheit wahlberechtigter deutscher Staatsbürger zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2013.

Kapitel 1

Die acht populistischen Items in Abbildung 1 stammen teilweise aus der akademischen Literatur (z. B. Akkerman et al. 2013; Hawkins et al. 2012) und wurden teilweise für diese Studie eigens entwickelt. Explorative Faktor-Analysen bestätigen, dass die Items alle auf einem gemeinsamen Faktor laden. Die Existenz eines zweiten Faktors wird tendenziell nicht bestätigt (eigenvalue < 1). Cronbachs Alpha für die acht Items weist eine hohe interne Konsistenz aus (alpha = 0.88). Abgesehen von den Ergebnissen des Listenexperiments basieren alle Ergebnisse auf einer Stichprobe von 2.371 Wahlberechtigten zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2013.

Für die Analyse der sozialen Erwünschtheit populistischer Einstellungen wurden insgesamt drei Listenexperimente in der zweiten Befragung des Panels im April 2016 durchgeführt. Das grundlegende Umfragedesign dieser Experimente ist in Abbildung 27 illustriert. Details zum Design, der Theorie sowie der Analyse der Listenexperimente finden sich in Neuner und Wrtil (2017). Die in dieser Studie dargestellten Zahlen stammen aus einer vereinfachten Analyse der Listenexperimente mittels „difference-in-means“-Schätzer, während Neuner und Wrtil (2017) Ergebnisse auf Basis des „maximum likelihood“-Schätzers von Imai (2011) und Blair und Imai (2012) präsentieren. Beide Schätzverfahren stützen die präsentierten Ergebnisse.

Angaben über die statistische Signifikanz von Unterschieden im Kapitel basieren auf Ergebnissen von Regressionsanalysen mit Bildung, Einkommen, Geschlecht, Alter und Wähler/Nichtwähler-Status als Kontrollvariablen.

Im Kapitel werden die Umfrageergebnisse für folgende nicht vollständig im Text genannte Fragen und zugehörige Items benutzt:

„Nachstehend einige Aussagen zu Politik und Gesellschaft. Bitte geben Sie für jede Aussage an, inwieweit Sie dieser zustimmen.

- a. *Mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland bin ich sehr zufrieden.*
- b. *Die Demokratie ist – alles in allem – das beste politische System.*
- c. *Für Deutschland ist die Mitgliedschaft in der Europäischen Union eine gute Sache.*
- d. *Die Europäische Vereinigung ist in der Vergangenheit zu weit gegangen – für die Zukunft wünsche ich mir eher „weniger“ als „mehr“ Europa.*

stimme voll und ganz zu

stimme eher zu

stimme eher nicht zu

stimme überhaupt nicht zu“

ABBILDUNG 27 **Beispiel-Design der Listen-Experimente**

Bitte geben Sie jeweils an, wie vielen der Aussagen Sie zustimmen.
Bitte sagen Sie uns nicht, welchen Aussagen Sie zustimmen, sondern nur wie vielen.

GRUPPE A

Mir wäre es lieber, von einem einfachen Bürger politisch vertreten zu werden als von einem Politiker.

Ich wünsche mir, dass der Ausstieg aus der Atomenergie rückgängig gemacht wird.

Der Staat sollte keine Schulden mehr machen, auch wenn er dann weniger ausgeben kann.

Umweltschutz hat Vorrang, auch wenn er dem Wirtschaftswachstum schadet.



_____ Anzahl der Aussagen

GRUPPE B

Der Staat sollte keine Schulden mehr machen, auch wenn er dann weniger ausgeben kann.

Ich wünsche mir, dass der Ausstieg aus der Atomenergie rückgängig gemacht wird.

Umweltschutz hat Vorrang, auch wenn er dem Wirtschaftswachstum schadet.



_____ Anzahl der Aussagen

Anmerkung:

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Kapitel 2

Für das Conjoint-Experiment wurden den Befragten jeweils fünf Paare politischer Kandidaten vorgestellt. Damit basieren die Analysen für alle Wahlberechtigten auf insgesamt 23.710 Beobachtungen bzw. bewerteten Kandidaten-Vignetten (19.140 für Modelle für Wähler). Die Ergebnisse basieren auf dem „average marginal component effects“-Regressionsschätzer (z. B. Hainmüller et al. 2014) mit Standardfehler geclustert nach Befragtem. Alle Ausprägungen der Merkmale wurden vollständig zufällig gezogen. Die einzige Ausnahme bilden die politischen Schwerpunkte, bei denen ausgeschlossen wurde, dass erster und zweiter Schwerpunkt identisch sind. Die präsentierten Ergebnisse sind für die dadurch entstehenden Unterschiede in der Wahrscheinlichkeit einzelner Vignetten-Profile korrigiert und die Ergebnisse für den zweiten Schwerpunkt sind im Kapitel nicht ausgewiesen.

Das grundlegende Umfragedesign des Conjoint-Experiments ist in Abbildung 28 illustriert.

ABBILDUNG 28 Beispiel-Design des Conjoint-Experiments

Bitte lesen Sie sich die Beschreibungen der beiden Kandidaten sorgfältig durch. Teilen Sie uns danach mit, welchem der beiden Kandidaten Sie bei der Bundestagswahl 2017 eher Ihre Stimme geben würden.

| MERKMALE | KANDIDAT A  | KANDIDAT B  |
|--|---|--|
| ERSTER POLITISCHER SCHWERPUNKT | Deutschland aus der Krise führen | Globalisierung gerechter gestalten |
| ZWEITER POLITISCHE SCHWERPUNKT | Bürgerrechte und Freiheitsrechte stärken | Islamisierung stoppen |
| POSITION ZU FREIHANDEL U. GLOBALISIERUNG | Ist für etwas weniger Freihandel und Globalisierung | Ist für viel weniger Freihandel und Globalisierung |
| POSITION ZU STEUERN | Ist für sehr viel höhere Steuern für Reiche | Ist für sehr viel niedrigere Steuern für Reiche |
| POSITION ZUR EUROPÄISCHEN UNION | Ist für den Ausbau der Europäischen Union zum einem gemeinsamen Staat | Ist für eine stärkere Zusammenarbeit in der Europäischen Union |
| POSITION ZU FLÜCHTLINGEN | Ist für die Aufnahme sehr vieler neuer Flüchtlinge | Ist für die Abschiebung sehr vieler Flüchtlinge |

Wenn Sie sich bei der Bundestagswahl im September zwischen diesen beiden Kandidaten entscheiden müssten, wem würden Sie Ihre Stimme geben?

Falls Ihnen keiner der beiden Kandidaten zusagt, geben Sie bitte trotzdem an, wen Sie eher wählen würden.



KANDIDAT A

KANDIDAT B

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 29 Merkmale und Ausprägungen in der Conjoint-Analyse

| MERKMALE | AUSPRÄGUNG |
|---|---|
| POLITISCHE SCHWERPUNKTE (ERSTER/ZWEITER) | <i>(Basis = Wirtschaftswachstum fördern)</i> |
| | Korruption in der Politik bekämpfen |
| | Die politische Elite entmachten |
| | Direkte Demokratie stärken (z. B. Volksentscheide) |
| | Interessen der Bürger verteidigen |
| | Deutschland aus der Krise führen |
| | Umweltschutz verbessern |
| | Soziale Gerechtigkeit stärken |
| | Islamisierung stoppen |
| | Kriminalität bekämpfen |
| | Bürgerrechte und Freiheitsrechte stärken |
| | Globalisierung gerechter gestalten |
| | Ein soziales Europa schaffen |
| SACHPOSITION 1 STEUERN | <i>(Basis = Ist für sehr viel niedrigere Steuern für Reiche)</i> |
| | Ist für sehr viel höhere Steuern für Reiche |
| | Ist für etwas höhere Steuern für Reiche |
| | Ist für etwas niedrigere Steuern für Reiche |
| SACHPOSITION 2 AUFNAHME NEUER FLÜCHTLINGE | <i>(Basis = Ist für die Aufnahme sehr vieler neuer Flüchtlinge)</i> |
| | Ist für die Aufnahme einiger neuer Flüchtlinge |
| | Ist für die Abschiebung einiger Flüchtlinge |
| SACHPOSITION 3 FREIHANDEL | <i>(Basis = Ist für viel mehr Freihandel und Globalisierung)</i> |
| | Ist für etwas mehr Freihandel und Globalisierung |
| | Ist für etwas weniger Freihandel und Globalisierung |
| | Ist für viel weniger Freihandel und Globalisierung |
| SACHPOSITION 4 EUROPÄISCHE UNION | <i>(Basis = Ist für den Austritt Deutschlands aus der EU)</i> |
| | Ist für den Ausbau der EU zu einem gemeinsamen Staat |
| | Ist für eine stärkere Zusammenarbeit in der EU |
| | Ist für eine schwächere Zusammenarbeit in der EU |

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Kapitel 3

Die Ergebnisse im Kapitel basieren auf verschiedenen logistischen und multinomial logistischen Regressionsanalysen. Die Populismus-Skala ergibt sich als Summe der Zustimmungen zu den acht populistischen Items, neu skaliert je Item von 0 („stimme überhaupt nicht zu“) bis 1 („stimme voll und ganz zu“). In allen Modellen kontrollieren wir für Bildung, Einkommen, Geschlecht, Alter und Links-Rechts-Selbsteinschätzung. Für die Berechnung sämtlicher vorhergesagter Wahrscheinlichkeiten in dem Kapitel wurden die Kovariate auf ihren beobachteten Werten fixiert („observed-value approach“). Dies ermöglicht die Interpretation dieser Wahrscheinlichkeiten als eine Schätzung der Anteile in der Grundgesamtheit (siehe Hanmer and Ozan Kalkan 2013).

Parteisympathie: logistische Regression ($n = \text{ca. } 2.200$, je nach Partei) für jede Partei mit Antworten „sehr viel“ und „eher viel“ codiert als „1“ und „eher wenig“ sowie „sehr wenig“ als „0“ und Populismus-Skala als Hauptregressor.

„Und wenn Sie einmal an die folgenden Parteien denken: Was halten Sie von der ...

CDU

CSU

SPD

...

sehr viel

eher viel

eher wenig

sehr wenig“

Parteiidentifikation: multinomiale logistische Regression ($n = 2.371$) mit den verschiedenen Parteien und keine Parteiidentifikation als Outcomes und Populismus-Skala als Hauptregressor.

„In Deutschland neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? Und wenn ja, welcher?

CDU / CSU

SPD

...“

Wahlabsicht: multinomiale logistische Regression ($n = 1.914$) mit den verschiedenen Parteien als Outcomes und Populismus-Skala sowie Faktorvariable populistischer Einstellungen als Hauptregressoren.

„Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre oder würden Sie nicht an der Wahl teilnehmen?

CDU / CSU

SPD

...“

Bei weiteren Fragen zur Methodik der Studie wenden Sie sich bitte an die Autoren.

Abbildungsverzeichnis

| | | |
|--------------|---|----|
| Abbildung 1 | Was ist Populismus? | 15 |
| Abbildung 2 | Wie populistisch sind die Deutschen? | 16 |
| Abbildung 3 | Populismus nach Bildung | 17 |
| Abbildung 4 | Populismus nach Einkommen | 18 |
| Abbildung 5 | Populismus bei Wählern und Nichtwählern | 20 |
| Abbildung 6 | Populismus und Links-Rechts-Orientierung I | 21 |
| Abbildung 7 | Populismus und Links-Rechts-Orientierung II | 22 |
| Abbildung 8 | Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ... | 24 |
| Abbildung 9 | Zustimmung zum System der Demokratie ... | 25 |
| Abbildung 10 | Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union ... | 26 |
| Abbildung 11 | Europäische Integration ist zu weit gegangen ... | 27 |
| Abbildung 12 | Populärer Populismus – soziale Erwünschtheit populistischer Einstellungen | 29 |
| Abbildung 13 | Einfluss von Sachpositionen und Schwerpunkten auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten | 34 |
| Abbildung 14 | Einfluss von Sachpositionen und Schwerpunkten auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei unpopulistischen und populistischen Wahlberechtigten | 40 |
| Abbildung 15 | Einfluss von Sachpositionen und Schwerpunkten auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei populistisch eingestellten Wahlberechtigten und Wählern der CDU/CSU | 42 |
| Abbildung 16 | Einfluss von Sachpositionen und Schwerpunkten auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei populistisch eingestellten Wahlberechtigten und Wählern der SPD | 44 |
| Abbildung 17 | Einfluss von Sachpositionen und Schwerpunkten auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei populistisch eingestellten Wahlberechtigten und Wählern der Grünen | 46 |
| Abbildung 18 | Einfluss von Sachpositionen und Schwerpunkten auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei populistisch eingestellten Wahlberechtigten und Wählern der Linken | 48 |
| Abbildung 19 | Einfluss von Sachpositionen und Schwerpunkten auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei populistisch eingestellten Wahlberechtigten und Wählern der FDP | 49 |
| Abbildung 20 | Einfluss von Sachpositionen und Schwerpunkten auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei populistisch eingestellten Wahlberechtigten und Wählern der AfD | 51 |

| | | |
|--------------|--|----|
| Abbildung 21 | Wähler der Parteien nach Populismus und Links-Rechts-Orientierung | 54 |
| Abbildung 22 | Populismus und Parteisympathie | 57 |
| Abbildung 23 | Populismus und Parteidentifikation | 59 |
| Abbildung 24 | Populismus und Wahlabsicht | 61 |
| Abbildung 25 | Veränderung der Wahlwahrscheinlichkeit | 62 |
| Abbildung 26 | Wahlabsicht nach populistischen Einstellungen und Links-/Rechts-Orientierung | 64 |
| Abbildung 27 | Beispiel-Design der Listen-Experimente | 68 |
| Abbildung 28 | Beispiel-Design des Conjoint-Experiments | 69 |
| Abbildung 29 | Merkmale und Ausprägungen in der Conjoint-Analyse | 70 |

Literatur

Akkerman, Agnes, Cas Mudde und Andrej Zaslove (2013). "How Populist Are the People? Measuring Populist Attitudes in Voters". *Comparative Political Studies*. 1–30. <http://journals.sagepub.com/doi/abs/10.1177/0010414013512600>.

Arzheimer, Kai (2015). "The AfD: Finally a Successful Right-Wing Populist Eurosceptic Party for Germany?" *West European Politics* 38 (3). 535–556. www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/01402382.2015.1004230.

Bakker, Bert N., Matthijs Rooduijn und Gijs Schumacher (2016). "The Psychological Roots of Populist Voting: Evidence from the United States, the Netherlands and Germany". *European Journal of Political Research* 55 (2). 302–320. <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/1475-6765.12121/abstract>.

Bergmann, Knut, Matthias Diermeier und Judith Niehues (2017). „Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener“. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 58 (1). 113–131. <https://zparl.de/aktuelle-ausgabe/abstracts-akt-ausg-deutsch/>.

Bergmann, Knut, und Matthias Diermeier (2017). „Die AfD: Eine unterschätzte Partei – Soziale Erwünschtheit als Erklärung für fehlerhafte Prognosen“. *IW-Report* 7 2017. Institut der Deutschen Wirtschaft. www.iwkoeln.de/studien/iw-reports/beitrag/knut-bergmann-matthias-diermeier-die-afd-eine-unterschaetzte-partei-332686

Bernstein, Robert, Anita Chadha und Robert Montjoy (2001). "Overreporting Voting. Why It Happens and Why It Matters". *Public Opinion Quarterly* 65. 22–44. <https://academic.oup.com/poq/article-abstract/65/1/22/1888929/Overreporting-Voting-Why-It-Happens-and-Why-It?redirectedFrom=PDF>.

Blair, Graeme, und Kosuke Imai (2012). "Statistical Analysis of List Experiments". *Political Analysis* 20 (1). 47–77. <http://imai.princeton.edu/research/files/listP.pdf>.

Canovan, Margaret (2004). "Populism for Political Theorists?" *Journal of Political Ideologies* 9 2004. 241–252. www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/1356931042000263500.

Canovan, Margaret (2002). "Taking Politics to the People: Populism as the Ideology of Democracy". *Democracies and the Populist Challenge*. Hrsg. Yves Meny and Yves Surel. Basingstoke. 25–44. https://link.springer.com/chapter/10.1057%2F9781403920072_2#page-1.

Canovan, Margaret (1999). "Trust the People! Populism and the Two Faces of Democracy". *Political Studies* 47 (1). 2–16. <http://journals.sagepub.com/doi/abs/10.1111/1467-9248.00184>.

Carnes, Nicholas, und Noam Lupu (2016). "Do Voters Dislike Working-Class Candidates? Voter Biases and the Descriptive Underrepresentation of the Working Class". *American Political Science Review* 110 (4). 832–844. <http://people.duke.edu/~nwc8/voterbiases.pdf>.

Dalton, Russell J., und Martin P. Wattenberg (2002). *Parties without partisans: Political change in advanced industrial democracies*. Oxford University Press.

Decker, Frank (2004). *Der neue Rechtspopulismus*. Opladen.

De la Torre, Carlos (2014). *The Promise and Perils of Populism: Global Perspectives*. University Press of Kentucky.

Easton, David (1975). "A Re-Assessment of the Concept of Political Support". *British Journal of Political Science* 5 (4). 435. www.cambridge.org/core/journals/british-journal-of-political-science/article/a-re-assessment-of-the-concept-of-political-support/AB4247844AE98071637EEE4701B171C7.

Franchino, Fabio, und Francesco Zucchini (2015). "Voting in a Multi-dimensional Space: A Conjoint Analysis Employing Valence and Ideology Attributes of Candidates". *Political Science Research and Methods* 3 (2). 221–241.

Franzmann, Simon (2017). "A right-wing populist party founded by economists: The strange case of Germany's AfD". *EUROPP European Politics and Policy*. The London School of Economics. London. 11.4.2017. <http://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2017/03/11/the-strange-case-of-afd/>.

Hainmueller, Jens, Dominik Hangartner und Teppei Yamamoto (2015). "Validating Vignette and Conjoint Survey Experiments against Real-World Behavior". *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America* 112 (8). 2395–2400. www.pnas.org/content/112/8/2395.abstract.

Hainmueller, Jens, Daniel J. Hopkins und Teppei Yamamoto (2014). "Causal Inference in Conjoint Analysis: Understanding Multidimensional Choices via Stated Preference Experiments". *Political Analysis* 22 (1). 1–30. <https://academic.oup.com/pan/article/22/1/1/1444020/Causal-Inference-in-Conjoint-Analysis>.

Hanmer, Michael J., und Kerem Ozan Kalkan (2013). "Behind the Curve: Clarifying the Best Approach to Calculating Predicted Probabilities and Marginal Effects from Limited Dependent Variable Models". *American Journal of Political Science* 57 (1). 263–277. <https://gvpt.umd.edu/sites/gvpt.umd.edu/files/pubs/Hanmer%20and%20Kalkan%20AJPS%20Behind%20the%20Curve.pdf>.

Hawkins, Kirk, Scott Riding und Cas Mudde (2012). "Measuring Populist Attitudes". *The Committee on Concepts and Methods*. Working Paper 55. 1–35. https://works.bepress.com/cas_mudde/72/.

Holbrook, Allyson L., und Jon A. Krosnick (2010). "Social Desirability Bias in Voter Turnout Reports: Tests Using the Item Count Technique". *Public Opinion Quarterly* 74 (1). 37–67. <https://academic.oup.com/poq/article-abstract/74/1/37/1841959/Social-desirability-bias-in-voter-turnout>.

- Imai, Kosuke (2011). "Multivariate Regression Analysis for the Item Count Technique". *Journal of the American Statistical Association* 106(494): 407–416.
- Janus, Alexander L. (2010). "The Influence of Social Desirability Pressures on Expressed Immigration Attitudes". *Social Science Quarterly* 91 (4). 928–946. <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/j.1540-6237.2010.00742.x/abstract>.
- Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2012). "The ambivalence of populism: threat and corrective for democracy". *Democratization* 19 (2). 184–208. www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/13510347.2011.572619.
- Krumpal, Ivar (2013). "Determinants of Social Desirability Bias in Sensitive Surveys: A Literature Review". *Quality and Quantity* 47 (4). 2025–2047. www.researchgate.net/publication/257642522_Determinants_of_social_desirability_bias_in_sensitive_surveys_A_literature_review.
- Lewandowsky, Marcel, Heiko Giebler und Aiko Wagner (2016). „Rechtspopulismus in Deutschland. Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD“. *Politische Vierteljahresschrift* (57) 2. 247–275. www.researchgate.net/publication/299470725_Rechtspopulismus_in_Deutschland_Eine_empirische_Einordnung_der_Parteien_zur_Bundestagswahl_2013_unter_besonderer_Berücksichtigung_der_AfD.
- Mair, Peter (2002). "Populist Democracy vs Party Democracy". *Democracies and the Populist Challenge*. Hrsg. Yves Meny and Yves Surel. Basingstoke: Palgrave Macmillan. 81-98.
- Meny, Yves, und Yves Surel (2002). *Democracies and the Populist Challenge*. Basingstoke.
- Mudde, Cas (2007). *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge University Press.
- Mudde, Cas (2004). "The Populist Zeitgeist". *Government and Opposition* 39 (4). 541–563. <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/j.1477-7053.2004.00135.x/abstract>.
- Mudde, Cas, und Cristóbal Rovira Kaltwasser (2013). "Exclusionary vs. Inclusionary Populism: Comparing Contemporary Europe and Latin America". *Government and Opposition* 48 (2). 147–174. www.cambridge.org/core/services/aop-cambridge-core/content/view/S0017257X12000115.
- Mudde, Cas, und Cristóbal Rovira Kaltwasser (2012). "Populism and (Liberal) Democracy. A Framework for Analysis". *Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for Democracy?* Hrsg. Cas Mudde und Cristóbal Rovira Kaltwasser. Cambridge University Press. 1–26. www.langtoninfo.com/web_content/9781107023857_excerpt.pdf.
- Müller, Jan-Werner (2016). *Was ist Populismus? – Ein Essay*. Berlin.
- Neuner, Fabian G., und Christopher Wratil (2017). *It's Popular to Be Populist! The Social Desirability of Populist Attitudes*. Paper präsentiert auf der *Midwest Political Science Association Conference*, Chicago. 1–26.

Norris, Pippa (2011). "The Conceptual Framework". *Democratic Deficit: Critical Citizens Revisited*. Hrsg. Pippa Norris. Cambridge University Press. 19–37.

Oliver, J. Eric, und Wendy M. Rahn (2016). "Rise of the Trumpenvolk: Populism in the 2016 Election". *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 667 (1). 189–20.

Petersen, Thomas, Dominik Hierlemann, Robert Vehrkamp und Christopher Wratil (2013). *Gespaltene Demokratie – Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013*. Studie der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/GP_Gespaltene_Demokratie.pdf.

Rooduijn, Matthijs (2014a). "The Nucleus of Populism: In Search of the Lowest Common Denominator". *Government and Opposition* 49 (4). 573–599. www.researchgate.net/publication/271742219_The_Nucleus_of_Populism_In_Search_of_the_Lowest_Common_Denominator.

Rooduijn, Matthijs (2014b). "Vox Populismus: A Populist Radical Right Attitude among the Public?" *Nations and Nationalism* 20 (1). 80–92. www.researchgate.net/publication/259554471_Vox_populismus_A_populist_radical_right_attitude_among_the_public.

Rooduijn, Matthijs, Sarah L. de Lange und Wouter van der Brug (2012). "A Populist Zeitgeist? Programmatic Contagion by Populist Parties in Western Europe". *Party Politics* 20 (4). 563–575. <http://journals.sagepub.com/doi/abs/10.1177/1354068811436065>.

Rooduijn, Matthijs, und Teun Pauwels (2011). "Measuring Populism. Comparing Two Methods of Content Analysis". *West European Politics* 34. 1272–1283. www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/01402382.2011.616665.

Schmitt-Beck, Rüdiger (2016). "The 'Alternative für Deutschland in the Electorate': Between Single-Issue and Right-Wing Populist Party". *German Politics* 4008 (6). 1–25. www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/09644008.2016.1184650.

Silver, Brian D., Barbara A. Anderson und Paul R. Abramson (1986). "Who Overreports Voting?" *American Political Science Review* 80 (2). 613–624. https://scholar.google.com/citations?view_op=view_citation&hl=de&user=XY7oMnMAAAAJ&citation_for_view=XY7oMnMAAAAJ:u5HHmVD_uO8C.

Stanley, Ben (2008). "The Thin Ideology of Populism". *Journal of Political Ideologies* 13 (1). 95–110. www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/13569310701822289?journalCode=cjpi20.

Taggart, Paul (2004). "Populism and Representative Politics in Contemporary Europe". *Journal of Political Ideologies* 9 (3). 269–288. www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/1356931042000263528.

Vehrkamp, Robert (2017). „Rechtspopulismus in Deutschland: Zur empirischen Verortung der AfD-Wähler vor der Bundestagswahl 2017". *WZB-Mitteilungen* (156) 9.

Vehrkamp Robert (2016). „Kampf um die Nichtwähler“. Essay. *Die Welt*. 22.2.2016. 2. www.welt.de/print/die_welt/debatte/article152484529/Kampf-um-die-Nichtwaehler.html.

Vehrkamp, Robert (2015). *Politische Ungleichheit – neue Schätzungen zeigen die soziale Spaltung der Wahlbeteiligung*. EINWURF – Policy Brief der Bertelsmann Stiftung (2). 1–8. www.welt.de/print/die_welt/debatte/article152484529/Kampf-um-die-Nichtwaehler.html.

Vivyan, Nick, und Markus Wagner (2016). “House or Home? Constituent Preferences over Legislator Effort Allocation”. *European Journal of Political Research* 55 (1). 81–99. <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/1475-6765.12119/abstract>.

(Alle Links wurden am 7.5.2017 überprüft.)

Impressum

© Juni 2017

Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Verantwortlich

Dr. Robert Vehrkamp

Christina Tillmann

Autoren

Dr. Robert Vehrkamp

Dr. Christopher Wratil

Redaktionelle Unterstützung

Gaëlle Beckmann

Sandra Stratos

Lektorat

Sibylle Reiter

Titelfoto

Shutterstock / wellphoto

Gestaltung

Markus Diekmann, Bielefeld

Druck

Matthiesen Druck, Bielefeld

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Dr. Robert Vehrkamp
Programm Zukunft der Demokratie
Telefon +49 5241 81-81526
Fax +49 5241 81-681526
robert.vehrkamp@bertelsmann-stiftung.de

Christina Tillmann
Programm Zukunft der Demokratie
Telefon +49 5241 81-81335
Fax +49 5241 81-681335
christina.tillmann@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de

THE UNIVERSITY OF CHICAGO



Die Stunde der Populisten?

Populistische Einstellungen
bei Wählern und Nichtwählern
vor der Bundestagswahl 2017

Robert Vehrkamp und Christopher Wratil

Impressum

© Juni 2017

Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Verantwortlich

Dr. Robert Vehrkamp

Christina Tillmann

Autoren

Dr. Robert Vehrkamp

Dr. Christopher Wratil

Redaktionelle Unterstützung

Gaëlle Beckmann

Sandra Stratos

Lektorat

Sibylle Reiter

Titelfoto

Shutterstock / wellphoto

Gestaltung

Markus Diekmann, Bielefeld

Druck

Matthiesen Druck, Bielefeld